

Zuhören. Entscheiden. Handeln.

*Regierungsprogramm der CDU
für Nordrhein-Westfalen*

2017 – 2022

**Leitantrag des Landesvorstands
an den 39. Landesparteitag**

18. Februar 2017 | Bad Sassendorf



CDU

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| Vorwort | 1 |
| Jede Stimme zählt..... | 2 |
| I. Innere Sicherheit..... | 3 |
| Wir machen unsere Polizei stärker..... | 3 |
| Wir geben der Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen Priorität. | 4 |
| Wir werden No-Go-Areas in Nordrhein-Westfalen nicht dulden. | 5 |
| Wir geben der Polizei die notwendigen Ermittlungs-Werkzeuge..... | 6 |
| Wir werden islamistischem Terrorismus entschlossen entgegentreten. | 6 |
| Wir werden alles dafür tun, um Extremismus den Nährboden zu entziehen. | 8 |
| Wir wollen einen leistungsfähigen Verfassungsschutz. | 9 |
| Wir erhöhen unsere Abwehrfähigkeit gegen Cybergefahren..... | 9 |
| Wir stärken unseren Sicherheits- und Rettungskräften den Rücken. | 10 |
| Wir wollen das Sicherheitsgefühl stärken und gegenseitige Verantwortung fördern..... | 12 |
| Wir wollen Gerichte und Staatsanwaltschaften besser aufstellen. | 12 |
| Wir geben dem Strafvollzug tragfähige und sichere Rahmenbedingungen. | 13 |
| Wir stellen Opferschutz vor Täterschutz..... | 14 |
| II. Wirtschaft und Finanzen | 14 |
| 1. Wirtschaft und Arbeit..... | 14 |
| Wir wollen wieder an die Spitze der deutschen Bundesländer. | 15 |
| Wir wollen unsere Wirtschaftskraft neu entfesseln. | 16 |
| Wir sichern die Zukunft des Handwerks. | 17 |
| Wir fördern den modernen Handel in Zeiten der Digitalisierung. | 18 |
| Wir stehen an der Seite der Freien Berufe. | 19 |
| Wir fördern die Ausbildung von Fachkräften. | 19 |
| Wir stellen auch bei Arbeit 4.0 den Menschen in den Mittelpunkt..... | 20 |
| Wir sehen neue Möglichkeiten durch flexibles Arbeiten als Chance..... | 20 |
| Wir stehen für die Sicherung und den Ausbau von sozialer und ökonomischer Teilhabe..... | 21 |
| 2. Infrastruktur, Verkehr, Bauen und Wohnen | 22 |
| Wir werden das Stauaufkommen nachhaltig senken. | 23 |
| Wir werden das Baustellen-Management verbessern. | 23 |
| Wir werden den Bundesfernstraßenbau in Nordrhein-Westfalen verbessern..... | 24 |
| Wir werden mehr Mittel für den Landesstraßenneubau zur Verfügung stellen. | 24 |
| Wir werden den Verfall unserer Brücken stoppen..... | 25 |
| Nordrhein-Westfalen braucht leistungs- und zukunftsfähige Flughäfen..... | 25 |

| | |
|---|-----------|
| Wir erhöhen die Attraktivität des Öffentlichen Nahverkehrs in der Stadt und auf dem Land. | 26 |
| Wir stärken den Verkehrsträger Schiene. | 27 |
| Wir werden die Potenziale unserer Wasserwege stärker nutzen. | 27 |
| Wir wollen attraktiven und bezahlbaren Wohnraum in allen Teilen unseres Landes. | 27 |
| Wir werden den Leerstand in strukturschwachen Regionen bekämpfen. | 28 |
| Wir wollen jungen Familien den Traum vom eigenen Heim ermöglichen. | 28 |
| Wir werden das digitale Planen und Bauen voranbringen. | 29 |
| 3. Digitalisierung verantwortlich gestalten und ausbauen | 29 |
| Wir wollen schnelles Internet für alle. | 29 |
| Wir nehmen digitale Bildung ernst. | 30 |
| Wir werden E-Governance ausbauen. | 31 |
| Wir begreifen die Industrie 4.0 als Motor des digitalen Wandels. | 31 |
| Wir werden Start-Ups eine Chance geben. | 32 |
| 4. Energie und Klimaschutz | 32 |
| Wir wollen, dass NRW auch nach der Energiewende Energieland Nr. 1 bleibt. | 33 |
| Wir wollen auch für energieintensive Industrien der beste Standort bleiben. | 33 |
| Wir werden erneuerbare und konventionelle Energieversorgung mit Bedacht weiterentwickeln. | 34 |
| Wir wollen den Klimaschutz durch moderne Technologien voranbringen. | 35 |
| 5. Finanzen und Landesverwaltung | 35 |
| Wir werden wieder investieren. | 35 |
| Wir werden die Schuldenlast Nordrhein-Westfalens reduzieren. | 36 |
| Wir werden mit Mehreinnahmen solide und verantwortlich umgehen. | 37 |
| Wir stärken den Finanzplatz Nordrhein-Westfalen. | 37 |
| Wir wollen den öffentlichen Dienst attraktiv gestalten. | 38 |
| III. Aufstieg durch Bildung | 39 |
| 1. Familien und Generationen | 39 |
| Wir kämpfen gegen Diskriminierung. | 40 |
| Wir eröffnen Perspektiven für eine nachhaltige Familienpolitik. | 40 |
| Wir stellen größtmögliche Wahlfreiheit für Eltern her. | 41 |
| Wir schaffen eine gute Infrastruktur für Familien. | 42 |
| Wir bieten Unterstützung für alle Familien. | 44 |
| Wir bekämpfen Kinderarmut. | 45 |
| Wir ermöglichen Teilhabe für alle Familien. | 45 |
| Wir geben Jugendlichen eine Stimme. | 46 |
| Wir schaffen Wohnraum für alle Generationen. | 46 |
| Wir nutzen die Potenziale der Seniorinnen und Senioren. | 47 |

| | |
|---|-----------|
| Wir begreifen Frauen- und Gleichstellungspolitik als wichtige politische Querschnittsaufgabe. | 48 |
| Wir wollen Frauenerwerbstätigkeit steigern und den beruflichen Wiedereinstieg ermöglichen..... | 48 |
| Wir gewähren Hilfe und Schutz für Opfer von (sexualisierter) Gewalt..... | 49 |
| 2. Bildung und Schule | 49 |
| Unser Schul- und Lehrerverständnis..... | 50 |
| Wir bekämpfen den Unterrichtsausfall an unseren Schulen. | 51 |
| Wir schaffen die Voraussetzungen für eine gelingende schulische Inklusion..... | 52 |
| Wir werden die Förderschulen erhalten. | 53 |
| Wir werden einen Masterplan für die Grundschulen vorlegen..... | 54 |
| Wir werden die Hauptschule qualitativ weiterentwickeln..... | 55 |
| Wir wollen zukunftsfeste und starke Realschulen..... | 55 |
| Wir bekennen uns zu Sekundar- und Gesamtschule. | 56 |
| Wir werden die Strukturfrage an unseren Gymnasien klären. | 57 |
| Wir ermöglichen ein echtes G9..... | 58 |
| Wir stärken unsere Gymnasien – G8 wie G9..... | 58 |
| Wir werden echte Wahlfreiheit zwischen Halbtags- und Ganztagsunterricht schaffen. | 59 |
| Wir beenden den Schulleitermangel in Nordrhein-Westfalen. | 59 |
| Wir stärken die Schulsozialarbeit und bauen sie aus. | 60 |
| Wir werden für eine gute Ausstattung und ein gutes Lernumfeld an unseren Schulen sorgen. | 60 |
| Wir geben Flüchtlingskindern eine Perspektive. | 61 |
| Wir nutzen die Chancen des digitalen Wandels für die schulische Bildung | 61 |
| Wir stärken die berufliche Bildung und das duale System..... | 62 |
| Unser Ziel ist: Kein Schüler ohne Abschluss..... | 63 |
| Wir werden die Attraktivität von Weiterbildungsangeboten erhöhen..... | 63 |
| 3. Wissenschaft und Forschung | 64 |
| Wir stellen die Hochschulfreiheit wieder her..... | 64 |
| Wir wollen Forschungsfreiheit. | 65 |
| Wir werden die Qualität des Studiums erhöhen..... | 65 |
| Wir setzen uns für verbesserte Studienbedingungen ein. | 66 |
| Wir schaffen gute Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen. | 67 |
| Wir brauchen mehr digitale Hochschulbildung. | 67 |
| Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Hochschulleben verbessern. | 68 |
| Wir brauchen eine leistungsfähige Hochschulmedizin. | 68 |
| IV. Lebensqualität und Nachhaltigkeit | 69 |
| 1. Lebensqualität, Gesundheit und Pflege | 69 |
| Wir werden eine Gesundheitsversorgung für alle sicherstellen. | 69 |

| | |
|---|-----------|
| Wir werden dem Ärztemangel mit gezielten Maßnahmen entgegentreten..... | 70 |
| Wir werden ambulante und stationäre Versorgung stärker vernetzen. | 70 |
| Wir kümmern uns um die Erhaltung eines flächendeckenden Netzes von modernen Krankenhäusern..... | 71 |
| Wir wollen die Arbeit von Palliativmedizin und Hospizen unterstützen. | 71 |
| Wir wollen den Präventionsgedanken voranbringen..... | 72 |
| Wir werden die Pflege sichern..... | 72 |
| Wir wollen Nichtraucherschutz ohne Bevormundung..... | 73 |
| Wir werden Inklusion und Barrierefreiheit verbessern. | 73 |
| 2. Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz..... | 74 |
| Wir wollen wieder gute Rahmenbedingungen für gute Landwirtschaft. | 75 |
| Wir fördern eine moderne und artgerechte Haltung von Nutztieren..... | 75 |
| Wir werden Jagd und Fischerei zum Wohl von Natur und Kultur unterstützen..... | 76 |
| Wir wollen eine starke Forstwirtschaft für einen gesunden Wald..... | 76 |
| Wir setzen auf einen bestandsorientierten und qualitativ hochwertigen Naturschutz. | 76 |
| Wir wollen einen wirkungsvollen Umweltschutz..... | 78 |
| Wir wollen einen verlässlichen Verbraucherschutz für gut informierte Verbraucher. | 79 |
| Wir werden unser Trinkwasser schützen..... | 79 |
| V. Zusammenhalt der Gesellschaft..... | 80 |
| 1. Kommunen..... | 80 |
| Wir fördern kommunale Selbstverwaltung und geben finanzielle Sicherheit. | 80 |
| Wir begegnen Verunsicherung mit starken Kommunen. | 82 |
| Wir unterstützen unsere Kommunen bei der Integration und bei der Rückführung von Flüchtlingen..... | 83 |
| Wir stehen für leistungsfähige Kommunalstrukturen und eine gelebte Kommunalverfassung. | 84 |
| 2. Integration | 84 |
| Wir wollen ein respektvolles und tolerantes Miteinander..... | 85 |
| Für uns ist Arbeit einer der wichtigsten Integrationsmotoren. | 85 |
| Für uns ist Bildung einer der wirksamsten Integrationsmaßnahmen..... | 86 |
| Wir verstehen Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. | 87 |
| Wir setzen uns für eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive..... | 87 |
| Wir stärken die Anerkennungskultur bei Spätaussiedlern..... | 88 |
| 3. Kultur, Medien, Religionsgemeinschaften, Ehrenamt und Sport | 88 |
| Wir wollen der Kultur wieder ihren Stellenwert in der Landespolitik geben..... | 89 |
| Wir wollen eine starke Medienlandschaft für ein gut informiertes Nordrhein-Westfalen..... | 91 |

| | |
|--|----|
| Wir werden uns für die besondere Rolle von Kirchen und Religionsgemeinschaften in Staat und Gesellschaft einsetzen..... | 92 |
| Wir werden das Ehrenamt als Säule unserer Gesellschaft festigen. | 93 |
| Nordrhein-Westfalen als führendes Sportland erhalten und ausbauen..... | 94 |

VI. Nordrhein-Westfalen in Europa und der Welt 95

| | |
|--|----|
| Wir stehen für ein starkes Europa der Regionen. | 96 |
| Wir wollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ausbauen..... | 96 |
| Wir setzen uns für geregelte Migration und sichere Außengrenzen ein..... | 97 |
| Unser Einsatz gilt der gesamteuropäischen Sicherheit. | 97 |
| Wir wollen den europäischen Binnenmarkt vollenden..... | 98 |
| Wir setzen uns für die Verwirklichung des europäischen Energiemarktes ein. | 99 |
| Wir fordern die Sicherheit kerntechnischer Anlagen in unseren Grenzregionen..... | 99 |
| Wir werden den Charakter Nordrhein-Westfalen als Nord-Süd-Land ausbauen..... | 99 |

1 **Zuhören. Entscheiden. Handeln.**

2 *Regierungsprogramm der CDU für Nordrhein-Westfalen 2017 – 2022*

3 Leitantrag des Landesvorstands an den 39. Landesparteitag

4 **Vorwort**

5 Unser Regierungsprogramm ist ein Angebot und ein Versprechen an Nordrhein-Westfalen.
6 Wir sind für einen neuen Aufbruch in diesem Land bereit. Wir wollen den Menschen in Nord-
7 rhein-Westfalen neue Perspektiven aufzeigen und neue Chancen eröffnen. Unser Wunsch
8 ist, Nordrhein-Westfalen wieder zum Aufsteigerland zu machen. Unser Anspruch ist, unser
9 stolzes Land bis 2022 bei Bildungschancen, Wirtschaftskraft und Innerer Sicherheit wieder
10 an die Spitze der deutschen Bundesländer zu führen.

11 Nordrhein-Westfalen ist ein lebendiges, ein starkes Land. In Nordrhein-Westfalen schlägt
12 das Herz unserer Republik. Kein anderes Land zählt auch nur annähernd so viele Einwohner,
13 kein anderes Land verfügt über eine derartige kulturelle und regionale Vielfalt. Nirgends in
14 Europa gibt es eine dichtere Hochschul- und Kulturlandschaft und eine komplexere Infra-
15 struktur.

16 Fast 18 Millionen Menschen sind hier zu Hause. Ob in den großen Städten oder auf dem
17 Land, in den Vereinen, Verbänden, Pfarr- und Kirchengemeinden und beim ehrenamtlichen
18 Engagement – überall in unserem Land werden Gemeinschaft und Gemeinsinn gelebt. Die
19 Menschen in Nordrhein-Westfalen wollen gerade in Zeiten von Veränderungen und Neue-
20 rungen in einem sicheren und starken Land leben. Sie erwarten von der Politik, dass sie klar
21 und entschlossen handelt und unser Land in eine gute Zukunft führt. Doch wegen einer
22 planlosen und bürokratischen Verschuldungspolitik blieben die enormen Potenziale dieses
23 Landes und seiner Einwohner unter rot-grüner Regierungsverantwortung vielfach unbeach-
24 tet und ungenutzt. Unser Land wird, wie schon in den vier Jahrzehnten vor 2005, deutlich
25 unter Wert regiert. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen den politischen Wechsel und eine
26 Regierung, die mutig vorangeht und notwendige Entscheidungen trifft.

27 Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben es verdient: Ein Land, das wieder Vorreiter
28 und Vorbild in Deutschland ist. Ein Aufsteigerland. Ein Spitzen-Land!

29 Mehr als 13 Millionen Nordrhein-Westfalen haben die Wahl: Sie entscheiden am 14. Mai
30 über die Zukunft unseres Landes.

31 Wir stehen als christliche Demokraten in Nordrhein-Westfalen für

32 ► eine Weltanschauung, die sich auf das Erbe einer jahrhundertealten christlich-jüdischen-
33 abendländischen Wertebasis gründet, aber zugleich offen ist für Menschen anderer Re-
34 ligionsbekenntnisse und Überzeugungen;

- 35 ▶▶ eine verantwortete Freiheit in Wirtschaft, Forschung und Bürgergesellschaft;
36 ▶▶ eine in Solidarität gelebte Gerechtigkeit, wie sie sich aus der Christlichen Soziallehre
37 und -ethik, unserer sozialpartnerschaftlichen Orientierung sowie der Bereitschaft zur
38 Integration und der Heimatverbundenheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen
39 ergibt.

40 Wir sind überzeugt: Nordrhein-Westfalen kann mehr! Wir wollen unser Gemeinwesen auf
41 der Grundlage unserer Überzeugungen so gestalten, dass Nordrhein-Westfalen als Land des
42 Aufstiegs und der sicheren Lebensperspektive für seine Bewohner eine gute Zukunft hat.
43 Als ein lebenswürdiges Land, eine starke Wirtschaftsregion, eine sichere Heimat! Aufstieg,
44 Sicherheit und Perspektive müssen zu den Grundpfeilern einer neuen Landesidentität wer-
45 den, die wir für Nordrhein-Westfalen anstreben.

46 **Jede Stimme zählt.**

47 Am 14. Mai wählen Sie den nordrhein-westfälischen Landtag.

48 Wir, die Christlich Demokratische Union, bitten um Ihr Vertrauen.

49 Sie entscheiden über die Zukunft unseres Landes.

50 Sie haben die Wahl.

51 Jede Stimme zählt!

52

53 **I. Innere Sicherheit**

54 Sicherheit ist ein Bürgerrecht. Die Menschen in unserem Land haben einen Anspruch auf
55 körperliche Unversehrtheit und den Schutz ihres Eigentums. Ereignisse wie die Kölner Sil-
56 vesternacht oder der Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz, die Debatten über
57 No-Go-Areas in nordrhein-westfälischen Großstädten und Einbruchszahlen auf Rekordni-
58 veau haben viele Menschen verunsichert. Das alltägliche Sicherheitsempfinden der Bürge-
59 rinnen und Bürger ist jedoch entscheidend für ihre Lebensqualität. Wir wollen, dass alle in
60 unserem Land ohne Angst vor Bedrohung und Beeinträchtigung durch andere ihre persön-
61 liche Freiheit entfalten können und ihre Privatsphäre bestmöglich geschützt ist. Für uns ge-
62 hören die Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit und die Durchsetzung des staatlichen
63 Gewaltmonopols zu den Kernaufgaben der Landespolitik.

64 ▶▶ Wir wollen Nordrhein-Westfalen wieder zu einem Land machen, in dem man sich zu je-
65 der Zeit und an jedem Ort sicher bewegen kann. Ein Land, in dem sich die Menschen in
66 den eigenen vier Wänden, gleich ob auf dem Land oder in der Stadt, sicher fühlen. Ein
67 Land, in dem es keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit gibt.

68 **Wir machen unsere Polizei stärker.**

69 Unsere Polizistinnen und Polizisten schieben mehr als vier Millionen Überstunden vor sich
70 her. Die Belastungen sind durch Großeinsätze, Terrorabwehrmaßnahmen und eine gestie-
71 gene Kriminalitätsrate erheblich gewachsen. Um den Herausforderungen für unsere Polizei
72 und den gestiegenen Anforderungen durch die aktuelle Sicherheitslage wirksam zu bege-
73 gen, brauchen wir daher leistungsfähige und gut ausgebildete Polizeibeamtinnen und Poli-
74 zeibeamte.

75 ▶▶ Wir wollen durch eine ausreichende Anzahl von eingestellten Kommissaranwärtinnen die
76 steigende Anzahl von Pensionierungen wirksam kompensieren.

77 ▶▶ Wir wollen qualifizierte Tarifbeschäftigte als Polizeiverwaltungsassistenten einstellen,
78 damit Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte wieder ihre eigentlichen Aufgaben wahr-
79 nehmen können, von bürokratischen Arbeiten entlastet werden und als Repräsentanten
80 unseres Rechtsstaates im Alltag sichtbar werden.

81 ▶▶ Wir wollen künftig auch Bewerberinnen und Bewerber mit mittleren Bildungsabschlüs-
82 sen den Zugang in den Polizeidienst ermöglichen. Die zweigeteilte Laufbahn wird dabei
83 nicht angetastet. In diesem Sinne prüfen wir die Übernahme von Ausbildungsverfahren
84 anderer Bundesländer.

85 ▶▶ Wir wollen im Rahmen des Studiums an der Fachhochschule bei den Studieninhalten
86 eine Differenzierung mit den Schwerpunktstudiengängen „Schutzpolizei“ und „Krimi-
87 nalpolizei“ einführen, um beiden Bereichen frühzeitig spezialisierte Beamte zur Verfü-
88 gung stellen zu können. Dabei ist es mittelfristig unser Ziel, den Anteil der Kriminalpoli-
89 zisten am Gesamtpersonalbestand deutlich zu erhöhen.

- 90 ▶▶ Wir wollen dafür sorgen, dass eine schlagkräftige und gut ausgestattete Polizei sowohl
91 in den Ballungszentren als auch im ländlichen Raum ihre Aufgaben erfüllen kann. Wir
92 wollen die Polizeistärke im ländlichen Raum schrittweise verbessern.
- 93 ▶▶ Die auf Städte und Kreise aufbauende Organisation der Polizei hat sich bewährt. Die
94 CDU will sicherstellen, dass die Kreispolizeibehörden unter Führung der von der Bürger-
95 schaft direkt gewählten Landräte auch künftig bestehen bleiben.
- 96 ▶▶ Wir werden personelle Schwerpunkte genau dort setzen, wo sie benötigt werden.
97 Gleichzeitig wollen wir personalintensive aber wirkungsarme Maßnahmen wie den so-
98 genannten „Blitzermarathon“ beenden und die freiwerdenden Personalressourcen sinn-
99 voller einsetzen.
- 100 ▶▶ Wir wollen Schluss machen mit der Misstrauenskultur von Sozialdemokraten und Grü-
101 nen gegenüber der Polizei. Die Polizei Nordrhein-Westfalen ist Freund und Helfer der
102 Bürger – und nicht deren Gegner. Deshalb werden wir die von der rot-grünen Landesre-
103 gierung eingeführte Kennzeichnungspflicht für Beamte der Einsatzhundertschaften
104 wieder abschaffen.

105 **Wir geben der Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen Priorität.**

106 Seit Jahren erleben wir eine besorgniserregende Kriminalitätsentwicklung in unserem Land.
107 Deutlich über 1,5 Millionen Straftaten wurden 2015 registriert. Die Aufklärungsquote liegt
108 seit dem Amtsantritt der rot-grünen Landesregierung konstant unter 50 Prozent. Allein die
109 Zahl der Wohnungseinbrüche in Nordrhein-Westfalen ist unter Rot-Grün um fast 40 Prozent
110 angestiegen. Im Jahr 2015 hat es bei uns 62.362 Wohnungseinbrüche gegeben, so viele, wie
111 in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und
112 Sachsen-Anhalt zusammen. Mehr als 37 Prozent aller Wohnungseinbrüche in Deutschland
113 wurden 2015 in Nordrhein-Westfalen verübt, obwohl Nordrhein-Westfalen nur 22 Prozent
114 der Einwohner Deutschlands hat. Diese Taten werden von den Betroffenen als besonders
115 belastend empfunden, weil die Täter dabei in die unmittelbare Privatsphäre ihrer Opfer ein-
116 dringen. Sicherheit beginnt an der Haustür! Deshalb wollen wir die Verhinderung von Woh-
117 nungseinbrüchen und anderen Diebstahlsdelikten in den Mittelpunkt des polizeilichen Han-
118 delns rücken.

- 119 ▶▶ Wir wollen die Qualität der Tatortarbeit nach Einbrüchen durch den Einsatz fester Teams
120 von speziell geschulten Beamten verbessern und die Anzahl der Ermittlungskommissio-
121 nen in diesem Bereich verdoppeln, um langfristige und täterorientierte Ermittlungen zu
122 ermöglichen.
- 123 ▶▶ Zur Unterstützung der polizeilichen Arbeit gegen Wohnungseinbrüche wollen wir
124 schnellstmöglich softwaregestützte Werkzeuge wie das „Predictive Policing“, mit deren
125 Hilfe sich die Tatmuster von Einbrechern vorhersagen lassen, flächendeckend einsetzen.
126 Dies ermöglicht insbesondere eine gezielte Bekämpfung organisierter, reisender Ban-
127 den.

128 ▶▶ Wir fordern härtere Strafen. So soll der Wohnungseinbruchdiebstahl künftig als Verbre-
129 chen mit einer Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr geahndet werden können. Zur Auf-
130 klärung eines Wohnungseinbruchs kann dann auch das Instrument der Telekommunika-
131 tionsüberwachung eingesetzt werden.

132 ▶▶ Kriminelle agieren längst über Länder- und Staatengrenzen hinweg. Doch der Fokus un-
133 serer Sicherheitsbehörden ist auf das Landesgebiet begrenzt. Um mobile Täter, insbe-
134 sondere Einbrecherbanden, besser verfolgen und stellen zu können, werden wir die Si-
135 cherheitskooperation sowohl mit den angrenzenden Bundesländern als auch mit Bel-
136 gien und den Niederlanden intensivieren und verbessern. Wir streben ein gemeinsames
137 Konzept zur Identifizierung von Intensivtätern an.

138 **Wir werden No-Go-Areas in Nordrhein-Westfalen nicht dulden.**

139 In manchen Großstädten unseres Landes haben sich Straßenzüge und Stadtteile zu Gegen-
140 den entwickelt, in die sich die Polizei nur noch in Mannschaftsstärke und Bürgerinnen und
141 Bürger gar nicht mehr hineintrauen. Dort ist die Durchsetzung des Gewaltmonopols des
142 Staates akut gefährdet. Polizeigewerkschafter sprechen in diesem Zusammenhang von „No-
143 Go-Areas“ und rechtsfreien Räumen. Diese Stadtteile haben oftmals auch mit sozialer Ver-
144 wahrlosung und dem Problem so genannter „Schrottimmobilien“ zu kämpfen. Wir sind si-
145 cher: durch klare Konzepte und eine beherztes Eingreifen kann die Politik die Entstehung
146 von No-Go-Areas wirksam bekämpfen und einen Beitrag dazu leisten, aus Problemvierteln
147 mittelfristig wieder lebenswerte Stadtquartiere zu machen.

148 ▶▶ Wir wollen dort, wo kriminelle Familienclans oder Rockerbanden rechtsfreie Räume für
149 sich beanspruchen, dem Rechtsstaat mit regelmäßigen Razzien und Schwerpunkteinsät-
150 zen wieder Geltung verschaffen.

151 ▶▶ Wir wollen durch die Erstellung eines regelmäßigen Lagebilds zur Clankriminalität die
152 Herausforderungen identifizieren und die Fortschritte im Kampf gegen solche Struktu-
153 ren dokumentieren.

154 ▶▶ Im Rahmen der Auseinandersetzung mit nicht-deutschen kriminellen Banden wollen wir
155 auch alle Möglichkeiten des Ausländerrechts nutzen.

156 ▶▶ Wir wollen die steigende Drogenkriminalität systematisch bekämpfen. Wir werden die
157 von der rot-grünen Landesregierung vollzogene Aufweichung der Grenzen für den straf-
158 losen Eigenbesitz von Betäubungsmitteln wieder revidieren.

159 ▶▶ Wir wollen die bestehenden Möglichkeiten des allgemeinen Ordnungsrechts überprü-
160 fen und dort verbessern, wo es nur ungenügend städtischen „Angst-Räumen“ entgegen-
161 gewirkt.

162 ▶▶ Im Sinne einer Null-Toleranz-Strategie gegen die Verwahrlosung von Stadtteilen wollen
163 wir landesrechtliche Regelungen schaffen oder verbessern, um wirksam gegen das Phä-
164 nomen der Schrottimmobilien vorgehen zu können.

165 ▶▶ Wir wollen prüfen, inwiefern das Land betroffenen Kommunen dabei helfen kann, sein
166 Personal im städtischen Sonderaußendienst aufzustocken.

167 ▶▶ Wir wollen prüfen, ob eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung von orga-
168 nisiertem Sozialmissbrauch eingerichtet werden kann.

169 **Wir geben der Polizei die notwendigen Ermittlungs-Werkzeuge.**

170 Bei einem Vergleich der polizeilichen Ermittlungsinstrumente und Befugnisse in den Bun-
171 desländern wird deutlich, dass Nordrhein-Westfalen zu den Ländern mit den niedrigsten
172 Standards gehört. Sowohl im Bereich der allgemeinen Kriminalitätsbekämpfung als auch der
173 Überwachung von Gefährdern stehen unseren Polizisten nicht die gleichen Werkzeuge zur
174 Verfügung wie ihren Kollegen in anderen Bundesländer. Wir wollen dafür sorgen, dass sich
175 die Standards in Nordrhein-Westfalen an den Ländern orientieren, die über das höchste Si-
176 cherheitsniveau verfügen.

177 ▶▶ Wir werden eine gesetzliche Grundlage für die Durchführung verdachtsunabhängiger
178 Personenkontrollen („Schleierfahndung“) im Polizeigesetz verankern. Es ist nicht hin-
179 nehmbar, dass ausgerechnet das große Transitland Nordrhein-Westfalen zu den weni-
180 gen Bundesländern zählt, die ihrer Polizei diese Möglichkeit bislang vorenthalten.

181 ▶▶ Wir wollen die Videobeobachtung auch mit auf Mustererkennung beruhender Kamera-
182 technik auf Orte ausweiten, an denen kriminalitätsbegünstigende Faktoren vorliegen.
183 Mithilfe dieser modernen Technik wollen wir auch öffentliche Fahndungen wirksamer
184 machen, z. B. durch Gesichtserkennung.

185 ▶▶ Wir wollen sogenannte Body-Cams, also Mini-Kameras, die Polizeibeamte auf der Schul-
186 ter tragen, einführen. Dadurch können Einsatzsituationen beweissicher dokumentiert
187 und die Beamten selbst besser geschützt werden.

188 ▶▶ Die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte und die steigende Aggressivität von Tä-
189 tern machen die flächendeckende Einführung von nicht-tödlichen Distanzwaffen (Taser
190 oder ähnlich wirksame Instrumente) für unsere Polizei notwendig.

191 **Wir werden islamistischem Terrorismus entschlossen entgegentreten.**

192 Nordrhein-Westfalen ist ein tolerantes und weltoffenes Land. Doch Toleranz und Weltof-
193 fenheit darf niemand als Schwäche missverstehen. Terroristische und extremistische Be-
194 strebungen werden wir unter Einsatz aller rechtsstaatlichen Mittel konsequent bekämpfen.
195 Dies ist für unsere wehrhafte Demokratie eine Daueraufgabe von höchster Priorität. Der
196 islamistische Terrorismus fordert uns derzeit besonders heraus. Die Zahl der Salafisten in
197 Nordrhein-Westfalen hat sich seit Amtsantritt der rot-grünen Landesregierung auf knapp
198 3.000 versechsfacht hat, etwa 500 werden als gewaltbereit eingestuft. Wir müssen den

- 199 Kampf gegen Terrorismus und Extremismus als gemeinsame Aufgabe von Staat und Gesell-
200 schaft verstehen, denn die Bedrohungslage ist unverändert hoch.
- 201 ▶▶ Wir wollen die Überwachung gewaltbereiter Islamisten deutlich verstärken. Zu diesem
202 Zweck wollen wir insbesondere die Schaffung von Rechtsgrundlagen für die Telefon-
203 überwachung sowie für die Überwachung und Analyse von Konto- und Bankdaten zur
204 Gefahrenabwehr vorantreiben und eine eigenständige Rechtsgrundlage für die Verhän-
205 gung von Meldeauflagen im Polizeigesetz schaffen.
- 206 ▶▶ Wir wollen die Bewegungsfreiheit von Gefährdern und verurteilten Extremisten weiter
207 einschränken und dazu auch den Einsatz der sogenannten elektronischen Fußfessel aus-
208 weiten.
- 209 ▶▶ Wir wollen den Unterbindungsgewahrsam für Gefährder, von denen das Begehen einer
210 Straftat erwartet wird, von derzeit 48 Stunden auf 14 Tage ausweiten.
- 211 ▶▶ Wir wollen alle ausländer- und staatsangehörigkeitsrechtlichen Instrumente ausschöp-
212 fen, damit islamistische Hassprediger und Gefährder schnell und konsequent ausgewie-
213 sen werden.
- 214 ▶▶ Um zu verhindern, dass ausreisepflichtige Gefährder untertauchen oder gar Anschläge
215 in Deutschland begehen, fordern wir eine konsequente Anwendung der Abschiebehaft.
- 216 ▶▶ Wir wollen die Ausländerbehörden dazu verpflichten, Identitätsverschleierung und die
217 Nutzung von Mehrfachidentitäten anzuzeigen. Staatsanwaltschaften wollen wir anwei-
218 sen, Verfahren wegen unerlaubter Einreise künftig nicht mehr vor Ende des Asylverfah-
219 rens einzustellen.
- 220 ▶▶ Wir wollen Einbürgerungen von Extremisten verhindern oder – soweit rechtlich möglich
221 – rückgängig machen. Wer im Ausland für eine Terrormiliz gekämpft hat und neben der
222 deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit besitzt, muss die deutsche Staatsangehö-
223 rigkeit künftig automatisch verlieren.
- 224 ▶▶ Wir wollen mit aller Härte gegen Moscheevereine und Moscheen, in welchen mit Hass-
225 reden zum Dschihad aufgerufen wird, vorgehen.
- 226 ▶▶ Islamistischen Spendensammelvereinen wollen wir die Finanzierungsmöglichkeiten
227 entziehen.
- 228 ▶▶ Wir setzen uns dafür ein, dass die Sympathiewerbung für kriminelle und terroristische
229 Vereinigungen wieder unter Strafe gestellt wird.
- 230 ▶▶ Zur Terrorprävention wollen wir ein digitales Kompetenzzentrum zur Bekämpfung, Ver-
231 folgung und Verhinderung terroristischer Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen aufbauen,
232 in dem Kommunikations-, Reise- und Finanzdaten systematisch beobachtet und analy-
233 siert werden.
- 234 ▶▶ Wir sprechen uns für eine Überarbeitung und Anpassung des Straf- und Strafprozess-
235 rechts an die digitale Welt aus. Strafverfolgungsbehörden müssen alle Möglichkeiten
236 haben, effizient auch im anonymen Teil des Internets (Darknet) zu ermitteln.

- 237 ▶▶ Wir streben zudem bundesweit harmonisierte Regelungen in Bund und Ländern an, so
238 dass die Verfassungsschutzämter bei Jugendlichen bereits ab 14 Jahren tätig werden
239 können.
- 240 ▶▶ Wir wollen die muslimischen Verbände dabei unterstützen, sich mit allen handelnden
241 Akteuren an entsprechenden Sicherheitspartnerschaften zur Prävention und Deradika-
242 lisierung aktiv zu beteiligen.
- 243 ▶▶ Wir wollen, dass Präventionsstrategien möglichst früh ansetzen und im unmittelbaren
244 persönlichen Umfeld verankert sind. So spielen insbesondere Schulen und Vereine, also
245 Orte, an denen sich junge Menschen außerhalb ihres familiären Umfelds aufhalten, das
246 Internet und soziale Netzwerke bei der Prävention eine bedeutende Rolle.
- 247 ▶▶ Wir wollen durch geeignete Präventionsarbeit Radikalisierungen auch in den Justizvoll-
248 zugsanstalten verhindern.

249 **Wir werden alles dafür tun, um Extremismus den Nährboden zu entziehen.**

- 250 Wir treten jeder Form von Extremismus und politisch motivierter Gewalt entschieden ent-
251 gegen – unabhängig davon, ob sie von Rechtsextremisten, Linksextremisten oder gewaltbe-
252 reiten Islamisten ausgeübt wird. Wir wollen Menschen den Ausstieg aus extremistischen
253 Kreisen erleichtern und Projekte gegen Extremismus fördern.
- 254 ▶▶ Wir wollen konkrete Hilfsangebote für Betroffene, die aus einer extremistischen Szene
255 aussteigen wollen, verstärken und setzen zugleich auf Beratung und Unterstützung für
256 Personen sowie deren Angehörige, die sich bereits radikalisiert haben oder in dieser Hin-
257 sicht als gefährdet gelten.
- 258 ▶▶ Wir wollen die finanzielle Förderung für die zahlreichen Initiativen, die sich dem gemein-
259 samen demokratischen Wertekonsens als Basis für unser tägliches Miteinander ver-
260 schrieben haben, stärker ausbauen.
- 261 ▶▶ Wir setzen uns für einen verbesserten Schutz vor Hass-Angriffen in sozialen Netzwerken
262 ein. Das Netz darf nicht dazu beitragen, dass Menschen im Schutz der Anonymität Straf-
263 taten begehen können. Persönlichkeitsverletzende oder strafbare Kommentare müssen
264 durch den Anbieter der jeweiligen Kommunikationsplattform gelöscht werden.
- 265 ▶▶ Für uns haben Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit keinen
266 Platz in unserer Gesellschaft. Wir werden gegen rechtsextreme Strukturen, z. B. durch
267 Vereinsverbote und konsequente Strafverfolgung, konsequent vorgehen. Insbesondere
268 in unseren Schulen wollen wir durch Förderprogramme zur Aufklärung über geschichtli-
269 che Zusammenhänge und die besondere historische Verantwortung Deutschlands bei-
270 tragen.
- 271 ▶▶ Angriffe auf Polizeibeamte, Gerichtsvollzieher oder Mitarbeiter der öffentlichen Ver-
272 waltung verdeutlichen zunehmend, dass Personengruppen wie die „Reichsbürger“ ver-
273 suchen, ihre Ideologie auch unter Anwendung von Gewalt durchzusetzen. Wir werden

274 konsequent gegen diese Personengruppen, die den Bestand der Bundesrepublik
275 Deutschland bekämpfen, vorgehen. Weiterhin wollen wir alle rechtlichen Möglichkeiten
276 ausschöpfen, um Mitarbeiter, welche sich zu den „Reichsbürgern“ bekennen, aus dem
277 Öffentlichen Dienst auszuschließen.

278 **Wir wollen einen leistungsfähigen Verfassungsschutz.**

279 Der Verfassungsschutz muss mit gleichbleibenden Mitteln einen immer größeren Personen-
280 kreis beobachten: Islamisten, Salafisten, Links- und Rechtsextremisten.

281 Die furchtbaren Terroranschläge auf dem Berliner Breitscheidplatz, in Würzburg oder Ans-
282 bach zeigen die dringende Notwendigkeit eines starken und leistungsfähigen Verfassungs-
283 schutzes als Frühwarnsystem für staatsgefährdende Entwicklungen. Insbesondere die früh-
284 zeitige Erkennung von Einzeltätern verlangt viel Personal. Wir stehen für den Schutz unserer
285 Rechts- und Werteordnung durch einen leistungsstarken Verfassungsschutz.

286 ▶ Nur ein personell gut ausgestatteter Verfassungsschutz garantiert größtmögliche Si-
287 cherheit vor islamistischem, linkem oder rechtem Extremismus.

288 ▶ Darüber hinaus muss der Verfassungsschutz die Instrumente erhalten, die er zur Erfül-
289 lung seiner gesetzlichen Aufgaben benötigt. Deshalb wollen wir die Möglichkeit der
290 akustischen Wohnraumüberwachung sowie der Online-Durchsuchung im nordrhein-
291 westfälischen Verfassungsschutzgesetz verankern.

292 ▶ Wir bekennen uns klar zur Notwendigkeit nachrichtendienstlicher Maßnahmen zur Er-
293 kenntnisgewinnung über Gefahren für unsere freiheitlich-demokratische Grundord-
294 nung. Der Ausgleich zwischen den Freiheitsrechten der Bürger, aber auch ihrem Recht
295 auf Sicherheit, muss immer wieder neu gefunden werden.

296 **Wir erhöhen unsere Abwehrfähigkeit gegen Cybergefahren.**

297 Nahezu alle Lebensbereiche in unserem Land sind von fortschreitender Digitalisierung
298 durchdrungen. Die Abhängigkeit von der Sicherheit und Zuverlässigkeit der IT-Systeme ist
299 in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Zugleich ist die Bedrohungslage für staatli-
300 che IT-Systeme, digitale Infrastruktur, für IT-Steuerung in der Wirtschaft und private Sys-
301 teme unverändert ernst. Für uns ist klar: auch der Cyberraum darf kein rechtsfreier Raum
302 sein. Unser Auftrag ist es, Bürger und Unternehmen auch hier zu schützen.

303 ▶ Wir wollen eine nordrhein-westfälische IT-Sicherheitsstrategie erarbeiten, die im Zu-
304 sammenspiel mit den Bundesbehörden und den Behörden der anderen Bundesländer
305 Sicherheit auf einem angemessenen Niveau gewährleistet, ohne die Chancen der Digi-
306 talisierung zu beeinträchtigen.

- 307 ▶▶ Wir wollen unseren Sicherheitsbehörden im Kampf gegen die Gefahren aus dem Cyber-
308 raum die erforderlichen Befugnisse sowie ausreichende technische und personelle Aus-
309 stattung zur Verfügung stellen.
- 310 ▶▶ Wir werden den Schutz kritischer Infrastrukturen in unserem Land weiter verbessern
311 und unsere Wirtschaft, gerade die oft unzureichend geschützten kleinen und mittelstän-
312 dischen Unternehmen, besser als bisher für die gezielten Spähangriffe fremder Nach-
313 richtendienste und internationaler Konkurrenz sensibilisieren.
- 314 ▶▶ Dafür wollen wir die Aktivitäten mit der Initiative Wirtschaftsschutz der obersten deut-
315 schen Sicherheitsbehörden und der großen Wirtschaftsverbände verstärken und aus-
316 bauen.
- 317 ▶▶ Wir wollen ein „Cyber-Security Competence Center“ als Servicestelle für die nordrhein-
318 westfälische Wirtschaft und die Landesverwaltung aufbauen.
- 319 ▶▶ Wir werden auch darauf Wert legen, dass die Kompetenzen im Bereich Cyber-Forensik
320 weiter ausgebaut werden. Um Straftaten im Cyberraum aufklären zu können, müssen
321 wir immer auf der ermittlungstechnischen Höhe der Zeit sein.

322 **Wir stärken unseren Sicherheits- und Rettungskräften den Rücken.**

323 Die Zuständigkeit des Landes Nordrhein-Westfalen für die Gewährleistung der Sicherheit
324 unserer Bevölkerung erstreckt sich über die polizeiliche und nichtpolizeiliche Gefahrenab-
325 wehr. Die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr ist ein Gesamtsystem aus Zivil- und Katastro-
326 phenschutz und alltäglicher Gefahrenabwehr. Das Gesamtsystem wird durch viele Tausend
327 ehren- und hauptamtliche Angehörige in Feuerwehren und anerkannten Hilfsorganisatio-
328 nen bei uns im Land getragen. Diese Kräfte – Frauen und Männer, die tagtäglich für den
329 Schutz der Bürgerinnen und Bürger eintreten - dürfen darauf vertrauen, dass wir als CDU
330 dieses bewährte Gesamtsystem – auch im Zusammenspiel aus Ehren- und Hauptamt – er-
331 halten und stärken werden.

332 ▶▶ Angriffe auf und Respektlosigkeiten gegen Einsatzkräfte von Feuerwehren, Rettungs-
333 dienst, anerkannten Hilfsorganisationen und gegen die Polizei werden auf das Schärfste
334 verurteilt: Wir tragen dafür Sorge, dass Strafanzeigen von Einsatzkräften nicht mehr aus
335 einem Mangel an öffentlichem Interesse eingestellt werden. Wir begrüßen darüber hin-
336 aus die von Seiten der CDU-geführten Bundesregierung vorgelegte Verschärfung des
337 Strafgesetzbuches bei tätlichen Angriffen gegen Einsatzkräfte und die künftig zu ver-
338 hängende Mindeststrafe von sechs Monaten.

339 ▶▶ Wir haben uns für ein modernes Brandschutz-, Hilfeleistungs- und Katastrophenschutz-
340 recht stark gemacht. Die erforderlichen Anpassungen im Laufbahnrecht werden wir
341 schnellstmöglich zur Umsetzung bringen.

342 ▶▶ Wir treten für das dringend erforderliche Prinzip einer vernetzten Sicherheit ein: Inte-
343 grierte Konzepte zwischen den verschiedenen Verantwortlichkeiten aus Feuerwehren,

- 344 anerkannten Hilfsorganisationen, Rettungsdienst, öffentlichem Gesundheitsdienst und
345 polizeilicher Gefahrenabwehr werden einen ursachenunabhängigen Schutz der Bevöl-
346 kerung vor Gefahren aller Art mit einer starken Gefahrenabwehr gewährleisten.
- 347 ▶▶ Wir haben die Bereichsausnahme für den Rettungsdienst durchgesetzt. Die Be-
348 reichsausnahme eröffnet dem Land und den Städten und Gemeinden die Möglichkeit,
349 den anerkannten Hilfsorganisationen ein Stück Unabhängigkeit zurückzugeben, die sie
350 benötigen, um ihren Aufgaben im Alltag wie auch in der Katastrophe gerecht zu werden.
351 Die Anwendung der Bereichsausnahme bei der Vergabe rettungsdienstlicher Leistungen
352 durch die Kreise und kreisfreien Städte wird langfristig zum Erhalt des bewährten Ge-
353 samtsystems aus Zivil- und Katastrophenschutz und alltäglicher Gefahrenabwehr bei-
354 tragen.
- 355 ▶▶ Wir setzen uns für ein funktionsfähiges Berufsbild des Notfallsanitäters ein. Derzeit be-
356 stehende Hemmnisse bei der Fort- und Ausbildung zum Notfallsanitäter werden wir –
357 auch in Absprache mit dem Bund – schnellstmöglich beseitigen.
- 358 ▶▶ Ein modernes Brandschutz-, Hilfeleistungs- und Katastrophenschutzwesen benötigt
359 auch eine moderne Ausstattung: In Zusammenarbeit mit dem Bund werden wir die Aus-
360 gestaltung der Bundeskonzeption „Zivile Verteidigung“ vorantreiben und die dafür er-
361 forderlichen Mittel zur Verfügung stellen. Die Städte und Gemeinden werden zukünftig
362 an den stetig steigenden Landeseinnahmen aus der Feuerschutzsteuer höher beteiligt
363 werden, damit diese wiederum die Feuerwehren vor Ort stärken können.
- 364 ▶▶ Ein leistungsfähiger Zivil- und Katastrophenschutz erfordert auch eine Stärkung der
365 Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung: In Abstimmung mit den Aufgabenträgern setzen
366 wir uns für die Entwicklung einer entsprechenden Kampagne ein. Dazu gehört es auch,
367 dass wir die Ersthelfer-Ausbildung stärken wollen: Oftmals – gerade im Falle eines Herz-
368 Kreislauf-Stillstandes – kommt es auf jede Sekunde an.
- 369 ▶▶ Wir treten dafür ein, dass das Land Nordrhein-Westfalen mehr Verantwortung im Rah-
370 men des Zivil- und Katastrophenschutzes und bei der alltäglichen Gefahrenabwehr ein-
371 nimmt: Dies bedeutet, dass wir für eine räumliche Verteilung von Spezialausstattungen
372 im Falle eines Ausfalls kritischer Infrastruktur sorgen werden, so dass die Funktionsfä-
373 higkeit öffentlicher Infrastruktur im Falle des Falles schnellstmöglich wiederhergestellt
374 werden kann. Dies schließt den Aufbau von Infrastrukturen bei bestimmten Gesund-
375 heitsgefahren (zum Beispiel bei Kohlenmonoxid-Vergiftungen) in unserem – einwohner-
376 größten – Bundesland ein.
- 377 ▶▶ Zur Stärkung des bewährten Gesamtsystems aus ehren- und hauptamtlichen Kräften im
378 Zivil- und Katastrophenschutz und in der alltäglichen Gefahrenabwehr benötigen wir
379 dauerhaft Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich in Feuerwehren und anerkan-
380 nten Hilfsorganisationen sowie dem Technischen Hilfswerk engagieren. Die CDU Nord-
381 rhein-Westfalen wird die Kampagne „FeuerweHRENSACHE“ fortführen und diese Kam-
382 pagne auf Angehörige des Zivil- und Katastrophenschutzes ausweiten. In Absprache mit

383 den beteiligten Organisationen werden wir die Kinder- und Jugendarbeit stärker för-
384 dern.

385 **Wir wollen das Sicherheitsgefühl stärken und**
386 **gegenseitige Verantwortung fördern.**

387 Wer Verwahrlosungen, verschmutzte Grünanlagen oder Fassadenschmierereien erlebt,
388 fühlt sich in seinem Wohnumfeld nicht sicher. Wir treten diesen Erscheinungen entgegen,
389 denn sie sind oft Anfangspunkte für Kriminalität. Beleuchtungskonzepte, Aufenthaltsregeln
390 und die Präsenz von Ordnungskräften wirken auf potenzielle Täter zudem abschreckend,
391 vorbeugend und tragen zur Aufklärung bei. Dies wollen wir ausweiten und gemeinsam mit
392 Anwohnern und Eigentümern die Möglichkeiten der Prävention noch besser nutzen. An Or-
393 ten, wo die Menschen sich kennen, geben sie mehr aufeinander Acht und übernehmen für-
394 einander Verantwortung. Alltagskriminelle haben dort weniger Chancen.

395 ▶▶ Wir wollen daher Nachbarschaften weiter stärken und sie durch die Stadt- und Regio-
396 nalentwicklung besser fördern.

397 ▶▶ Prävention ist auch Aufgabe der Bürgergesellschaft. So wollen wir Betrugsmaschen ver-
398 hindern, welche sich gezielt gegen Senioren richten. Dazu zählen neben dem Enkeltrick
399 auch Hausgeschäfte oder falsche Gewinnversprechen am Telefon.

400 ▶▶ Wir wollen ehrenamtliche Sicherheitsberater etablieren, damit sich Senioren besser vor
401 Straftaten schützen können.

402 ▶▶ Wir wollen als sinnvolle Ergänzung zu den bestehenden Sicherheitspartnerschaften zwi-
403 schen Kommunen und Polizei kommunale Präventionsräte ermöglichen, in denen maß-
404 geschneiderte und auf die örtlichen Verhältnisse abgestimmte Maßnahmen durch regel-
405 mäßige Abstimmungen der Akteure vor Ort ermöglicht werden.

406 **Wir wollen Gerichte und Staatsanwaltschaften besser aufstellen.**

407 Eine bürgernahe, leistungsfähige und politisch unabhängige Justiz ist für den Rechtsstaat
408 und einen starken Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen unentbehrlich. Die Justiz hat
409 für Rechtssicherheit und Rechtsfrieden zu sorgen, Kriminalität zu bekämpfen und die Opfer
410 von Straftaten zu schützen. Straftätern soll im Vollzug die echte Chance zur Resozialisierung
411 und Wiedereingliederung in ein verantwortungsvolles Leben geboten werden. Es gilt, die
412 Justiz weiter zu stärken, um für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes schnellen und
413 effektiven Rechtsschutz zu bieten. Innerhalb der Gerichte und Staatsanwaltschaften müs-
414 sen alle technischen und organisatorischen Möglichkeiten zur Steigerung von Effizienz und
415 Effektivität genutzt werden. Unser Ziel ist eine Beschleunigung und Vereinfachung von Jus-
416 tizverfahren unter Einsatz aller technischen und organisatorischen Möglichkeiten, soweit
417 dies ohne Qualitätsverlust und unter Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze möglich ist.

- 418 ▶▶ Wir wollen Gerichte und Staatsanwaltschaften sowohl mit moderner Technik als auch
419 mit den erforderlichen personellen Ressourcen ausstatten und uns dabei am Personal-
420 bedarfsberechnungssystem (PEBB§Y) orientieren.
- 421 ▶▶ Wir wollen die Personalentwicklungsgrundsätze im Bereich der Richterschaft weiterent-
422 wickeln, um neben dem aktuell bestehenden Bedarf bereits jetzt personelle Zukunftssi-
423 cherung zu betreiben.
- 424 ▶▶ Wir werden alle Einrichtungen der außergerichtlichen Streitschlichtung, durch die Ge-
425 richtsverfahren vermieden und eine tragfähige Lösung von Konflikten in unserer Gesell-
426 schaft erreicht werden, systematisch fördern. Dazu zählen für uns insbesondere die
427 Schiedsmänner und Schiedsfrauen sowie die Mediation.
- 428 ▶▶ Wir wollen alle Experten zu einem runden Tisch „Paralleljustiz“ zusammenbringen. Beim
429 Phänomen „Paralleljustiz“ handelt es sich um eine Form der nicht tolerablen internen
430 Konfliktlösung, die sich vor dem Staat versteckt, die Aufklärung von Straftaten behin-
431 dert und das Wertesystem unseres Grundgesetzes nicht anerkennt.
- 432 ▶▶ Wir wollen mit den Teen Court-Projekten NRW – Schüler „urteilen“ über Schüler – einen
433 neuen Weg im Umgang mit Jugendkriminalität erproben.

434 **Wir geben dem Strafvollzug tragfähige und sichere Rahmenbedingungen.**

435 Wir werden dafür Sorge tragen, dass unsere Bevölkerung durch eine sichere Unterbringung
436 der Gefangenen geschützt wird. Dies setzt neben einer angemessenen Personalausstattung
437 des Justizvollzugsdienstes vor allem die Sicherstellung einer ausreichenden Anzahl von
438 Haftplätzen voraus. Für uns sind die unter Rot-Grün eingeführten Vollzugslockerungen kein
439 Selbstzweck. Wir werden prüfen, ob sie im Hinblick auf die im Vordergrund stehenden Si-
440 cherheitsinteressen der Allgemeinheit weiterhin verantwortbar sind.

441 ▶▶ Die technische und personelle Ausstattung der Justizvollzugsanstalten in Nordrhein-
442 Westfalen ist den gestiegenen tatsächlichen und rechtlichen Anforderungen anzupas-
443 sen und insgesamt zu stärken.

444 ▶▶ Wir wollen die Zahl der Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze für Gefangene in unseren
445 Justizvollzugsanstalten weiter erhöhen. Arbeit und berufliche Qualifikation sind ein er-
446 folgversprechendes Mittel um erneute Straftaten nach der Haftentlassung zu verhin-
447 dern.

448 ▶▶ Wir wollen den Handel mit und den Konsum von Drogen in unseren Vollzugsanstalten
449 konsequent verhindern. Dazu zählt der verstärkte Einsatz von Drogenspürhunden
450 ebenso wie die harte Sanktionierung durch den Wegfall einer vorzeitigen Haftentlas-
451 sung.

452 ▶▶ Wir werden die Zahl der Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze für Gefangene in unseren
453 Justizvollzugsanstalten weiter erhöhen. Arbeit und berufliche Qualifikation sind durch

454 das daraus erwachsene Selbstbewusstsein ein erfolgversprechendes Mittel, um erneute
455 Straftaten nach der Haftentlassung zu verhindern.

456 ▶▶ Um die Haftkosten im Zusammenhang mit der Verbüßung von Ersatzfreiheitsstrafen zu
457 reduzieren, werden wir die Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch gemeinnützige
458 Arbeit erleichtern. Straftäter, die zu einer Ersatzfreiheitsstrafe verurteilt worden sind,
459 sollen deshalb die Möglichkeit erhalten, jeden Tag ihrer Ersatzfreiheitsstrafe durch das
460 Ableisten von jeweils fünf Stunden gemeinnütziger Arbeit zu ersetzen.

461 ▶▶ Damit kriminelle Karrieren nach Möglichkeit gar nicht erst entstehen, werden wir die
462 Verhängung des Warnschussarrests gegen jugendliche Intensivtäter intensivieren und
463 dafür sorgen, dass insbesondere jugendliche Straftäter zeitnah bestraft werden.

464 **Wir stellen Opferschutz vor Täterschutz.**

465 Für die CDU Nordrhein-Westfalen geht Opferschutz immer vor Täterschutz. Wir wollen,
466 dass Kriminelle konsequent verfolgt, überführt und nach ihrer Tat zeitnah und schuldange-
467 messen verurteilt werden. Dabei muss die Strafe der Tat auf dem Fuße folgen. Über diese
468 Grundvoraussetzungen hinaus setzen wir uns dafür ein, den Opferschutz in Zusammenar-
469 beit mit nichtstaatlichen Organisationen, wie dem „Weißen Ring“ mehr Gewicht zu verlei-
470 hen. Menschen, die Opfer einer Straftat wurden, dürfen sich nicht alleingelassen fühlen!

471 ▶▶ Dazu wollen wir das Netz der bestehenden Opferhilfeeinrichtungen erhalten und aus-
472 bauen.

473 ▶▶ Wir wollen die psychosoziale Prozessbegleitung bekannt machen und sie durch staatli-
474 che Begleitmaßnahmen unterstützen.

475 ▶▶ Wir setzen uns für die Stärkung des Adhäsionsverfahrens ein. Im Adhäsionsverfahren
476 können aus einer Straftat erwachsene vermögensrechtliche Ansprüche der Opfer unmit-
477 telbar im Strafprozess gegen den Beschuldigten geltend gemacht werden. Dem Opfer
478 bleibt so ein zusätzlicher Prozess erspart.

479 ▶▶ Bewährungsstrafen werden von Straftätern häufig als Freispruch empfunden und im ge-
480 gesellschaftlichen Kontext einer Bagatelle gleichgesetzt. Wir werden uns deshalb im Wege
481 einer Bundesratsinitiative dafür einsetzen, die in § 56 StGB niedergelegten Kriterien für
482 eine Strafaussetzung zur Bewährung zu überprüfen und wenn möglich zu verschärfen.

483 **II. Wirtschaft und Finanzen**

484 **1. Wirtschaft und Arbeit**

485 Christlich-demokratische Wirtschaftspolitik folgt dem bewährten ordnungspolitischen Leit-
486 bild der Sozialen Marktwirtschaft. Es ist unser Erfolgsmodell seit der Gründung des Landes

487 Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik Deutschland. Es hat nichts an Modernität und
488 Lebensnähe verloren. Aber Nordrhein-Westfalen, Land von Mittelstand, Industrie und
489 Handwerk und früher der Wirtschaftsmotor Deutschlands, hat seine einstige ökonomische
490 Spitzenstellung unter den Bundesländern längst eingebüßt.

491 **Wir wollen wieder an die Spitze der deutschen Bundesländer.**

492 Wir wollen und werden uns nicht mit Nullwachstum und einer weit überdurchschnittlichen
493 Arbeitslosigkeit abfinden. Wir wollen unser Land wieder zum Wirtschaftsmotor der Bundes-
494 republik Deutschland machen und auf die Spitzenplätze im Bundesländervergleich zurück-
495 führen. Wir setzen auf eine Wirtschaftspolitik, die für Freiheit und Wettbewerb eintritt und
496 aus der bürokratischen und wachstumsfeindlichen Politik der rot-grünen Landesregierung
497 hinausführt. Nur so werden die notwendige Dynamik und das wirtschaftliche Wachstum
498 entstehen, die die materielle Grundlage für soziale Leistungen schaffen und den Staatshaus-
499 halt entlasten.

500 Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen wächst seit dem Amtsantritt der Regierung Kraft un-
501 terdurchschnittlich. Seit 2010 war das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen – mit
502 Ausnahme von 2014 – stets schwächer als in Deutschland insgesamt. Lag das Wirtschafts-
503 wachstum in unserem Bundesland zwischen Anfang 2005 und Anfang 2010 noch um 13,7
504 Prozent über dem Bundesschnitt, wies es zwischen Anfang 2010 und Ende 2015 einen Rück-
505 stand von 39 Prozent auf. 2015 landete Nordrhein-Westfalen mit null Prozent Wachstum
506 sogar erstmalig in seiner siebzigjährigen Geschichte auf dem letzten Platz im Bundesländer-
507 vergleich. Die Schwächeperiode hält zudem weiter an: Auch im ersten Halbjahr 2016 lag das
508 Wirtschaftswachstum im Bundesschnitt um knapp 10 Prozent über dem Wachstum in Nord-
509 rhein-Westfalen.

510 Besonders besorgniserregend ist die Entwicklung der industriellen Produktion an Rhein und
511 Ruhr. So schrumpfte die Industrie-Produktion in Nordrhein-Westfalen 2015 um 2,1 Prozent,
512 während sie im Bundesschnitt um 1,7 Prozent wuchs. Die unterdurchschnittliche Entwick-
513 lung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft hat gravierende Folgen für den Arbeitsmarkt:
514 Zwar ist die Zahl der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen zwischen Juli 2010 und Ende 2016
515 um 10,1 Prozent gesunken – in den übrigen Bundesländern ging sie jedoch um ganze 21,3
516 Prozent zurück. Bei einer Entwicklung der Arbeitslosenzahlen nur im Durchschnitt der übr-
517 igen Bundesländer wären heute knapp 87.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen weniger
518 arbeitslos.

519 Wir vertrauen auf die Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der nordrhein-westfälischen
520 Wirtschaft. Unser Land zeichnen vor allem die langen Wertschöpfungsketten aus, begin-
521 nend bei den energieintensiven Branchen der Stahl-, Aluminium- und Glasindustrie sowie
522 der Grundstoffchemie bis hin zur High-Tech-Produktion beispielsweise unserer Automobil-
523 zulieferer, unserer Elektroindustrie und unserer Anlagen- und Maschinenbauer. Diese wol-
524 len wir erhalten und ausbauen.

525 Nordrhein-Westfalen muss zudem Vorreiter der Digitalisierung in Industrie, Handwerk,
526 Handel und Dienstleistungssektor werden.

527 **Wir wollen unsere Wirtschaftskraft neu entfesseln.**

528 Wirtschaftswachstum ist nicht nur eine Zahl. Ein gesundes Wirtschaftswachstum bringt
529 Menschen in Arbeit und entlastet den Landeshaushalt. Wir wollen die Voraussetzungen da-
530 für schaffen, dass Unternehmer aus dem In- und Ausland Nordrhein-Westfalen als einen der
531 attraktivsten Standorte für Investitionen in Deutschland und in Europa wahrnehmen. Nord-
532 rhein-Westfalen braucht eine Investitions- und Entlastungsoffensive, die den Standort
533 Nordrhein-Westfalen für etablierte kleine, mittlere und große Unternehmen wieder attrak-
534 tiver gestaltet:

535 ▶▶ Wir wollen eine umfassende Entbürokratisierung einleiten. Wir entlasten die staatliche
536 Verwaltung und wirken einem zusätzlichen Personalaufbau und neuen finanziellen Be-
537 lastungen des Landes entgegen. In einem ersten Schritt werden wir unnötige bürokrati-
538 sche Regelungen wie das Tariftreue- und Vergabegesetz abschaffen.

539 ▶▶ Wir wollen zudem mit Hilfe digitaler Anwendungen unvermeidbare Bürokratie anwen-
540 derfreundlich gestalten und so die Lasten für den Mittelstand reduzieren.

541 ▶▶ Nirgendwo in Deutschland ist die kommunale Abgabenlast für Unternehmen durch die
542 Grund- und Gewerbesteuer so hoch wie in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen eine grund-
543 legende Reform der Kommunalfinanzen, um aus der Steuererhöhungsspirale für den
544 Mittelstand und die Bürger herauszukommen.

545 ▶▶ Seit 2010 hat Nordrhein-Westfalen knapp 3.800 ha Industrie- und Gewerbefläche er-
546 satzlos verloren. Wir wollen wieder eine Flächenpolitik machen, die wirtschaftliches
547 Wachstum fördert. Dazu werden wir unnötige Restriktionen für die Ausweisung von In-
548 dustrie- und Gewerbeflächen aus dem Landesentwicklungsplan und dem Landesnatur-
549 schutzgesetz entfernen.

550 ▶▶ Wir tragen Sorge dafür, dass es gerade für Familien- und Traditionsunternehmen erleich-
551 tert wird, in ihrer direkten Umgebung zu expandieren.

552 ▶▶ Darüber hinaus wollen wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass bei der Neu-
553 ansiedlung gewerblicher oder industrieller Unternehmen auf bisher entsprechend genutz-
554 ten Flächen diese immissionschutzrechtlich der Vornutzung gleichgestellt werden.

555 ▶▶ Wir werden Genehmigungsverfahren in Nordrhein-Westfalen beschleunigen. Das gilt
556 sowohl für wichtige Infrastrukturprojekte wie auch für die Genehmigung von Industrie-
557 anlagen. Dazu werden wir Verbandsklage- und Beteiligungsrechte, die nicht zwingend
558 durch EU- oder Bundesrecht vorgeschrieben sind, abschaffen.

- 559 ▶▶ Gleichzeitig setzen wir uns für einen Ausbau der Planungs- und Genehmigungskapazi-
560 täten in Nordrhein-Westfalen ein. Sind Genehmigungsverfahren in anderen Bundeslän-
561 dern schneller, streben wir eine Übernahme der besten bundesweiten Regelung in un-
562 sere Landesgesetze an.
- 563 ▶▶ Alleingänge unseres Landes beim Klimaschutz lehnen wir ab. Aufgrund des bestehenden
564 europäischen Emissionshandels führen diese lediglich zum Verlust von Arbeitsplätzen
565 und Wohlstand in Nordrhein-Westfalen, ohne dass dem Klimaschutz geholfen wird. Wir
566 werden aus diesem Grund das überflüssige Landesklimaschutzgesetz und den Landes-
567 klimaschutzplan abschaffen und uns für eine interessenausgleichende Gesetzgebung
568 einsetzen, die den Anforderungen des Industrielandes Nordrhein-Westfalen gerecht
569 wird.
- 570 ▶▶ Wir werden Existenzgründungen und das Entstehen erfolgreicher Start-Ups fördern. Wir
571 setzen auf den Auf- und Ausbau von digitalen Clustern im Umfeld von Hochschulstand-
572 orten und die gezielte Vernetzung von Start-Up-Standorten, Inkubatoren, Großindustrie
573 und mittelständischen Unternehmen.
- 574 ▶▶ Wir wollen die Quote privatwirtschaftlicher Forschung und Entwicklung steigern.
- 575 ▶▶ Dazu werden wir das Hochschulgesetz novellieren, um die Zusammenarbeit von Hoch-
576 schulen und Wirtschaft zu intensivieren.
- 577 ▶▶ Wir setzen uns auf Bundesebene für die Schaffung einer steuerlichen Forschungsförde-
578 rung ein.
- 579 ▶▶ Wir werden das bestehende Mittelstandsgesetz mit Leben füllen. Dazu werden wir Clea-
580 ringverfahren auch auf Gesetzesinitiativen des Landtages ausweiten und eine Berichts-
581 pflicht der Landesregierung zur Umsetzung von Empfehlungen der Clearingstelle Mit-
582 telstand einführen. Wir werden die Clearingverfahren nicht mehr in das Ermessen des
583 jeweiligen Ressorts stellen und prüfen, wie die Mittelstandsförderung über das Mittel-
584 standsgesetz ausgebaut werden kann.
- 585 ▶▶ Wir bekennen uns klar zur Selbstverwaltung der Wirtschaft. Wir wollen das Kammersys-
586 tem im Handwerk, den Freien Berufen, in Industrie und Handel stärken. Gemeinsam mit
587 den Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft wollen wir prüfen, ob weitere ho-
588 heitliche Tätigkeiten auf die Kammern übertragen werden können.

589 **Wir sichern die Zukunft des Handwerks.**

590 Das Handwerk ist ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen. Mit seinen mehr als 1,1 Millionen
591 Beschäftigten bildet es eine große Stütze des Arbeitsmarktes unseres Landes, mit seinen
592 knapp 80.000 Auszubildenden bietet es zahlreichen jungen Menschen ungeachtet ihrer Her-
593 kunft attraktive Karrieremöglichkeiten. Mit seinen insgesamt rund 189.000 Betrieben steht
594 das nordrhein-westfälische Handwerk für eine mittelständische Unternehmenskultur, die

595 unternehmerische Freiheit und soziale Verantwortung vorbildlich miteinander verknüpft.
596 Damit verkörpert das Handwerk die Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft.

597 Nordrhein-Westfalen bedarf wieder einer konsequenten Politik für Handwerk und Mittel-
598 stand, die den Rahmen für fairen Leistungswettbewerb setzt und zugleich den Weg für
599 selbstverantwortliches Unternehmertum, für Beschäftigung und Ausbildung auch im Klein-
600 betrieb frei macht. Wir setzen gemeinsam mit dem Handwerk auf Selbstbestimmung und
601 Selbstverantwortung als Grundlagen einer erfolgreichen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

602 ▶▶ Wir wollen die bewährte „Handwerksinitiative“ fortführen, verlässliche Beratungsstruk-
603 turen für den Technologietransfer schaffen, mittelstandsfeindliche Bürokratie abbauen
604 und die Kooperation zwischen Handwerk und Hochschulen stärken.

605 ▶▶ Wir werden die Einführung der sogenannten „Hygiene-Ampel“ rückgängig machen und
606 durch ein positives Anreiz- und Bonussystem für Vorzeige-Betriebe ersetzen.

607 ▶▶ Wir wollen die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen für das Handwerk erhöhen und den
608 deutschen Meisterbrief als einmaligen Qualitätsnachweis auf sämtlichen Ebenen gegen
609 jede Form von Relativierung und Nivellierung entschlossen verteidigen.

610 ▶▶ Wir wollen eine Bundesratsinitiative zur Beseitigung der heute vorhandenen Ungleich-
611 behandlung zulassungspflichtiger und zulassungsfreier Handwerksbetriebe bei der So-
612 zialversicherungspflicht starten, weil die qualifizierten Betriebsinhaber im zulassungs-
613 pflichtigen Handwerk in der Regel erheblich besser für das Alter vorsorgen können als
614 die oftmals schlechter oder gar nicht qualifizierten Inhaber zulassungsfreier Handwerks-
615 betriebe.

616 ▶▶ Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademi-
617 scher Bildung praktisch umgesetzt wird. Hierzu muss es zu einer Angleichung der Vor-
618 züge für Studenten und Auszubildende kommen. Das Meister-Bafög hat sich seiner Ein-
619 führung 1996 unter dem damaligen Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers bewährt.
620 Wir wollen dieses Förderinstrument finanziell ausbauen und organisatorisch verbessern,
621 um damit mehr individuelle Anreize für die höhere Berufsbildung zu setzen.

622 **Wir fördern den modernen Handel in Zeiten der Digitalisierung.**

623 Der nordrhein-westfälische Einzelhandel erwirtschaftet im Jahr rund 100 Milliarden Euro
624 und damit knapp ein Viertel des gesamten deutschen Einzelhandelsumsatzes. Er ist damit
625 die drittstärkste Wirtschaftskraft in Nordrhein-Westfalen. Mit über 750.000 Beschäftigten
626 und Auszubildenden ist der Handel darüber hinaus einer der wichtigsten Arbeitgeber und
627 Nachwuchsförderer des Landes. Nordrhein-Westfalen ist als Standort großer Handelsketten
628 und Logistikunternehmen in besonderer Weise von der Digitalisierung des Handels betrof-
629 fen. Der digitale Wandel setzt unsere Handelsstrukturen unter Druck, bietet aber auch neue
630 Chancen für die Betriebe. Wir werden diese Entwicklung mit Landesgesetzen nicht aufhal-
631 ten, aber wir wollen den Rahmen schaffen, damit sich der Einzelhandel und mit ihm unsere
632 Innenstädte erfolgreich weiterentwickeln können.

- 633 ▶▶ Die Attraktivität des Einzelhandels vor Ort hängt zunehmend davon ab, dass ein mög-
634 lichst barrierefreier Wechsel zwischen den Vertriebskanälen in den Ladenlokalen ermög-
635 licht wird. Darüber hinaus bieten digitale Anwendungen für den stationären Handel die
636 Möglichkeit, die Kundenansprache zu verbessern und die Lagerhaltung zu optimieren.
- 637 ▶▶ Voraussetzung für die Digitalisierung des stationären Handels ist der Aufbau einer ent-
638 sprechenden digitalen Infrastruktur. Wir setzen uns daher für den flächendeckenden
639 Breitbandausbau sowie für freie WLAN-Netze in den Innenstädten ein.
- 640 ▶▶ Wir wollen das Ladenöffnungsgesetz novellieren. Insbesondere brauchen wir wieder
641 eine rechtssichere gesetzliche Lösung für vier verkaufsoffene Sonntage im Jahr, ohne
642 die Sonntagsruhe zu sehr zu stören. Die Forderung, die Zahl der verkaufsoffenen Sonn-
643 tage anzuheben oder den Verkauf ganz frei zu geben, lehnen wir ab. Der Sonntag darf
644 nicht allein ökonomischen Interessen geopfert werden.

645 **Wir stehen an der Seite der Freien Berufe.**

646 Die Freien Berufe sind Dienstleister im öffentlichen Interesse. In Nordrhein-Westfalen gibt
647 es 274.000 selbstständige Freiberufler. Insgesamt beschäftigen sie in ihren Apotheken, Bü-
648 ros, Kanzleien und Praxen 730.500 Erwerbstätige. Insgesamt sind knapp 1 Million Menschen
649 in Nordrhein-Westfalen im Bereich der Freien Berufe tätig. Gerade für den ländlichen Raum
650 sind sie ein unverzichtbarer Teil der Infrastruktur. Sie tragen zur Entwicklung und Sicherung
651 unseres Gemeinwesens bei und versorgen die Bevölkerung mit notwendigen und hochwer-
652 tigen Dienstleistungen. Wir wollen die Freien Berufe in unserem Land weiter stärken.

- 653 ▶▶ Wir setzen uns für eine Stärkung des Selbstverwaltungsprinzips sowie die Beibehaltung
654 des Fremdkapitalverbots und der Kosten- und Gebührenordnungen ein.
- 655 ▶▶ Wir setzen uns für die Schaffung eines interdisziplinären Instituts zur Erforschung der
656 Freien Berufe ein und wollen dieses entsprechend der jährlichen landesseitigen Förde-
657 rung des Deutschen Handwerksinstituts finanziell ausstatten.
- 658 ▶▶ Wir wollen ein eigenes Referat „Freie Berufe“ im Wirtschaftsministerium einrichten.

659 **Wir fördern die Ausbildung von Fachkräften.**

660 Der Nachwuchs im Mittelstand und Handwerk bestimmt die Zukunft Nordrhein-Westfalens.
661 Doch auch bei den Ausbildungsplätzen bildet unser Land das Schlusslicht.

662 Das Verhältnis zwischen beruflicher und akademischer Bildung ist aus der Balance geraten.
663 Die duale Berufsausbildung gilt zwar als Garant unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit,
664 gerät jedoch durch den ungebremsten Trend zu Studium und Abitur zunehmend unter
665 Druck. Wir dagegen wollen Schülerinnen und Schüler wieder von einer Berufsausbildung
666 begeistern, damit wir heute schon dem Fachkräftemangel von morgen entgegenwirken kön-

667 nen. Wir brauchen eine Steigerung des Interesses der Schülerinnen und Schüler an tech-
668 nisch-praktischen Berufe und die Betonung der Gleichwertigkeit von beruflicher und aka-
669 demischer Bildung.

670 **Wir stellen auch bei Arbeit 4.0 den Menschen in den Mittelpunkt.**

671 Nicht nur beim Wirtschaftswachstum, auch bei den Investitionen fällt unser Bundesland im-
672 mer weiter zurück. So ist die Investitionsquote des verarbeitenden Gewerbes nur in Schles-
673 wig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern noch geringer als in Nordrhein-Westfalen.
674 Deshalb konnten die Menschen in Nordrhein-Westfalen von der guten Arbeitsmarktent-
675 wicklung in Deutschland nur in Ansätzen profitieren. Die Armutsrisikoquote ist in Nord-
676 rhein-Westfalen seit 2010 sogar von 14,7 Prozent auf 16,2 Prozent gestiegen und liegt damit
677 deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

678 Die CDU Nordrhein-Westfalen steht vor diesem Hintergrund für eine effektive und effizi-
679 ente Arbeitsmarktpolitik, die auf eine frühzeitige und passgenaue Aktivierung Arbeitsloser
680 und deren schnellstmögliche Integration in den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet ist. Arbeit
681 ist die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, bietet Einkommen und Wohlstand. Da-
682 mit schafft Arbeit nicht nur Sicherheit und Unabhängigkeit, sondern auch die Grundlage für
683 eine freie Lebensplanung und -gestaltung.

684 Unser Ziel ist die Verwirklichung von Vollbeschäftigung in unserem Land. Dabei nehmen wir
685 alle Bevölkerungsgruppen in den Blick: Männer und Frauen, Junge und Ältere, gut und ge-
686 ring qualifizierte Menschen sowie Menschen mit Behinderung. Wir wissen darum, dass jeder
687 Mensch Fähigkeiten besitzt, nach Anerkennung strebt und teilhaben will. Vor diesem Hin-
688 tergrund treten wir dafür ein, dass jeder Mensch Chancen auf dem Arbeitsmarkt bekommt.
689 Und auch mit Blick auf die anstehenden demografischen Herausforderungen darf niemand
690 von Arbeit ausgegrenzt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es der gemeinsamen
691 Anstrengung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, denn sie tragen mit ihrer Leistungsbe-
692 reitschaft und Leistungsfähigkeit gleichermaßen zum Erfolg ihrer Unternehmen und unse-
693 rer Volkswirtschaft sowie zum Wohlstand unserer Gesellschaft bei.

694 **Wir sehen neue Möglichkeiten durch flexibles Arbeiten als Chance.**

695 Es ist uns bewusst, dass wir diesen Anspruch vor dem Hintergrund und den Herausforde-
696 rungen einer neuen industriellen Revolution, des demografischen Wandels und eines globa-
697 lisierten Wettbewerbs erheben. Aber gerade deshalb wollen wir die Auswirkungen der Digi-
698 talisierung auf die Arbeitswelt in unserem Land gestaltend in den Blick nehmen, politisch
699 mit der gebotenen Flexibilität begleiten und entscheiden, wo Handlungs- und Regelungsbe-
700 darf besteht.

701 Unser Anspruch ist es, die Digitalisierung in den Dienst der Menschen zu stellen, und nicht
702 umgekehrt. Wie jede technische Umwälzung verunsichert auch die Digitalisierung viele

703 Menschen. Sorgen über Jobverlust und Überforderung am Arbeitsplatz nehmen zu. Deshalb
704 werden wir dem technischen Wandel weder blind folgen, noch wollen wir ihn verhindern.
705 Statt nur abzuwarten und zu reagieren, wollen wir ihn von Anfang an aktiv mitgestalten –
706 mit Maß und Mitte.

707 ▶▶ Wir wollen, dass die Menschen die Digitalisierung der Arbeitswelt als Chance erfahren.
708 Um das zu erreichen, müssen die Bildungs- und Sozialsysteme auf die Digitalisierung
709 zugeschnitten und der Arbeitsmarkt modernisiert werden.

710 ▶▶ Bildung und Qualifizierung sind die zentralen Voraussetzungen dafür, dass die Men-
711 schen den digitalen Wandel als Chance begreifen. Deswegen werden wir Berufsschulen
712 mit Blick auf ihre digitalen Möglichkeiten besser ausstatten und die Weiterbildung der
713 Beschäftigten durch den Nordrhein-Westfalen Bildungsscheck unterstützen.

714 ▶▶ Wir sind sicher, dass es in Zukunft mehr Arbeit geben wird, die nicht mehr an einen fes-
715 ten Ort und an feste Arbeitszeiten gebunden ist. Daraus ergeben sich für Arbeitnehmer
716 Chancen, auf ein stärker selbstbestimmtes und an Lebensphasen orientiertes Arbeiten,
717 in dem sich auch Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren lassen. Das daraus
718 erwachsene neue Handlungsfeld, sich die digitale Arbeitswelt für Beschäftigte und Un-
719 ternehmen gleichermaßen zu Nutze zu machen, wollen wir gemeinsam mit Betrieben
720 und Sozialpartnern angehen.

721 ▶▶ Wir setzen uns dafür ein, dass den Wünschen der Beschäftigten nach mehr Arbeitszeit-
722 souveränität und den Flexibilitätsanforderungen der Arbeitgeber Rechnung getragen
723 wird und vorhandene Hürden abgebaut werden.

724 ▶▶ Wir wollen passgenaue Arbeitszeitmodelle und Arbeitszeitregelungen, die den individu-
725 ellen Bedürfnissen der einzelnen Betriebe und ihrer Beschäftigten, insbesondere im Hin-
726 blick auf ihren Gesundheitsschutz entsprechen. Dabei haben für uns Lösungen auf be-
727 trieblicher und überbetrieblicher Ebene Vorrang vor gesetzlichen Regelungen.

728 **Wir stehen für die Sicherung und den Ausbau** 729 **von sozialer und ökonomischer Teilhabe.**

730 Seit dem ersten CDU-Ministerpräsidenten Karl Arnold steht Nordrhein-Westfalen für sozi-
731 ale Partnerschaft und Mitbestimmung. Die Arbeitnehmer haben das Recht, in persönlichen,
732 wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten in ihrem Betrieb mitzubestimmen. Darauf
733 sind wir stolz.

734 ▶▶ Wir vertrauen den Sozialpartnern und sind bestrebt, deren Verantwortung gerade in Zei-
735 ten des Wandels zu festigen. Deshalb werden wir in Nordrhein-Westfalen die Tarifauto-
736 nomie und Tarifbindung stärken und die gesetzliche Regelung einer tariftreuen Auf-
737 tragsvergabe auf diese Aspekte beschränken. Wir begrüßen es ausdrücklich, wenn Ar-
738 beitnehmerinnen und Arbeitnehmer Mitglied von Gewerkschaften und Arbeitgeber Mit-
739 glied von Arbeitgeberverbänden sind.

740 Die CDU Nordrhein-Westfalen tritt für betriebliche Gesundheitsförderung und Rehabilita-
741 tion ein. Wir wollen, dass die Menschen gesund und motiviert bis zur Rente arbeiten können.
742 Deshalb sind Gesundheitsschutz und Prävention ein wesentlicher Pfeiler einer guten Arbeit.
743 Die Gestaltung gesundheitsgerechter Arbeitsbedingungen fällt besonders den kleineren
744 Unternehmen oft schwer.

745 ▶▶ Deshalb werden wir einen Teil der dem Land Nordrhein-Westfalen zur Verfügung ste-
746 henden ESF-Mittel gezielt für den betrieblichen Gesundheitsschutz in kleinen und mitt-
747 leren Unternehmen einsetzen.

748 Für die CDU ist die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeits-
749 markt ein vorrangiges Ziel und unbedingtes Element einer umfassenden Inklusionspolitik.
750 Auf ihr Wissen und ihre Fertigkeiten können und wollen wir nicht verzichten. Gleichzeitig
751 setzen wir uns dafür ein, dass die Förderung von Integrationsmaßnahmen in den Arbeits-
752 markt fortgesetzt wird.

753 ▶▶ Wir wollen ausdrücklich bewährte Strukturen erhalten. Deshalb sollen Werkstätten für
754 behinderte Menschen als Anbieter von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben in un-
755 serem Land weiterhin ihren festen Platz haben.

756 ▶▶ Wir werden die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung garantieren und die
757 Schwerbehindertenvertretungen in den Betrieben stärken. Dieses gilt auch für die per-
758 sonelle Ausstattung. Dafür ist eine barrierefreie Umgebung eine zentrale Vorausset-
759 zung.

760 Eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben auch in Nordrhein-Westfalen wird die soziale Absi-
761 cherung von Frauen sein. Neben der Höherbewertung der ganz überwiegend von Frauen
762 geleisteten Familienarbeit bei der Berechnung der Altersbezüge und einer Erleichterung des
763 Wiedereinstiegs in den Beruf gehören die noch immer zu beklagenden Unterschiede in der
764 Entlohnung von Frauen bei gleicher Ausbildung und gleichwertiger Tätigkeit abgebaut. Teil-
765 zeitarbeit muss darüber hinaus besser bewertet werden und darf keinen Karriereknick nach
766 sich ziehen.

767 **2. Infrastruktur, Verkehr, Bauen und Wohnen**

768 Nordrhein-Westfalen ist das Drehkreuz im Herzen Europas. Wichtige europäische Handels-
769 wege und Verkehrsachsen begegnen sich bei uns. Nur durch eine leistungsfähige Infrastruk-
770 tur können wir von unserer guten Lage nachhaltig profitieren. Doch leider wird unsere Inf-
771 rastruktur den wachsenden Bedürfnissen schon lange nicht mehr gerecht. Der Zustand un-
772 serer Straßen, Brücken und Schienen ist schlecht. Nordrhein-Westfalen ist das Stauland
773 Nr. 1 unter den deutschen Ländern. Die volkswirtschaftlichen Schäden sind enorm.

774 Wir werden die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur zu einem Schwerpunkt der Lan-
775 despolitik machen. Denn eine gute Infrastruktur ist für den Standort Nordrhein-Westfalen
776 von entscheidender Bedeutung. Wir stehen für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik, in der

777 die unterschiedlichen Verkehrsträger ineinandergreifen und ein gemeinsames Infrastruk-
778 turnetz bilden.

779 **Wir werden das Stauaufkommen nachhaltig senken.**

780 Die rot-grüne Landesregierung hat bei Regierungsübernahme die Bedeutung der Verkehrs-
781 adern für die Wirtschaft, insbesondere für die Logistik und das produzierende Gewerbe, völ-
782 lig unterschätzt. Der Planungs- und Bauhochlauf, den die CDU-geführte Vorgängerregie-
783 rung bei Bundesfernstraßen in ihrer Amtszeit erzielt hatte, wurde abrupt gestoppt. Die Pla-
784 nungen wurden massiv zurückgefahren. So konnten Bundesmittel im zweistelligen Millio-
785 nenbereich nicht abgerufen werden. Sie flossen in andere Bundesländer wie z. B. Bayern. Im
786 Jahr 2015 bekam Nordrhein-Westfalen aus dem Sonderprogramm des Bundes zur Brücken-
787 modernisierung noch nicht einmal halb so viele Mittel wie Hessen. Die Folge sind unzählige
788 Staus auf unseren Straßen, die alle Verkehrsteilnehmer gleichermaßen belasten. Seit dem
789 Jahr 2012 haben sich die Staukilometer in Nordrhein-Westfalen mehr als verdoppelt. Haupt-
790 ursachen für das enorme Stauaufkommen sind marode Straßen, sanierungsbedürftige Brü-
791 cken, fehlende Lückenschlüsse und ein unzureichendes Baustellenmanagement.

792 ▶▶ Wir wollen einen Vorrat an durchgeplanten Bauvorhaben anlegen, um zu jeder Zeit
793 sämtliche zur Verfügung stehenden Bundesfernstraßenmittel abrufen zu können. Unser
794 Ziel ist dabei die Schaffung eines Planungsvorrats mit einem Volumen von 1 Milliarde
795 Euro.

796 ▶▶ Wir werden eine Prioritätenliste für Straßenbaustellen vorlegen, damit Straßenschäden
797 und Brücken fachgerecht und schnellstmöglich saniert werden können. Dadurch wird
798 die Staubelastung deutlich reduziert.

799 **Wir werden das Baustellen-Management verbessern.**

800 Unabgestimmte Planungen und Missmanagement sind seit Jahren kennzeichnend für das
801 Baustellenmanagement in Nordrhein-Westfalen. Sperrungen und Teilsperren dauern
802 um Monate länger als angekündigt.

803 ▶▶ Wir werden ein professionelles Baustellenmanagement für Autobahnen mit dem Ziel
804 einführen, Bauzeiten drastisch zu verkürzen und die Belastung für alle Verkehrsteilneh-
805 mer zu reduzieren.

806 ▶▶ Dazu gehört der Einsatz moderner, digitaler Technologien zur Stauererkennung und Ver-
807 hinderung unnötiger Störstellen und Engpässe im Autobahnssystem.

808 ▶▶ Wir sind der Überzeugung, dass Bauzeitverkürzungen nicht ausschließlich durch Voll-
809 sperrungen erreicht werden können. Alle Verkehrsträger wie ÖPNV und Schienenver-
810 kehr müssen in die Planung einbezogen werden, um Ausweichmöglichkeiten für Pendler
811 und Reisende zu gewährleisten.

812 **Wir werden den Bundesfernstraßenbau in Nordrhein-Westfalen verbessern.**

813 Im Bereich der Bundesfernstraßen existieren in Nordrhein-Westfalen nach wie vor große
814 Defizite, insbesondere bei Lückenschlüssen und dem Ausbau von sogenannten Nadelöhren.
815 Der Bund hat dies erkannt und entsprechend gehandelt. Der neue Bundesverkehrswegeplan
816 der CDU-geführten Bundesregierung macht nach dem „Aufbau Ost“ den Weg frei für die
817 „Sanierung West“. Der Anteil Nordrhein-Westfalens an den Straßenmitteln hat sich um über
818 20 Prozent erhöht. So bekommt unser Bundesland mit rund 13,8 Milliarden Euro den größ-
819 ten Anteil der Bundesmittel. Die Landespolitik ist nun am Zug und muss unverzüglich die
820 Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Bundesmittel auch zeitnah und vollständig ver-
821 baut werden.

822 ▶▶ Wir werden einen Masterplan zum Bundesverkehrswegeplan 2030 entwickeln und dabei
823 die zeitliche Priorisierung der Projekte und ihrer Umsetzung vornehmen.

824 ▶▶ Um eine vernünftige Planungsgrundlage für die Bundes- und Landesstraßen zu erstel-
825 len, werden zwingend mehr Planungsingenieure benötigt. Ohne einen personellen Zu-
826 wachs in diesem Bereich werden nicht alle Bundesmittel abgerufen und verbaut werden
827 können. Daher wollen wir mit einem Sonderprogramm neue Straßenbauingenieure ge-
828 winnen und zeitlich befristet hochqualifizierte Planungsingenieure aus dem Ruhestand
829 aktivieren.

830 ▶▶ Wir stehen den Möglichkeiten von öffentlich-privaten Partnerschaften beim Bundes-
831 fernstraßenbau positiv gegenüber, um den bestehenden Investitions- und Sanierungs-
832 stau bei der Infrastruktur abzubauen. Diese bedürfen jedoch klarer Regelungen und ha-
833 ben den Geboten größtmöglicher Transparenz und, soweit möglich, der Mittelstands-
834 freundlichkeit zu entsprechen.

835 **Wir werden mehr Mittel für den Landesstraßenneubau zur Verfügung stellen.**

836 Der Paradigmenwechsel, mehr in den Erhalt als in den Neubau von Landesstraßen zu inves-
837 tieren, war nötig und wurde bereits 2008 unter der damaligen CDU-geführten Landesregie-
838 rung vorgenommen. Deshalb darf der Neubau von Landesstraßen aber nicht völlig vernach-
839 lässigt werden. Der Landesstraßenneubau ist mit zuletzt 32 Millionen Euro im Jahr vollkom-
840 men unterfinanziert. So können wichtige Ortsumgehungen nicht gebaut werden. Der Lkw-
841 Verkehr staut sich weiterhin in Ortschaften. Dadurch entstehen sowohl Lärm- und
842 Feinstaubbelastungen für die Anwohner als auch wirtschaftliche Schäden für kleinere Un-
843 ternehmen und Handwerksbetriebe, deren Mitarbeiter im Stau stehen.

844 ▶▶ Wir wollen durch eine Umschichtung im Haushalt von rein konsumtiven Titeln hin zu
845 investiven Ausgaben dafür sorgen, dass mehr Mittel für den Landesstraßenbau bereit-
846 gestellt werden können.

847 ▶▶ Wir werden dafür sorgen, dass die vom Land bereitgestellten Investitionsmittel konse-
848 quent verausgabt und überjährig zur Verfügung gestellt werden.

849 ▶▶ Wir wollen die Streichliste der rot-grünen Landesregierung aus dem Jahr 2011 für Lan-
850 desstraßen aufheben und alle auf Rot gestellten Landesstraßenprojekte umgehend prü-
851 fen. Die Priorisierung erfolgte willkürlich, bis heute hat die rot-grüne Landesregierung
852 keine Begründung für die Einteilung geliefert.

853 **Wir werden den Verfall unserer Brücken stoppen.**

854 Zwei Drittel der 10.000 Straßenbrücken in Nordrhein-Westfalen mussten oder müssen noch
855 auf ihre Funktionstüchtigkeit überprüft werden, denn viele Brücken sind marode. Allein 400
856 Brücken müssen in den kommenden 10 Jahren ersetzt werden. Unternehmen, die schwere
857 Maschinen herstellen, lassen diese mittlerweile im grenznahen Ausland fertigmontieren, da
858 Schwertransporte an die Nordsee-Häfen durch Nordrhein-Westfalen nicht mehr in jedem
859 Fall möglich sind. Das muss sich ändern.

860 ▶▶ Wir wollen eine zweigleisige Brückenstrategie verfolgen: Dort, wo es machbar ist, wollen
861 wir mit neuestem technischem Know-How sanieren. Dort, wo es unumgänglich ist, muss
862 die Brücke durch einen Neubau ersetzt werden.

863 ▶▶ Dabei gehören nicht nur die maroden Brücken auf den Prüfstand, sondern auch die Ge-
864 nehmigungsverfahren, denn diese dauern deutlich zu lang. Dies geht auf Kosten der
865 nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Wir wollen uns in Berlin dafür einsetzen, dass zum
866 Bau oder zur Renovierung zentraler Infrastrukturvorhaben in Nordrhein-Westfalen
867 schnellere Genehmigungsverfahren beschlossen werden.

868 **Nordrhein-Westfalen braucht leistungs- und zukunftsfähige Flughäfen.**

869 Die Flughäfen in Nordrhein-Westfalen sind wichtige Drehkreuze des Flugverkehrs und be-
870 deutende Wirtschafts- und Arbeitsplatzfaktoren. Es gilt, ihre Wettbewerbs- und Zukunfts-
871 fähigkeit dauerhaft zu erhalten. Doch das letzte Luftverkehrskonzept Nordrhein-Westfalen
872 ist bereits im Jahr 2010 ausgelaufen. Es stammt aus dem Jahr 2000 und basiert auf einer
873 Datenlage aus den 1990er Jahren. Dabei hat sich in der Zwischenzeit der Luftverkehr in
874 Deutschland und in Nordrhein-Westfalen rasant verändert. Die rot-grüne Landesregierung
875 hat auf Grundlage dieses völlig veralteten Konzepts die Einteilung von Flughäfen im neuen
876 Landesentwicklungsplan vorgenommen. Dies ist unseriös.

877 ▶▶ Wir wollen mit der zügigen Fortschreibung des Luftverkehrskonzeptes für eine verläss-
878 liche Datenlage für alle Flughäfen des Landes sorgen. Damit soll ein fairer Ausgleich der
879 wirtschaftlichen Interessen von Flughäfen, Fluglinien und Fluggästen und den berech-
880 tigten Anliegen der Anwohner geschaffen werden.

881 ▶▶ Wir wollen bei den Flughafenbetreibern dafür sorgen, dass diese ihre Anstrengungen
882 zur Verbesserung des Lärmschutzes intensivieren.

883 **Wir erhöhen die Attraktivität des Öffentlichen Nahverkehrs**
884 **in der Stadt und auf dem Land.**

885 Unser Anspruch ist, Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen zu
886 ermöglichen. Dazu ist ein starker und zukunftsfähiger Öffentlicher Personennahverkehr
887 (ÖPNV) ein zentrales Instrument. Der urbane Raum, ländliche Regionen und städtische
888 Randlagen müssen zeitgemäß durch Bus und Bahn erschlossen werden. Leider ist Nord-
889 rhein-Westfalen davon noch ein ganzes Stück entfernt.

890 Förderprogramme für den öffentlichen Personennahverkehr bezogen sich in der Vergan-
891 genheit im Wesentlichen auf Gleisanlagen und Bahnhöfe der Deutschen Bahn. Völlig außer
892 Acht gelassen wurden in den letzten Jahren dagegen die Anlagen und Fahrzeuge der kom-
893 munalen U-Bahnen, Straßenbahnen und Stadtbahnen. Dabei belegen Studien bereits seit
894 langem erhebliche Instandhaltungsrückstände. Der ÖPNV hat in den vergangenen Jahren
895 unter der rot-grünen Landesregierung erheblich an Attraktivität verloren. Dadurch wird das
896 dringend erwünschte Umsteigen vom PKW auf Busse und Bahnen vor allem in den Groß-
897 städten und Ballungsräumen massiv behindert.

898 ▶▶ Wir wollen die Sanierung und einen bedarfsgerechten Ausbau im kommunalen schie-
899 nengebundenen Nahverkehrsnetz sowie eine schrittweise Modernisierung und Aufsto-
900 ckung des Fahrzeugparks ermöglichen.

901 ▶▶ Durch eine Investitionsoffensive wollen wir die Attraktivität und Barrierefreiheit des
902 ÖPNV landesweit verbessern sowie den Anteil von Elektrobussen deutlich erhöhen.

903 ▶▶ Wir wollen die bestehenden ÖPNV-Netze mittelfristig auch in städtischen Randlagen
904 stärken, um den angespannten innerstädtischen Wohnungsmarkt zu entlasten und die
905 Situation auf den ländlichen wie städtischen Arbeitsmärkten zu verbessern.

906 ▶▶ Zudem wollen wir den ÖPNV mit den Aufgabenträgern durch Express-S-Bahnen und
907 Schnellbusse mit nur wenigen Haltepunkten vor allem in den Stoßzeiten ergänzend op-
908 timieren, um die Attraktivität des ÖPNV für Berufspendler zu erhöhen und Regionen
909 mit stark steigenden Mieten und Wohnungsmangel mit Regionen mit einem weniger
910 angespannten Wohnungsmarkt zu verbinden.

911 ▶▶ In kleinen Ortschaften wollen wir „Mobilstationen“ einrichten, an denen Haltestellen
912 mit weiteren Versorgungsfunktionen wie Postagenturen, Bankautomaten, Tankstellen,
913 Kiosken oder Bäckereien angesiedelt werden, um die Dorfkerne zu beleben und die Nah-
914 versorgung zu verbessern.

915 ▶▶ Wir werden die längst überfällige Anhebung der Vereinspauschale endlich vornehmen,
916 um das von über 100 ehrenamtlichen Bürgerbusvereinen in ländlichen Regionen organi-
917 sierte attraktive Mobilitätsangebot auch weiterhin wirksam zu unterstützen.

918 ▶▶ Zur Verkehrspolitik in Stadt und Land gehört auch die Einbeziehung von Fahrrad, E-Bike,
919 Pedelec. Hierzu bedarf es eines engmaschigen Radwegenetzes im gesamten Land. Wir
920 wollen die Lücken im konventionellen Radwegenetz und den Sanierungsbedarf systema-
921 tisch erfassen und eine realistische Finanzplanung vorlegen.

922 **Wir stärken den Verkehrsträger Schiene.**

923 In keinem anderen Bundesland ist das Schienennetz so dicht ausgebaut wie in Nordrhein-
924 Westfalen. Nirgendwo sonst nutzen mehr Menschen täglich die Bahn um zur Arbeit zu ge-
925 langen wie in den Ballungsräumen an Rhein und Ruhr. Das wichtigste NRW-Projekt im Schie-
926 nenpersonennahverkehr ist der Rhein-Ruhr-Express (RRX). Er ist mit 2,5 Milliarden Euro im
927 vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans 2030 eingestellt. Auch für unsere In-
928 dustrie ist das Schienennetz ein wichtiger Transportweg zur Beschaffung von Rohstoffen
929 und zum Absatz von Gütern.

930 ▶▶ Wir setzen uns für die schnelle Realisierung des (RRX) gemeinsam mit dem Bund und
931 der Deutschen Bahn ein.

932 ▶▶ Auch der begonnene Ausbau der Betuwe-Linie muss mit Hochdruck weitergehen.

933 ▶▶ Wir werden beim Bund darauf drängen, dass auch diesen Schienenprojekten im ver-
934 kehrsreichsten Bundesland oberste Priorität zukommt:

- 935 ■ dem dringend benötigten zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Münster-Lünen,
- 936 ■ dem zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Kaldenkirchen-Dülken,
- 937 ■ der Verbindung Ruhrgebiet-Rheinland mit den Metropolen Brüssel, Paris, London,
- 938 um den Engpass im europäischen Schienenverkehr zu beheben.

939 ▶▶ Wir werden beim Neu- und Ausbau von Bahnstrecken ein besonderes Augenmerk auf
940 den ländlichen Raum legen.

941 **Wir werden die Potenziale unserer Wasserwege stärker nutzen.**

942 Nordrhein-Westfalen liegt an der Schnittstelle wichtiger europäischer Wasserstraßen. Kein
943 anderes Bundesland verfügt über ein so dichtes Netz an Flüssen und Kanälen. Unsere Was-
944 serwege sind ein wichtiger Standortfaktor unseres Landes.

945 ▶▶ Wir werden gemeinsam mit dem Bund das neue Wasserstraßenverkehrs- und Hafenk-
946 zept baldmöglichst umsetzen. Das bedeutet konkret, die Sanierung der Schleusenbau-
947 werke, den Ausbau der Hafenanlagen sowie eine Anhebung der Fluss- und Kanalbrücken
948 voranzutreiben.

949 **Wir wollen attraktiven und bezahlbaren Wohnraum** 950 **in allen Teilen unseres Landes.**

951 In Nordrhein-Westfalen, vor allem aber in einigen Großstädten und Ballungsräumen,
952 herrscht Knappheit an Wohnraum und an Bauflächen. Speziell für Menschen mit kleinen und
953 mittleren Einkommen sowie für Familien gibt es vielerorts nicht genügend erschwinglichen

954 Wohnraum. Dies liegt an der Mietpreisentwicklung sowie am Rückgang des Bestands an So-
955 zialwohnungen. Die Mietpreisbremse wirkt längst nicht so wie erwünscht. Sie kann besten-
956 falls einen zeitlich befristeten positiven Effekt auslösen, bekämpft jedoch nicht die wirkli-
957 chen Probleme. Hinzu kommt, dass die Zahl der Sozialwohnungen in Nordrhein-Westfalen
958 seit Amtsantritt der rot-grünen Landesregierung um über 50.000 zurückgegangen ist.

959 Der Wohnungsnot in Nordrhein-Westfalen kann nur durch eine Ausweitung des Angebots
960 entgegengewirkt werden, das heißt durch Neubau. Ein zentrales Problem sind fehlende Bau-
961 flächen, zeit- und kostenintensive Genehmigungsverfahren und ein hoher bürokratischer
962 Aufwand. Dieser Entwicklung werden wir ein Ende setzen und wieder für ausreichend preis-
963 werten Wohnraum in Nordrhein-Westfalen sorgen.

964 ▶▶ Wir wollen das Baurecht entrümpeln und die Baugenehmigungsverfahren schneller und
965 günstiger machen.

966 ▶▶ Des Weiteren werden wir gemeinsam mit der kommunalen Familie einen Masterplan zur
967 schnelleren Bearbeitung von Bauanträgen auflegen.

968 ▶▶ Wir wollen beim geförderten Mietwohnungsbau Wohnungsgrößen für Mehrkindfami-
969 lien besonders berücksichtigen. Dies gilt insbesondere bei künftigen Förderprogram-
970 men für Quartiersentwicklungen.

971 **Wir werden den Leerstand in strukturschwachen Regionen bekämpfen.**

972 In vielen Teilen des Landes herrscht akute Wohnungsnot, in anderen dagegen Wohnungs-
973 leerstand. Beides werden wir wirksam bekämpfen.

974 ▶▶ Wir wollen Kommunen einen Impuls geben und dabei unterstützen, bestehende inner-
975 städtische Flächen für Wohnungsbau zu mobilisieren.

976 ▶▶ Auch Programme zum Abbruch und zur städtebaulichen Überplanung von monotonen
977 Siedlungsstrukturen der Wiederaufbaujahre gehören dazu.

978 ▶▶ Eines unserer Ziele ist die Schaffung besserer Rahmenbedingungen für die Sanierung
979 alter Ortskerne. Hierfür werden wir eigene Städtebauförderungsmittel bereitstellen.

980 **Wir wollen jungen Familien den Traum vom eigenen Heim ermöglichen.**

981 Viele Familien träumen davon, in den eigenen vier Wänden zu leben. Die Bildung von Wohn-
982 eigentum ist zudem die beste Altersvorsorge. Doch für viele Familien ist es zunehmend
983 schwierig, Wohneigentum zu bilden. Die zweimalige Erhöhung der Grunderwerbssteuer
984 durch die rot-grüne Landesregierung auf mittlerweile 6,5 Prozent hat dazu einen wesentli-
985 chen Beitrag geleistet.

986 ▶▶ Wir wollen die Grunderwerbsteuererhöhung zurücknehmen. Dies wollen wir erreichen,
987 indem wir Familien durch die Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer
988 entlasten.

989 ▶▶ Darüber hinaus setzt sich die CDU Nordrhein-Westfalen auf Bundesebene für die Ein-
990 führung eines Baukindergeldes ein.

991 ▶▶ Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, die Baukosten zu senken. Dazu werden wir uns
992 auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Energieeinsparverordnung für drei Jahre aus-
993 gesetzt wird und ihre Vorgaben über eine Bundesratsinitiative überprüft werden.

994 **Wir werden das digitale Planen und Bauen voranbringen.**

995 Die Planungs- und Kostensicherheit bei Bauprojekten laufen in Nordrhein-Westfalen unter
996 der rot-grünen Landesregierung vielfach aus dem Ruder. Das hängt unter anderem damit
997 zusammen, dass Bauprojekte nicht nach einem heute möglichem Stand der Technik geplant
998 und errichtet werden. Der Einsatz von Digitalem Planen und Bauen (Building Information
999 Modeling, BMI) unter umfassender Beteiligung von Experten aus Verwaltung und Wirt-
1000 schaft sowie der Universitäten und Hochschulen würde nicht nur zu einer wahrnehmbaren
1001 Verbesserung führen, sondern auch einen Qualitätssprung für die Planung, den Bau und die
1002 Einhaltung der Kostenvorgaben ermöglichen.

1003 ▶▶ Wir werden das Baugenehmigungsverfahren auf ein einheitliches, digitales System nach
1004 dem Vorbild anderer Bundesländer umstellen.

1005 **3. Digitalisierung verantwortlich gestalten und ausbauen**

1006 Die Digitalisierung unseres Lebens schreitet immer weiter voran. Smartphones und mobiles
1007 Internet sind für Viele unverzichtbare Begleiter des täglichen Lebens geworden. Smart-
1008 Home-Technik soll uns vor Einbrüchen schützen und beim Energiesparen helfen. Filme und
1009 Musik rufen wir im Stream ab. Unsere Bankgeschäfte erledigen wir zunehmend online. Viele
1010 Güter des täglichen Bedarfs werden zunehmend online bestellt und nach Hause geliefert.
1011 Digitalisierung macht unser Leben an vielen Stellen bequemer und einfacher. Gleichzeitig
1012 ist Digitalisierung ein Wachstumstreiber: Laut einer Studie des Branchenverband BITKOM
1013 und des Fraunhofer Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation ist ein zusätzliches
1014 jährliches Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozentpunkten durch die Digitalisierung unserer
1015 Wirtschaft möglich.

1016 **Wir wollen schnelles Internet für alle.**

1017 Digitalisierung braucht eine gigabitfähige Infrastruktur. Laut Breitbandatlas NRW hat aktu-
1018 ell immer noch knapp jeder vierte Haushalt in unserem Land keinen Zugang zum schnellen

1019 Internet von mindestens 50 Mbit/s. Im ländlichen Raum verfügen sechs von zehn Haushal-
1020 ten über keinen schnellen Internetanschluss. Noch schlechter sieht die Versorgung in nord-
1021 rhein-westfälischen Gewerbegebieten aus: 9 von 10 Gewerbegebieten haben keinen Zu-
1022 gang zur schnellen Datenautobahn. Und der Ausbau kommt in NRW nur schleppend voran.
1023 Seit 2012 wurden jährlich durchschnittlich 154.000 Haushalte ans schnelle Netz angebun-
1024 den. Wir werden in den nächsten fünf Jahren die Mehrheit der Anschlüsse in Nordrhein-
1025 Westfalen gigabitfähig machen und bis 2025 eine flächendeckende Versorgung erreichen.

1026 ▶▶ Wir wollen freiwerdende Mittel aus der auslaufenden Steinkohlesubventionierung in die
1027 Förderung des Breitbandausbaus investieren.

1028 ▶▶ Wir werden die Beratung der Kommunen für die Breitbandförderprogramme des Bundes
1029 erheblich verstärken, so dass die verfügbaren Bundesmittel in Nordrhein-Westfalen voll
1030 ausgeschöpft werden.

1031 ▶▶ Wir wollen den Anschluss Kleiner und Mittlerer Unternehmen über die Ausgabe von För-
1032 dergutscheinen beschleunigen.

1033 ▶▶ Wir werden das Förderkreditprogramm „NRW.BANK.Breitband“ grundlegend überar-
1034 beiten.

1035 ▶▶ Wir wollen die Ausbaurkosten beispielsweise durch Änderungen in der Landesbauord-
1036 nung reduzieren.

1037 ▶▶ Wir werden die Bürgerbeteiligung beim Netzausbau durch den Aufbau eines Bürger-
1038 breitbandfonds sowie durch ein Konzept für Bürgerbreitbandprojekte stärken.

1039 ▶▶ Wir wollen uns für den Ausbau des mobilen Netzes sowie einer kostenlosen WLAN-Inf-
1040 rastruktur einsetzen.

1041 **Wir nehmen digitale Bildung ernst.**

1042 Wie in vielen anderen Politikfeldern hinkt Nordrhein-Westfalen auch bei der digitalen Bil-
1043 dung hinterher. Wir Christdemokraten wollen, dass digitale Technologien in sämtlichen Le-
1044 bensbereichen und auf allen Bildungswegen nicht nur instrumentell verstanden werden. Wir
1045 werden deshalb die neuen Verbindungsmöglichkeiten sowohl im Rahmen der Forschung
1046 also auch bei der Integration in die bereits existierenden Lehrangebote vorantreiben.

1047 ▶▶ Unser Ziel ist, dass Schulabgänger über eine tiefgreifend technologische Beurteilungs-
1048 kompetenz verfügen.

1049 ▶▶ Wir werden bei der Mittelausstattung der Schulen neue Wege gehen, um allen Schülern
1050 möglichst gleiche Lernbedingungen zu ermöglichen. Dabei werden Bring-Your-Own-De-
1051 vice-Konzepte ebenso eine Rolle spielen wie Sponsoring und eine Neukonzeptionierung
1052 der Schulpauschalen.

1053 ▶▶ Wir werden auch Hochschulen konsequent für die Digitalisierung stärken. Wir sehen
1054 insbesondere in der Lehre, aber auch in der Forschung noch deutliche Potenziale, die

1055 bislang nicht ausgeschöpft werden, wie z. B. in den Wirtschafts-, Kultur- und Gesell-
1056 schaftswissenschaften.

1057 ▶▶ Wir werden eine Initiative starten, signifikant mehr Software-Entwickler und Data
1058 Scientists in Nordrhein-Westfalen auszubilden. Sowohl an den Hochschulen wie auch
1059 auf dem Wege der Berufsausbildung. Wir wollen das führende Land der Software-Ent-
1060 wickler werden.

1061 **Wir werden E-Governance ausbauen.**

1062 Die Digitalisierung bietet nicht nur Bürgern und Unternehmen, sondern auch der Verwal-
1063 tung viele neue Möglichkeiten. Nordrhein-Westfalen muss dabei der digitale Vorreiter in
1064 Deutschland werden. Die technische Weiterentwicklung von Verwaltungsprozessen ist
1065 nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Steigerung von Effizienzen wichtig, sondern auch,
1066 um die zukünftigen Personalbedarfe am Angebot auszurichten. Hierfür sollten standardi-
1067 sierte Verwaltungsabläufe zentralisiert und so zielgerichteter erledigt werden.

1068 ▶▶ Wir wollen für Nordrhein-Westfalen unter Beteiligung der kommunalen Spitzenver-
1069 bände eine einheitliche Digitalisierungsstrategie für die öffentliche Verwaltung entwi-
1070 ckeln.

1071 ▶▶ Wir wollen uns dafür einsetzen, dass auf die Einführung der elektronischen Akte nur
1072 noch in begründeten Ausnahmefällen und nur übergangsweise verzichtet werden darf.

1073 ▶▶ Wir wollen sicherstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger möglichst viele Leistungen
1074 der Landesverwaltung und der Kommunen online nutzen können.

1075 ▶▶ Wir wollen die IT-Kompetenz der Landesverwaltung deutlich erhöhen, was in Zukunft
1076 auch bei der Personalauswahl und bei der Aus-, Fort-, und Weiterbildung stärker zu be-
1077 rücksichtigen ist.

1078 **Wir begreifen die Industrie 4.0 als Motor des digitalen Wandels.**

1079 Ein Drittel des produzierenden Mittelstands hat sich nach einer Umfrage der DZ Bank bis-
1080 lang noch nicht ausreichend mit den Folgen des digitalen Wandels befasst. Damit die Digi-
1081 talisierung zur Chance und nicht zum Risiko für unsere Unternehmen und Betriebe wird,
1082 muss der Mittelstand für die Digitalisierung sensibilisiert und bei der Umsetzung unter-
1083 stützt werden.

1084 ▶▶ Wir wollen die sechs bisherigen DWNRW-Hubs zu einem landesweiten, flächendecken-
1085 den Netz der Zusammenarbeit von traditioneller und digitaler mittelständischer Wirt-
1086 schaft weiterentwickeln. An jedem Standort sollte ein thematischer Schwerpunkt her-
1087 ausgearbeitet werden.

1088 ▶▶ Wir wollen durch den Aufbau von Demonstrationsprojekten z. B. im Rahmen von Lern-
1089 fabriken 4.0 an berufsbildenden Schulen für mittelständische Unternehmen die Mög-
1090 lichkeit schaffen, sich mit den Vorteilen der Digitalisierung vertraut zu machen.

1091 **Wir werden Start-Ups eine Chance geben.**

1092 Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Gründung von Start-Ups verbessern.

1093 ▶▶ Wir wollen Gründungen aktiv durch Beratungs- und Förderprogramme fördern. Hierzu
1094 zählt der Abbau von bürokratischen Hindernissen ebenso wie die Anpassung von Verga-
1095 beverfahren, damit auch Neugründungen und Start-Ups die Möglichkeit haben, öffent-
1096 liche Aufträge zu erhalten.

1097 ▶▶ Wir wollen die Start-Up-Finanzierung verbessern. Dazu werden wir bestehende Pro-
1098 gramme des Landes evaluieren und nachschärfen und uns auf Bundesebene für einen
1099 erleichterten Zugang zu Risikokapital einsetzen.

1100 ▶▶ Wir wollen Männer und Frauen für Existenzgründungen motivieren. Gründungen sind
1101 sehr zeitintensiv und zusätzlich drohen im Falle des Scheiterns hohe finanzielle Einbu-
1102 ßen bis hin zur Privatinsolvenz. Deshalb setzen wir uns zum Ziel, die Rahmenbedingun-
1103 gen und soziale Absicherung für Start-Ups in Nordrhein-Westfalen zu verbessern.

1104 ▶▶ Das verwirrend vielfältige Förder- und Beratungsangebot für Existenzgründer und für
1105 etablierte Unternehmen wollen wir verschlanken und gleichzeitig besser auf die tatsäch-
1106 lichen Bedürfnisse ausrichten.

1107 **4. Energie und Klimaschutz**

1108 Für kein anderes Bundesland sind Fragen der Energieerzeugung, der Versorgungssicherheit
1109 und der Bezahlbarkeit von Energie so entscheidend wie für Nordrhein-Westfalen, das in-
1110 dustrielle Schlüsselland Deutschlands. Als Energieproduzent Nr. 1 und Standort vieler ener-
1111 gieintensiver Betriebe hat Nordrhein-Westfalen ein besonderes Interesse am Gelingen der
1112 Energiewende. Unser Ziel ist, dass Nordrhein-Westfalen dabei ein wettbewerbsfähiges In-
1113 dustrieland mit einer starken heimischen Wirtschaft bleibt. Bezahlbare Energie ist dafür be-
1114 sonders wichtig, gerade für energieintensive Industrien im Wettbewerb mit ausländischer
1115 Konkurrenz. Deshalb ist es Aufgabe der staatlichen Wirtschaftsförderung und der energie-
1116 politischen Entscheidungsträger, die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie
1117 und Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen zu erhalten. Die Energiepolitik der CDU Nord-
1118 rhein-Westfalen wird vor diesem Hintergrund von fünf Handlungsmaximen geprägt:

1119 ▶▶ Erstens wollen wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien weiter fördern und den Struk-
1120 turwandel des nordrhein-westfälischen Kraftwerksparks mit marktwirtschaftlichen In-
1121 strumenten voranbringen.

- 1122 ▶▶ Zweitens muss sichergestellt sein, dass auch in Nordrhein-Westfalen Energie künftig ef-
1123 fizienter produziert, transportiert und genutzt wird.
- 1124 ▶▶ Drittens wollen wir den „schlafenden Riesen“ der Energieeffizienz auch durch Einspa-
1125 rungen im Verbrauch wecken und so zur Verwirklichung der Ziele der Energiewende und
1126 damit zum Klimaschutz beitragen.
- 1127 ▶▶ Viertens müssen wir dafür sorgen, dass im Rahmen der Energiewende der Aspekt der
1128 Versorgungssicherheit stets eine starke Beachtung erfährt. Dies bedeutet auch, dass wir
1129 so lange an effizienten Formen der fossilen Energieerzeugung festhalten, wie dies für
1130 eine sichere und bezahlbare Versorgung notwendig ist.
- 1131 ▶▶ Fünftens ist unsere Überzeugung, dass die Umsetzung der Energiewende nur mit der
1132 Bevölkerung und nicht gegen sie möglich ist. Wir wollen bei der Umsetzung der Ener-
1133 giewende möglichst den Konsens mit den Menschen vor Ort finden.
- 1134 ▶▶ Wir stehen für die kommunale Selbstverantwortung. Deshalb müssen Städte und Ge-
1135 meinden die Möglichkeit erhalten, den Ausbau der Windkraft rechtssicher auf ihrem Ge-
1136 biet selbst zu steuern.

1137 **Wir wollen, dass NRW auch nach der Energiewende Energieland Nr. 1 bleibt.**

1138 Für uns ist die Energiewende erst dann ein Erfolg, wenn wir auch nach der Umstellung auf
1139 Erneuerbare Energien immer noch eine der erfolgreichsten Volkswirtschaften der Welt sind
1140 – mit Industriearbeitsplätzen, geschlossenen Wertschöpfungsketten und einem weltweit
1141 erfolgreichen Mittelstand.

1142 ▶▶ Wir sorgen dafür, dass Nordrhein-Westfalen in gesamtdeutschen Energiewende-De-
1143 batte als Stimme der Industrie und des Mittelstandes auftritt und immer wieder darauf
1144 hinweist, wie sehr sich die Entwicklung der Energiekosten auf deren Wettbewerbsfähig-
1145 keit auswirkt.

1146 ▶▶ Das aus Versorgungssicherheit, Umweltschutz und Bezahlbarkeit bestehende Zieldrei-
1147 eck der Energiewende wollen wir weiterentwickeln zu einem Viereck, indem wir das Ziel
1148 der Förderung und Sicherung von Industriearbeitsplätzen hinzufügen. Unsere Energie-
1149 politik hat die Folgen für bestehende und künftige Arbeitsplätze im Blick. Nur so kann
1150 die erforderliche breite gesellschaftliche Akzeptanz geschaffen werden und die Energie-
1151 wende gelingen. Eine umsichtige Energiepolitik schafft Stabilität, Planungssicherheit für
1152 Verbraucher und die Akteure an den Energiemärkten.

1153 **Wir wollen auch für Energieintensive Industrien der beste Standort bleiben.**

1154 Industrie funktioniert nicht ohne Energie. Wir müssen in Nordrhein-Westfalen eine bezahl-
1155 bare und versorgungssichere Energieversorgung sicherstellen, um weiterhin einen Stand-
1156 ortvorteil für Industrieunternehmen bieten zu können.

1157 ▶▶ Wir stehen für eine Klimapolitik, die den Industriestandort stärkt, statt die energieintensiven Industrien aus Nordrhein-Westfalen zu vertreiben.
1158

1159 **Wir werden erneuerbare und konventionelle Energieversorgung**
1160 **mit Bedacht weiterentwickeln.**

1161 Ausstiegsszenarien aus der konventionellen Energieversorgung, die sich allein an Jahreszahlen orientieren, lehnen wir ab. Der Umstieg auf Erneuerbare Energien und der Strukturwandel des Kraftwerkparks müssen vielmehr mit Hilfe marktwirtschaftlicher Anreize umgesetzt werden. Durch einen überhasteten Ausstieg aus der konventionellen Energieerzeugung und nationale Alleingänge werden wir das Weltklima nicht retten, wohl aber die Grundlage für unseren Wohlstand riskieren. Wir stehen daher zu den Energieträgern Gas und Braunkohle, um eine sichere und bezahlbare Stromversorgung zu garantieren.
1162
1163
1164
1165
1166
1167

1168 ▶▶ Obwohl wir die jüngste Leitentscheidung der rot-grünen Landesregierung zum Braunkohletagebau Garzweiler II fachlich wie politisch für falsch halten, werden wir sie aus Gründen der Rechts- und Planungssicherheit nach einem Regierungswechsel nicht kippen. Die genehmigte Betriebsdauer bis zum Jahr 2045 stellen wir im Grundsatz nicht in Frage, die bis dahin abzubauenende Fördermenge ist allerdings noch offen und abhängig von der weiteren Entwicklung der Erneuerbaren Energien sowie der Speichertechnologie.
1169
1170
1171
1172
1173
1174

1175 ▶▶ Moderne Gaskraftwerke leisten mittels Kraft-Wärme-Kopplung einen wichtigen Beitrag zu Energieeffizienz und Versorgungssicherheit. Wir wollen sie deshalb weiter fördern.
1176

1177 ▶▶ Die Windenergie begrüßen wir als wichtige Quelle heimischer Erneuerbarer Energien. Ihren Ausbau werden wir jedoch nur mit der größtmöglichen Zustimmung und Akzeptanz der Bevölkerung und der Kommunen sowie unter Beachtung eines bestmöglichen Landschaftsschutzes vorantreiben. Bei ihrem Ausbau hat die kommunale Planungshoheit Vorrang. Das Land muss hierfür einen sicheren Rechtsrahmen schaffen.
1178
1179
1180
1181

1182 ▶▶ Die bisher unternommenen kommunalen Anstrengungen zum Ausbau der Windenergie sind von der Landesplanung zu berücksichtigen und zu würdigen. Maßnahmen, die zu einer Reduzierung von Belastungen beitragen, z. B. die Einführung einer bedarfsgerechten Nachtbefeuern von Windenergieanlagen, sind ausdrücklich zu unterstützen und zu fördern, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen.
1183
1184
1185
1186

1187 ▶▶ Wir wollen einen transparenten und schnellen Netzausbau mit der dafür notwendigen Bürgerbeteiligung, die zum schnellstmöglichen Erfolg führt.
1188

1189 ▶▶ Zum weiteren Gelingen der Energiewende wollen wir die technische Forschung in allen Bereichen vorantreiben, die ihren Beitrag hierzu leisten können.
1190

1191

1192 **Wir wollen den Klimaschutz durch moderne Technologien voranbringen.**

1193 Die CDU Nordrhein-Westfalen steht zur Energiewende. Aber nur eine Offenheit gegenüber
1194 allen technologischen Entwicklungen bei der Stromerzeugung und den Stromnetzen ermög-
1195 licht ihr Gelingen. Ideologische Beschränkungen lehnen wir ebenso ab wie ständige Zielver-
1196 schärfungen.

1197 ▶▶ Wir wollen durch Anreize für Einsparungen im Verbrauch zur Umsetzung der Energie-
1198 wende und damit zum Klimaschutz beitragen.

1199 ▶▶ Wir fordern daher die Einführung einer anteiligen steuerlichen Absetzbarkeit von Ge-
1200 bäudesanierungen. Die Nutzung von modernen und effizienten Technologien sorgt da-
1201 bei nicht nur für Energieeinsparungen, sondern stärkt die Bauwirtschaft und sorgt damit
1202 wiederum für einen Ausgleich der steuerlichen Ausfälle.

1203 **5. Finanzen und Landesverwaltung**

1204 Nordrhein-Westfalen ist das Bundesland mit der höchsten Verschuldung. Die enorme Schul-
1205 denlast führt zu einer immer niedrigeren staatlichen Investitionsquote, einer deutlichen
1206 Überlastung der Kommunen und mangelhafter Wettbewerbsfähigkeit. Die Handlungsspiel-
1207 räume des Landes werden immer kleiner. Die Schulden von heute beeinträchtigen die öf-
1208 fentliche Finanzlage von morgen. Sie verringern die Gestaltungsspielräume und Entwick-
1209 lungschancen für uns und alle nachfolgenden Generationen.

1210 **Wir werden wieder investieren.**

1211 Das wirtschaftliche Wachstum muss in Nordrhein-Westfalen wieder gestärkt werden. Je
1212 stärker unsere Wirtschaft wächst, desto leichter fällt die Konsolidierung der öffentlichen
1213 Haushalte aufgrund steigender Einnahmen. Wir werden dazu die bestehenden Wachstums-
1214 bremsen endlich lösen und die Rahmenbedingungen für Gründungen, Investitionen sowie
1215 Forschung und Entwicklung verbessern. Wir werden unsere Prioritäten auf Wachstumsim-
1216 pulse legen.

1217 Zudem wollen wir in verschiedenen Feldern schlafende Reserven wecken:

1218 ▶▶ Wir werden die Landesförderungen auf ihre Nachhaltigkeit und Wirksamkeit hin über-
1219 prüfen.

1220 ▶▶ Wir werden die Verwaltung durch gezielten Bürokratieabbau leistungsfähiger und mo-
1221 derner machen.

- 1222 ▶▶ Die technische Weiterentwicklung von Verwaltungsprozessen ist nicht nur unter dem
1223 Gesichtspunkt der Effizienzsteigerung wichtig, sondern auch hinsichtlich der Ausrich-
1224 tung zukünftiger Personalbedarfe am vorhandenen Angebot. Durch sie erwarten wir
1225 mittel- und langfristig erhebliches Potenzial zur Haushaltskonsolidierung.
- 1226 ▶▶ Wir werden die Weiterentwicklung des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW zügig vor-
1227 antreiben.
- 1228 ▶▶ Wir wollen, dass die Betreuungsvereine unterstützt werden, um unter anderem mit eh-
1229 renamtlichen Betreuern dem enormen Kostenanstieg im Betreuungswesen entgegenzu-
1230 wirken. Damit leisten sie zugleich einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

1231 **Wir werden die Schuldenlast Nordrhein-Westfalens reduzieren.**

1232 Insgesamt wurden seit 1973 fast 144 Milliarden Euro Landesschulden angehäuft. Im glei-
1233 chen Zeitraum zahlte das Land an die Banken und privaten Kreditgeber Zinsen in einer Ge-
1234 samthöhe von rund 139 Milliarden Euro (ohne Tilgung). Das bedeutet: Nur 5 Milliarden Euro
1235 haben in dieser Zeit für Investitionen in die Zukunft des Landes real zur Verfügung gestan-
1236 den, was beweist: Eine schuldenfinanzierte, „präventive“ Finanzpolitik kann es nicht geben.
1237 In 2017 will die rot-grüne Koalition in Nordrhein-Westfalen alleine mehr Schulden aufneh-
1238 men als alle übrigen Bundesländer zusammen. Bei einer Neuverschuldung von 13,8 Milliar-
1239 den Euro zwischen 2011 bis 2016 hat das Land trotz einer historischen Niedrigzinsphase
1240 Zinsausgaben von insgesamt 22 Milliarden Euro geleistet. Das hat nichts mit solider Haus-
1241 haltspolitik zu tun. Haushaltskonsolidierung setzt nach unserem Verständnis auf der Aus-
1242 gabenseite an. Um die Schuldenbremse wirklich einhalten zu können, hat der Ausgabenzu-
1243 wachs künftig unter dem Einnahmezuwachs zu liegen.

1244 ▶▶ Wir werden sämtliche Ausgaben und Aufgaben einer kritischen Prüfung unterziehen
1245 und auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit hin überprüfen. Ausgaben und Maßnah-
1246 men, die ihren Zweck nicht erfüllen oder überflüssig sind, müssen wegfallen. Bei not-
1247 wendigen Mehrausgaben in den Bereichen Bildung, Innere Sicherheit und Zukunftsin-
1248 vestitionen ist strikt darauf zu achten, dass ihre Finanzierung durch Einsparungen an
1249 anderer Stelle dauerhaft gesichert ist.

1250 ▶▶ Wir wollen Generationengerechtigkeit. Die Schuldenbremse ist kein Selbstzweck. Wir
1251 wollen eine Schuldenbremse in der Landesverfassung, die die Landesregierung nicht
1252 durch selbstgeschaffene Schlupflöcher oder Ausweich-Tricks umgehen kann. Daher wer-
1253 den wir eine Initiative zur Änderung der Landesverfassung vorlegen, die die Schlupflö-
1254 cher schließt und Umgehungsmöglichkeiten verhindert.

1255

1256 **Wir werden mit Mehreinnahmen solide und verantwortlich umgehen.**

1257 Die derzeitige Landesregierung verfügt seit 2010 gegenüber den Planungen der früheren
1258 CDU-geführten Landesregierung wie auch im Vergleich zu den eigenen ursprünglichen Pla-
1259 nungen über 52 Milliarden Euro mehr Haushaltsmittel. So mussten über 11 Milliarden Euro
1260 weniger als vorgesehen für Zinsen ausgegeben und konnten zusätzlich fast 41 Milliarden
1261 Euro Mehreinnahmen erzielt werden. Trotzdem gelingt es der Regierung Kraft nicht, einen
1262 ausgeglichenen Haushalt 2017 vorzulegen. Stattdessen dreht sich ungeachtet der stetig
1263 steigenden Steuereinnahmen der letzten Jahre die Steuerspirale im Vergleich zu den ande-
1264 ren Bundesländern in Nordrhein-Westfalen am schnellsten.

1265 ▶▶ Steigende Mehreinnahmen wollen wir für Bürokratieabbau, neue wirtschaftliche Im-
1266 pulse und eine Stärkung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft nutzen. Gleichzeitig
1267 streben wir eine geringere Abgabenlast für die Industrie, den Mittelstand, das Handwerk
1268 und die Freiberufler an.

1269 ▶▶ Steuererhöhungen auf Landesebene lehnen wir ab. Vielmehr wollen wir die Mitte unse-
1270 rer Gesellschaft stärken, indem wir sie vor unnötigen Abgaben schützen.

1271 ▶▶ Wir werden Steuerhinterziehung, Steuerumgehung und unsoziale Steuergestaltung ak-
1272 tiv bekämpfen und unterbinden. Hierfür brauchen wir eine leistungsfähige Finanzver-
1273 waltung. Unser Ziel ist, die nordrhein-westfälische Finanzverwaltung für die Zukunft zu
1274 rüsten.

1275 ▶▶ Die staatliche Mitfinanzierung der vielen Vereine und Verbände aus dem sozialen Be-
1276 reich, des Sports und der Kultur spielt eine wichtige Rolle. Sie alle haben eine wichtige
1277 Funktion in unserer Gesellschaft. Diese werden wir daher auch weiterhin mit den Ein-
1278 nahmen aus dem staatlichen Glücksspiel unterstützen.

1279 **Wir stärken den Finanzplatz Nordrhein-Westfalen.**

1280 Im Vergleich zu anderen Bundesländern weist Nordrhein-Westfalen eine eher dezentrale
1281 Wirtschaftsstruktur mit einer Vielzahl von unterschiedlichen Regionen auf. Die Struktur der
1282 Kreditwirtschaft spiegelt diese Verteilung wider.

1283 ▶▶ Wir wollen diese Vielfalt erhalten und stärken. Besonders den Sparkassen und Genos-
1284 schenschaftsbanken kommt eine zentrale Bedeutung in unserem Land zu.

1285 ▶▶ Wir brauchen daher einen starken Finanzplatz Nordrhein-Westfalen. Unser Land ist tra-
1286 ditionell ein bedeutender Banken- und Versicherungsstandort. Wir bekennen uns aus-
1287 drücklich zur erfolgreichen Drei-Säulen-Struktur von Sparkassen, Genossenschaftsban-
1288 ken und Privatbanken.

1289 ▶▶ Wir wollen die Rahmenbedingungen für Banken und Versicherungen am Standort Nord-
1290 rhein-Westfalen verbessern, insbesondere wegen der lang anhaltenden Niedrigzins-

1291 phase und der immer höheren Regulierung. Dazu gehören die Begleitung neuer Markt-
1292 segmente der Finanzwirtschaft, kurze Wege zwischen Unternehmen und Politik sowie
1293 eine bessere Vernetzung.

1294 ▶▶ Wir müssen die Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit zwischen Bankensektor
1295 und Versicherungswirtschaft bei Investitionen langfristiger Unternehmensfinanzierun-
1296 gen verbessern.

1297 ▶▶ Auch bei der Finanzierung von Infrastrukturprojekten z. B. durch Öffentliche-Private-
1298 Partnerschaften kann eine Kooperation mit Bankensektor und Versicherungswirtschaft
1299 nur bei Beachtung strenger Qualitätsstandards einen deutlichen Mehrwert erzielen.

1300 ▶▶ Insgesamt wollen wir zu einer besseren Außendarstellung des Finanzplatzes Nordrhein-
1301 Westfalen beitragen.

1302 **Wir wollen den öffentlichen Dienst attraktiv gestalten.**

1303 Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich klar zu den Grundsätzen des Berufsbeamten-
1304 tums. Allen Bestrebungen, das Berufsbeamtentum abzuschaffen, treten wir entgegen. Eine
1305 angemessene Besoldung und Versorgung sind wichtige Grundsteine der öffentlichen Ver-
1306 waltung, denn Leistung muss honoriert und Flexibilität gefördert werden. Hier ist viel Ver-
1307 trauen durch das verfassungswidrige Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz
1308 2013/2014 verspielt worden. Der verfassungsmäßige Anspruch von Beamtinnen und Beam-
1309 ten auf eine angemessene Besoldung und Versorgung darf durch niemanden in Frage ge-
1310 stellt werden.

1311 Zur politischen Verantwortung gehört, Vorsorge für heute schon absehbare Pensionsausga-
1312 ben der Zukunft zu betreiben. Wir wollen daher wieder mehr Geld für zukünftige Pensions-
1313 aufwendungen zurücklegen. Denn: unterlassene Vorsorge von heute sind Kürzungen von
1314 morgen.

1315 Im öffentlichen Dienst müssen gute Rahmenbedingungen gesetzt werden. Wir wollen uns
1316 insbesondere an folgenden Grundsätzen orientieren:

1317 ▶▶ Wir wollen eine Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst starten. Wir brau-
1318 chen ein modernes, leistungsfähiges und flexibles öffentliches Dienstrecht. Das Land
1319 muss ein attraktiver Arbeitgeber sein, nicht nur hinsichtlich der Bezahlung.

1320 ▶▶ Wir bekennen uns klar zum Landespersonalvertretungsgesetz.

1321 ▶▶ Wir wollen eine zentrale und flexible Personalsteuerung einsetzen. Ein so großer Arbeit-
1322 geber wie das Land braucht Mittel zur Flexibilisierung des Einsatzes von Beschäftigten,
1323 um bedarfsgerecht und zielorientiert Personal steuern zu können. Dies eröffnet vielen
1324 Beschäftigten auch neue Zukunftschancen.

1325 ▶▶ Wir wollen das Gesundheitsmanagement weiterentwickeln. Für eine erfolgreiche öf-
1326 fentliche Verwaltung sind gesunde Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unerlässlich. Mit

- 1327 einer gezielten betrieblichen Gesundheitsförderung können krankheitsbedingte Aus-
1328 fälle reduziert und die Zufriedenheit gesteigert werden. Aber auch in sozialer Hinsicht
1329 ist das Land Nordrhein-Westfalen gefordert, als fürsorglicher Arbeitgeber die Voraus-
1330 setzungen für eine gesündere Mitarbeiterschaft mit höherer Motivation, besserer Ar-
1331 beitsmoral und besserem Arbeitsklima zu schaffen.
- 1332 ▶▶ Wir wollen verpflichtend Personalentwicklungs- und Fortbildungskonzepte erstellen.
1333 Diese Konzepte müssen bedarfsgerecht konzipiert und mit den Beschäftigten und deren
1334 Beschäftigtenvertretungen abgestimmt werden. Die Konzepte sollen nicht als Sankti-
1335 onsinstrumente missbraucht, sondern als Chance für die Mitarbeitermotivierung ver-
1336 standen werden.
- 1337 ▶▶ Wir wollen schnell ein ganzheitliches Sicherheitskonzept für die gesamte Landesverwal-
1338 tung erarbeiten, um unseren öffentlichen Dienst vor Gewalt zu schützen. Dieses Kon-
1339 zept soll auch ein Modul für die Kommunen beinhalten, die sich auf freiwilliger Basis
1340 beteiligen können. Gewaltprävention hat für uns oberste Priorität. Dass fast täglich von
1341 Übergriffen auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes berichtet
1342 wird, wollen wir nicht hinnehmen.

1343 **III. Aufstieg durch Bildung**

1344 **1. Familien und Generationen**

1345 Die Familie ist Kern und Keimzelle unserer Gesellschaft. Sie ist eine generationenübergrei-
1346 fende Verantwortungsgemeinschaft, in der Eltern für ihre Kinder und Kinder für ihre Eltern
1347 in allen Lebensphasen eintreten. Familie ist der Ort, an dem Partnerschaft und Solidarität
1348 gelebt und der Sinn für Gemeinschaft und Gerechtigkeit vermittelt wird. In ihr reift der
1349 Mensch zu einer eigenständigen und eigenverantwortlichen Persönlichkeit heran. Die Fa-
1350 milie ist das zuverlässigste soziale Netz in unserer Gesellschaft und übernimmt im besten
1351 subsidiären Sinne zentrale gesellschaftliche Aufgaben. Deshalb ist sie besonders zu schüt-
1352 zen und zu unterstützen.

1353 Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht in der grundgesetzlich geschützten Ehe zwischen Mann
1354 und Frau die verlässlichste Grundlage für das Gelingen von Familie. Sie verkörpert die häu-
1355 figste Form des gemeinschaftlichen Zusammenlebens von Erwachsenen und Kindern in un-
1356 serer Gesellschaft. Die Ehe bleibt auch im Hinblick auf die Familiengründung unser Leitbild.

1357 Eine Ehe muss nicht zwangsläufig zur Gründung einer Familie führen. Sie ist aber in der gro-
1358 ßen Mehrzahl noch immer ihr Ausgangspunkt. Die CDU Nordrhein-Westfalen wird Sorge
1359 dafür tragen, dass Ehe und Familie weiterhin geschützt und gefördert werden. Staat und
1360 Gesellschaft bedürfen einer gesicherten Generationenfolge und stabiler sozialer Verhält-
1361 nisse.

1362 Wir schreiben jedoch niemandem eine bestimmte Lebensweise vor. Das ist nicht die Auf-
1363 gabe von Staat und Politik. Auch in Nordrhein-Westfalen sind die Formen des familiären und
1364 partnerschaftlichen Zusammenlebens vielfältiger und bunter geworden. Die CDU Nord-
1365 rhein-Westfalen respektiert und unterstützt daher alle diese unterschiedlichen Lebenswei-
1366 sen und unterstützt all jene, die füreinander einstehen und gegenseitig Verantwortung
1367 übernehmen.

1368 **Wir kämpfen gegen Diskriminierung.**

1369 Ein friedliches gesellschaftliches Zusammenleben gelingt auch zukünftig nur, wenn die freie
1370 Entfaltung des Einzelnen gesichert bleibt. Homophobie oder Hass auf sexuelle Minderhei-
1371 ten haben in Nordrhein-Westfalen keinen Platz.

1372 ▶▶ Wir fördern auch künftig Projekte, die aktiv gegen Diskriminierung jeder Art vorgehen.
1373 Dies gilt ausdrücklich auch für Projekte, welche die strafrechtliche Verfolgung homose-
1374 xueller Menschen nach dem alten § 175 StGB wissenschaftlich und didaktisch aufarbei-
1375 ten.

1376 ▶▶ Insbesondere junge Menschen müssen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung
1377 und geschlechtlichen Identität ohne Diskriminierungen und Diffamierungen aufwach-
1378 sen können.

1379 ▶▶ Dazu gehört auch eine besondere Sensibilisierung für die Situation derjenigen Heran-
1380 wachsenden, die sich von der Mehrheit ihrer Altersgenossen unterscheiden. Homo- oder
1381 Bisexuelle, Transgender oder Intersexuelle stehen auch heute noch oft vor einer schwie-
1382 rigen „Coming out“-Phase. Wir unterstützen deshalb Aufklärungs- und Toleranzpro-
1383 jekte.

1384 **Wir eröffnen Perspektiven für eine nachhaltige Familienpolitik.**

1385 Familienpolitik hat in Nordrhein-Westfalen über viele Jahrzehnte hinweg unter sozialdemo-
1386 kratischer Regierungsverantwortung ein Schattendasein gefristet. Sichtbarster Ausdruck
1387 hierfür war die Zahl der zur Verfügung stehenden U-3-Betreuungsplätze, welche landesweit
1388 im Jahre 2005 gerade einmal 11.000 ausmachten. Das bedeutete den mit Abstand letzten
1389 Platz unter allen deutschen Ländern. Auch unter der jetzigen rot-grünen Landesregierung
1390 hat Nordrhein-Westfalen diesen letzten Platz nicht verlassen können. Das wollen wir ändern
1391 und das nächste Jahrzehnt in Nordrhein-Westfalen zu einem Jahrzehnt der Familie machen.
1392 Ein wesentliches Ziel unserer Politik besteht darin, Familien ihren Bedürfnissen gemäß zu
1393 stärken, familiengerechte Strukturen zu schaffen und für eine kinderfreundliche Gesell-
1394 schaft zu arbeiten, damit sich wieder mehr junge Menschen dafür entscheiden, eine eigene
1395 Familie zu gründen.

1396 Die CDU Nordrhein-Westfalen versteht Familien- und Generationenpolitik als Quer-
1397 schnittsaufgabe für sämtliche gesellschaftliche und politische Bereiche und Ebenen. Auf
1398 Landesebene fordern wir eine strukturelle Neuausrichtung der Familienpolitik.

1399 ▶▶ Wir werden dafür sorgen, dass sich Familien in Nordrhein-Westfalen wohlfühlen und be-
1400 darftsgerechte Unterstützung erhalten. Belange von Familien sollen bei der Gestaltung
1401 von Landespolitik vorrangig behandelt werden. Bei Gesetzesvorhaben, Gesetzesände-
1402 rungen und darauf beruhenden Verordnungen wollen wir auch immer die Auswirkungen
1403 auf die Lebenswirklichkeit von Familien, insbesondere mit Blick auf die Generationen-
1404 gerechtigkeit, prüfen.

1405 ▶▶ Wir wollen mit einem Familienfördergesetz die rechtliche Grundlage schaffen, um Fa-
1406 milien in Nordrhein-Westfalen gezielter als bisher zu stärken und zu unterstützen. Struk-
1407 turelle Benachteiligungen von Familien werden wir abbauen. Die bisherigen Ausfüh-
1408 rungsgesetze zur Kinder- und Jugendhilfe sowie zur frühen Bildung und Förderung von
1409 Kindern wollen wir in dieses Gesetz integrieren.

1410 ▶▶ Alleinerziehende Mütter und Väter verdienen besondere finanzielle Unterstützung so-
1411 wie begleitende und helfende Dienstleistungen. Deshalb setzen wir uns gegenüber der
1412 Wirtschaft auf Landesebene mit Nachdruck für flexible Arbeitszeitmodelle und hieran
1413 angepasste Ganztagsbetreuungsmodelle in Kindertagesstätten und Schulen ein.

1414 ▶▶ Wir wollen einen Landesfamilienförderplan entwickeln. Dieser legt kurz-, mittel- und
1415 langfristige familienpolitische Ziele fest. Regelmäßig soll ein Landesfamilienbericht vor-
1416 gelegt werden, um die gesteckten Ziele zu evaluieren und gegebenenfalls nachsteuern
1417 zu können.

1418 ▶▶ Die kommunale Ebene ist der erste öffentliche Ansprechpartner für Familien. Es ist da-
1419 her unser Ziel, die Kommunen in ihrer Familienpolitik zu stärken und nachhaltig zu un-
1420 terstützen. Wir empfehlen daher, Kommunale Familienkonferenzen einzurichten. Kom-
1421 munale Familienkonferenzen haben das Ziel, lokale, heterogene familienpolitische Kom-
1422 petenzen fachübergreifend zu vernetzen, die kommunale Familiengerechtigkeit zu er-
1423 höhen und Beteiligung an kommunalpolitischen Prozessen zu institutionalisieren. Die
1424 Kommunale Familienkonferenz kann staatliche und nicht-staatliche Akteure vernetzen,
1425 die jeweils ihre spezifischen Interessen und Ressourcen einbringen können.

1426 **Wir stellen größtmögliche Wahlfreiheit für Eltern her.**

1427 Wir wissen, dass der Wunsch, eine eigene Familie zu gründen, unter jungen Menschen un-
1428 gebrochen groß ist und als Teil ihres privaten Lebensglücks angesehen wird. Dennoch steht
1429 die Entscheidung für Kinder heute stärker als je zuvor in Konkurrenz zu anderen Formen der
1430 Lebensgestaltung. Die Familiengründung selbst fällt oftmals in die gleiche Lebensphase wie
1431 Studium und Berufseinstieg. Unsere Familienpolitik ist deswegen darauf angelegt, Rahmen-
1432 bedingungen zu schaffen, die die Entscheidung für Kinder so leicht wie möglich machen. Es
1433 sollen sich wieder mehr junge Menschen dafür entscheiden, eine eigene Familie zu gründen.

- 1434 ▶▶ Eltern müssen dabei unterstützt werden, ihrem Erziehungs-, Betreuungs- und Bildungsauftrag nachkommen und dabei gleichzeitig berufliche Ziele weiterverfolgen zu können.
1435 Familien brauchen langfristige Planungssicherheit und stabile Rahmenbedingungen.
1436 Wichtig ist, dass niemand Eltern vorschreibt, wie sie das Familienleben, die Erziehung
1437 der Kinder und ihr berufliches Engagement gestalten. Unser Ziel ist, ihnen die größtmögliche
1438 Wahlfreiheit zu eröffnen.
1439
- 1440 ▶▶ Wir setzen uns daher dafür ein, dass sich Eltern die Erziehungs- und Erwerbsarbeit untereinander
1441 ihren Bedürfnissen entsprechend teilen können. Vor diesem Hintergrund wollen wir auch Männer
1442 ermutigen, stärker als bisher Familienarbeit, sei es die Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen,
1443 zu übernehmen.
- 1444 ▶▶ Frauen und Männer, die sich der Kindererziehung und Pflege von Angehörigen widmen und damit
1445 Staat und Gesellschaft massiv entlasten, dürfen am Ende ihres Erwerbslebens nicht benachteiligt
1446 werden. Dies betrifft vor allem Frauen, die immer noch den Hauptanteil der Familienarbeit leisten.
1447 Familienarbeit muss in der Rente höher anerkannt werden.
1448
- 1449 ▶▶ Wir fordern darüber hinaus die Unterstützung flexibler Modelle des Wiedereinstiegs in
1450 den Beruf nach einer Familienpause. Nordrhein-Westfalen muss nach unseren Vorstellungen hier zum
1451 Vorreiter werden. Es ist dringend notwendig, Frauen und Männern nach der Familienpause den
1452 beruflichen Wiedereinstieg besser, schneller und nachhaltiger zu ermöglichen.
1453
- 1454 ▶▶ Die Arbeitswelt muss familiengerechter und nicht die Familie arbeitsmarktkompatibler werden.
1455 Daher möchten wir Unternehmen dazu ermutigen, familiengerechte Arbeitszeitmodelle zu
1456 implementieren und Betriebskindergärten einzurichten. Hier hat das Land Nordrhein-Westfalen mit
1457 seinen Behörden als öffentlicher Arbeitgeber eine Vorbildfunktion.
1458
- 1459 ▶▶ Auch wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung bzw. Studium verbessern. Dazu
1460 wollen wir uns dafür einsetzen, die bestehenden Bafög-Regelungen auf ihre Familienfreundlichkeit
1461 hin zu überprüfen und sie gegebenenfalls über eine Initiative im Bundesrat reformieren. Außerdem
1462 wollen wir die Kinderbetreuungsmöglichkeiten an Universitäten weiter verbessern.
1463

1464 **Wir schaffen eine gute Infrastruktur für Familien.**

1465 Wir wollen für Familien in Nordrhein-Westfalen eine bedarfsgerechte Infrastruktur schaffen,
1466 die es ihnen ermöglicht, ihr Lebensmodell aktiv zu gestalten.

- 1467 ▶▶ Die Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung steht für die CDU in Nordrhein-Westfalen
1468 an oberster Stelle. Neben der Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels und der Ausstattung
1469 der Kindertageseinrichtungen gehören dazu auch verlässliche Betreuungsverhältnisse und eine
1470 stabile Betreuungsumgebung.

- 1471 ▶▶ Wir sehen, dass es einer dringenden Neustrukturierung der Kita-Finanzierung bedarf.
1472 Wir werden diese Herausforderung gemeinsam in einem transparenten Verfahren mit
1473 allen Akteuren der Kindertagesbetreuung konstruktiv angehen. Die dafür notwendigen
1474 finanziellen Mittel werden wir zur Verfügung stellen. Für den Erhalt der Trägervielfalt in
1475 Nordrhein-Westfalen wollen wir uns in diesem Prozess ausdrücklich einsetzen.
- 1476 ▶▶ Die stetige Weiterentwicklung der Betreuungsqualität in der Kindertagesbetreuung
1477 steht für uns an oberster Stelle. Notwendige Maßnahmen für mehr Qualität in den Kitas
1478 sollen aber nicht durch Schulden finanziert werden, die nur die künftigen Generationen
1479 belasten. Stattdessen bekennen wir uns zu einer gemeinsamen finanziellen Verantwor-
1480 tung von Land, Kommunen, Trägern und Eltern.
- 1481 ▶▶ Das Land muss dennoch darauf hinwirken, dass Bildung und Betreuung nicht vom Ein-
1482 kommen der Eltern abhängen. Daher sollen unter Berücksichtigung der Situation des
1483 Landeshaushalts die Bildungs- und Betreuungsgebühren von der Kita bis zur Hochschule
1484 abgeschafft werden. Sollte der Bund finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, die die Ein-
1485 führung einer Elternbeitragsfreiheit zu einem früheren Zeitpunkt ermöglichen, würden
1486 wir dies ausdrücklich begrüßen und umsetzen. Unabhängig davon soll das Land die qua-
1487 litative Weiterentwicklung der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen vorantreiben.
- 1488 ▶▶ Wir werden den bürokratischen Aufwand in Kindertageseinrichtungen reduzieren, da-
1489 mit mehr Zeit und Aufmerksamkeit für die Kinder bleibt.
- 1490 ▶▶ Auch wollen wir die Erziehungspartnerschaft von Eltern sowie Erzieherinnen und Erzie-
1491 hern stärken. Kindertagesbetreuung ist keine reine Dienstleistung, die man beliebig in
1492 Anspruch nehmen kann. Ihr kommt vielmehr eine die Eltern unterstützende und ergän-
1493 zende Funktion zu. Sie kann aber niemals die Elternarbeit voll ersetzen.
- 1494 ▶▶ Die CDU Nordrhein-Westfalen strebt eine größere Flexibilisierung der Öffnungszeiten
1495 von Kindertagesstätten bei gleichzeitiger Verbesserung ihrer pädagogischen Qualität
1496 an. Dafür müssen die Betreuungsangebote in den sogenannten Randzeiten verbessert
1497 werden. Randzeitenbetreuung sollte in diesem Sinne nicht die Regel sein, sondern spo-
1498 radische Bedarfe abdecken bzw. auf die Erfordernisse von Schichtarbeit reagieren. Ent-
1499 sprechende Modelle sind vor Ort zu entwickeln.
- 1500 ▶▶ Eine Möglichkeit, passgenaue Betreuungsangebote für Eltern im Schichtdienst anzubie-
1501 ten, sind Betriebskindergärten. Unter Berücksichtigung der Trägervielfalt und Qualitäts-
1502 sicherung sollen betriebliche Betreuungsangebote und Kooperationen von Betrieben
1503 und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe unterstützt werden, um Eltern eine ar-
1504 beitsplatznahe Betreuung ihrer Kinder zu ermöglichen.
- 1505 ▶▶ Die Tagespflege stellt für uns eine wichtige Säule der Kindertagesbetreuung dar, vor al-
1506 lem im U3-Bereich. Wir wollen daher die Tagespflege als Betreuungsform weiter stärken
1507 und Tagesmütter und -väter noch besser unterstützen. Dafür sollen landeseinheitliche
1508 Standards in der Tagespflege geschaffen werden.
- 1509 ▶▶ Familien, bei denen ein Elternteil die Kinder zu Hause betreut, sollen ebenfalls aktive
1510 Unterstützung erfahren. Ihre Erziehungsarbeit verdient eine besondere Anerkennung.

1511 **Wir bieten Unterstützung für alle Familien.**

1512 Familien stehen vor einer Vielzahl von Herausforderungen, die sie nicht immer alleine be-
1513 wältigen können. Familiäre Unterstützungs- und Beratungsangebote stellen einen wichti-
1514 gen Baustein präventiver Familienarbeit dar. Eine besonders hohe Akzeptanz und Wirksam-
1515 keit erreichen solche Hilfsangebote, wenn sie für Familien leicht zugänglich, d. h. wohnort-
1516 nah und niedrigschwellig organisiert sind.

1517 ▶ Die CDU hat in ihrer Regierungszeit Familienzentren eingeführt, die vorbildliche Struk-
1518 turen für die Bündelung und Vernetzung von Beratungs- und Hilfsangeboten für Eltern
1519 und Familien bieten. Die Wahrnehmung sozialraumbezogener Aufgaben schafft eine
1520 Vielfalt an Leistungen für Eltern und Familien. Im Sinne eines flächendeckenden Ange-
1521 bots für alle Familien in Nordrhein-Westfalen muss der Ausbau der Familienzentren wei-
1522 ter vorangetrieben und deren finanzielle Situation verbessert werden. Eine Ausweitung
1523 der Familienzentren auf den Offenen Ganzttag wollen wir prüfen.

1524 ▶ Familienberatung und Familienbildung sind wichtige, ergänzende und stärkende Famili-
1525 enhilfen. Wir setzen uns dafür ein, dass Eltern, die Unterstützung benötigen, diese auch
1526 niedrigschwellig erfahren. Dafür wollen wir die Angebote der Familienberatung evaluie-
1527 ren, bedarfsgerecht ausbauen und finanziell besser fördern.

1528 ▶ Familien, die eine gemeinsame Erholung oder ein gemeinsames Bildungs- und Frei-
1529 zeiterlebnis aus eigenen Mitteln nicht bestreiten können, wollen wir eine Familienerho-
1530 lung während gemeinsamer Ferien oder durch gemeinsame Bildungs- und Freizeiterleb-
1531 nisse ermöglichen. Dabei sind insbesondere Alleinerziehende, Mehrkindfamilien oder
1532 Familien, in denen Menschen mit Behinderung leben, zu berücksichtigen.

1533 ▶ Hilfsangebote und präventive Maßnahmen müssen für alle Familien in Nordrhein-West-
1534 falen zugänglich sein. Wir sprechen uns daher dafür aus, diese Angebote flächendeckend
1535 zu implementieren.

1536 ▶ Im Interesse des Kindeswohls müssen Eltern, die ihrer Verantwortung nicht gerecht wer-
1537 den können, wollen oder die mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind, vom Staat
1538 wirksam unterstützt und begleitet werden. Das unter christdemokratischer Regierungs-
1539 verantwortung in Nordrhein-Westfalen aufgebaute, präventiv wirkende Frühwarnsys-
1540 tem bzw. Netz rechtzeitiger Hilfen muss künftig noch dichter und darf nicht auf Modell-
1541 kommunen beschränkt bleiben, um Eltern und Kindern in Not wirksam und zuverlässig
1542 helfen zu können.

1543 Der Übergang von der Kindertageseinrichtung auf die Grundschule ist ein wichtiger Schritt.
1544 Unser Ziel ist, die Startchancen aller Kinder am Beginn der Schulzeit zu verbessern und den
1545 Übergang zu erleichtern.

1546 ▶ Das Schulfähigkeitsprofil muss als verbindlicher Rahmen entsprechend überarbeitet
1547 und angepasst werden. In einem Modellprojekt wollen wir die Schuleingangsuntersu-
1548 chung auf das vierte Lebensjahr vorziehen, um frühzeitig Maßnahmen der Prävention
1549 und Gesundheitsförderung sowie der individuellen Förderung ergreifen zu können.

1550 ▶▶ Die besondere Sprachförderung ist landesweit anzubieten und darf nicht wie bisher auf
1551 besondere Brennpunkte beschränkt bleiben bzw. einem Losverfahren unterliegen. Ob
1552 ein Kind in seinen elementaren Bedürfnissen allein gelassen wird oder nicht, kann nicht
1553 von seinem Wohnort oder den sozialen Lebensumständen abhängig gemacht werden.

1554 **Wir bekämpfen Kinderarmut.**

1555 Die rot-grüne Landesregierung hat den Anspruch, „kein Kind zurücklassen“ zu wollen, zum
1556 Kernvorhaben ihres Regierungshandelns erklärt und damit ihre massive Schuldenpolitik be-
1557 gründet. Die Entwicklung der Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen belegt, dass sie mit die-
1558 sem Vorhaben deutlich gescheitert ist. Die Hans-Böckler-Stiftung hat in einer Studie fest-
1559 gestellt: Seit Amtsantritt der Regierung Kraft 2010 ist die Kinderarmutsquote in kaum einem
1560 anderen Bundesland so stark angewachsen, wie an Rhein, Ruhr und Wupper. Im Gegenteil:
1561 Die absolute Zahl an armen Kindern ist in allen Bundesländern bis auf Nordrhein-Westfalen
1562 und Berlin in den vergangenen Jahren zurückgegangen. Während in den Neuen Ländern die
1563 Kinderarmut massiv gesunken ist, verzeichnete unser Bundesland einen genau gegenteili-
1564 gen Trend. Jedes vierte arme Kind in Deutschland lebt mittlerweile in Nordrhein-Westfalen.

1565 ▶▶ Wir wollen Kinderarmut bekämpfen und sind im Gegensatz zu SPD und Grünen der
1566 Überzeugung, dass weder neue Schulden noch staatliche Sonderprojekte die Ursachen
1567 von Armut beheben können. Der Schlüssel gegen Kinderarmut ist vielmehr eine bessere
1568 Wirtschaftspolitik, die die Potenziale Nordrhein-Westfalens freisetzt und die von Armut
1569 bedrohten Familien in Lohn und Brot bringt. Andere Bundesländer haben vorgemacht,
1570 dass es gerade in Zeiten der Hochkonjunktur möglich ist, durch eine richtige Prioritä-
1571 tensetzung in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen die Kinderarmut abzusenken.
1572 Was in den Neuen Bundesländern funktioniert hat, ist auch in Nordrhein-Westfalen
1573 möglich.

1574 **Wir ermöglichen Teilhabe für alle Familien.**

1575 Die volle gesellschaftliche Teilhabe von Familien, egal welcher Größe, muss in Nordrhein-
1576 Westfalen eine Selbstverständlichkeit sein.

1577 ▶▶ Wir wollen einen Familienpass NRW einführen, mit welchem Familien der kostenlose
1578 oder kostenreduzierte Besuch öffentlicher Einrichtungen wie Schwimmbäder, Museen,
1579 Theater, Schlösser und Gärten ermöglicht wird. Auch private Anbieter wollen wir ermu-
1580 tigen, dem Familienpass NRW beizutreten. Ziel ist es, vor allem kinderreichen und ein-
1581 kommenschwachen Familien sowie Alleinerziehenden eine kulturelle und gesellschaft-
1582 liche Teilhabe zu ermöglichen.

- 1583 ▶▶ Auch beeinträchtigte Kinder, Eltern und Großeltern ebenso wie Familien mit Zuwande-
1584 rungsgeschichte müssen Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen erhalten. Not-
1585 wendig ist eine inklusive und integrative Weiterentwicklung und Öffnung der Angebote
1586 der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit.

1587 **Wir geben Jugendlichen eine Stimme.**

1588 Wir wollen junge Menschen in Nordrhein-Westfalen ermutigen, sich in die Gesellschaft ein-
1589 zubringen und ihre Anliegen selbstbewusst zu vertreten. Deshalb setzen wir uns für eine
1590 aktive Jugendpolitik ein. Die Kinder- und Jugendarbeit erkennen wir dabei als eigenständi-
1591 ges Politikfeld an, das einen wichtigen Beitrag zur Persönlichkeitsentfaltung junger Men-
1592 schen und zu deren Hineinwachsen in unsere Gesellschaft leistet.

- 1593 ▶▶ Wir setzen uns für echte und verbindliche Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und
1594 Jugendliche auf Landesebene ein. Daher unterstützen wir die Einrichtung eines überwie-
1595 gend direkt gewählten Landesjugendparlaments nach dem Vorbild des Scottish Youth
1596 Parliament (SYP).

- 1597 ▶▶ Wir setzen uns dafür ein, dass die jährliche Fördersumme des Kinder- und Jugendförder-
1598 plans dauerhaft erhöht und durch eine Dynamisierung der Mittelansätze zukunftsfähig
1599 gestaltet wird. So wollen wir die Träger- und Angebotsvielfalt in der Kinder- und Jugend-
1600 arbeit für die nächsten Jahre sicherstellen.

1601 **Wir schaffen Wohnraum für alle Generationen.**

1602 In vielen Teilen unseres Landes wird es sowohl für Familien, vor allem Mehrkindfamilien, als
1603 auch für Seniorinnen und Senioren immer schwieriger, bedarfsgerechten und bezahlbaren
1604 Wohnraum zu finden.

- 1605 ▶▶ Wir wollen dafür sorgen, dass die soziale Wohnungsbauförderung quantitativ ausgewei-
1606 tet wird und in Zukunft die besonderen Bedürfnisse von Familien und Senioren mehr
1607 Beachtung finden.

- 1608 ▶▶ Im Hinblick auf Senioren ist es unser Ziel, so lange wie möglich ein selbstbestimmtes
1609 Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Neue Technologien, etwa im Bereich
1610 der Digitalisierung und der Telemedizin, bergen diesbezüglich ein enormes Potenzial,
1611 das es zu nutzen und weiterzuentwickeln gilt.

- 1612 ▶▶ Unsere Kommunen werden wir dabei unterstützen, Handlungskonzepte hinsichtlich der
1613 demografischen Entwicklung zu erarbeiten. Wichtiges Ziel ist die Entwicklung eines ge-
1614 nerationengerechten Wohnumfelds, das gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen
1615 gleich welchen Alters fördert.

1616 ▶▶ Mehrgenerationenhäuser geben uns ein geeignetes Instrument an die Hand, um das ge-
1617 nerationenübergreifende Zusammenleben in unserem Land zu stärken und Unterstüt-
1618 zungsmaßnahmen beispielsweise bei der Vermittlung von haushaltsnahen Dienstleis-
1619 tungen und im Bereich der familiären Pflege weiterzuentwickeln. Wir streben eine Fort-
1620 führung des Bundes-Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser ab 2020 an.

1621 **Wir nutzen die Potenziale der Seniorinnen und Senioren.**

1622 Viele Seniorinnen und Senioren sind sehr aktiv und bereit, sich auch nach Eintritt in den
1623 Ruhestand weiterhin einzubringen. Nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch in Fami-
1624 lie und Ehrenamt benötigen wir die Kompetenz älterer Menschen.

1625 ▶▶ Barrieren, die einer längeren Erwerbstätigkeit auf freiwilliger Basis im Wege stehen, wol-
1626 len wir abbauen. Durch spezielle Bildungsangebote für Seniorinnen und Senioren wer-
1627 den wir ihre Potenziale für die Gesellschaft stärken.

1628 ▶▶ Wir gehen entschieden gegen jegliche Form von direkter oder indirekter Altersdiskrimi-
1629 nierung vor. Alter allein darf kein Maßstab für die Beurteilung eines Menschen sein,
1630 stattdessen hat die Leistungsbereitschaft des Einzelnen im Vordergrund zu stehen.

1631 Im Zuge des demografischen Wandels werden die familiären, generationenübergreifenden
1632 Verbindungen zusehends schwächer, obwohl gerade heute Großeltern viel Engagement in
1633 der Erziehung und Betreuung ihrer Enkelkinder zeigen und damit die meist berufstätigen
1634 Eltern, aber auch die Gesellschaft entlasten. Zugleich wächst aber auch die Anzahl der älte-
1635 ren Menschen, die selbst keine Kinder oder Enkelkinder haben. Deshalb benötigen wir neue
1636 Formen und Orte der Begegnung zwischen den Generationen.

1637 ▶▶ Wir wollen entsprechende Angebote im sozialen Umfeld und generationen- sowie fami-
1638 lienübergreifende Netzwerke fördern, um den Austausch zwischen den Generationen
1639 zu stärken. In den Familienzentren sehen wir dabei ein wichtiges Instrument. Unser Ziel
1640 ist, sie auch im Hinblick auf Austausch und Zusammenhalt der Generationen auszu-
1641 bauen.

1642 ▶▶ Für ein menschenwürdiges Leben im Alter und die Sicherung der gesellschaftlichen Teil-
1643 habe können Seniorenwohngemeinschaften einen wichtigen Beitrag leisten und eine Al-
1644 ternative zum Seniorenwohnheim bieten. Solche Angebote müssen freilich durch die
1645 Gewährleistung haushaltsnaher Dienstleistungen, die Versorgung mit Waren des täglich-
1646 chen Bedarfs, Barrierefreiheit, einen funktionierenden ÖPNV sowie Pflegeleistungen
1647 vor Ort ergänzt werden.

1648 ▶▶ Das Ziel der Landespolitik muss eine landesweite seniorengerechte Infrastruktur sein,
1649 innerhalb der die Menschen ausreichende Versorgungsangebote vorfinden, soziale Kon-
1650 takte pflegen, an Kultur und Sport partizipieren sowie Beratungsdienstleistungen aller
1651 Art in Anspruch nehmen können. Wir werden daher die Einrichtung von Generationen-

1652 ausschüssen bzw. -beiräten in den Kommunen ausdrücklich unterstützen, die dazu bei-
1653 tragen, das Zusammenleben der Generationen in unseren Städten und Gemeinden zu
1654 verbessern.

1655 **Wir begreifen Frauen- und Gleichstellungspolitik**
1656 **als wichtige politische Querschnittsaufgabe.**

1657 Die CDU in Nordrhein-Westfalen begreift die Anliegen von Frauen als Querschnittsaufgabe,
1658 die in verschiedenen Politikfeldern immer mitgedacht werden müssen. Es geht darum, frau-
1659 enpolitische Themen breit zu implementieren anstatt sie isoliert zu betrachten. Immer noch
1660 unterscheidet sich die Lebenssituation vieler Frauen in Nordrhein-Westfalen von der von
1661 Männern.

1662 **Wir wollen Frauenerwerbstätigkeit steigern**
1663 **und den beruflichen Wiedereinstieg ermöglichen.**

1664 Eine wichtige frauenpolitische Herausforderung stellt die Steigerung der Frauenerwerbstä-
1665 tigkeit dar. Hier ist Nordrhein-Westfalen nach wie vor bundesweites Schlusslicht. Eine Stu-
1666 die der Bertelsmann Stiftung belegt für 2012, dass nur 47,5 Prozent der erwerbsfähigen
1667 Frauen in Nordrhein-Westfalen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach-
1668 gingen. Nordrhein-Westfalen ist auch Schlusslicht bei Frauen mit Vollzeitjobs. 2013 waren
1669 nur 28 Prozent der Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren Vollzeit berufstätig. Dieser Umstand
1670 allein ist beschämend und gewinnt angesichts des drohenden Fachkräftemangels, des Prob-
1671 lems der Altersarmut von Frauen und des allgemeinen demografischen Wandels zusätzlich
1672 an Brisanz.

1673 ▶▶ Wir fordern, dass Frauen, die nach Abschluss der Familienphase wieder in ihren Beruf
1674 einsteigen wollen, spezifische Beratungs- und Unterstützungsangebote erhalten. Diese
1675 sollen entsprechend weiter ausgebaut werden, beispielsweise in Form von Potentialana-
1676 lysen und Weiterbildungsangeboten während der Familienphase.

1677 ▶▶ Wir wollen eine zielgerichtete Frauenförderung. Dabei kommt es auch auf bessere Vo-
1678 raussetzungen für den Zugang von Frauen zu Führungspositionen an. Da Frauen sich
1679 durch Familienarbeit oft in Arbeitssituationen befinden, die zu Unrecht zu schlechteren
1680 Beurteilungen führen, gilt es, Beurteilungskriterien für Beamtinnen und Beamte ihrer
1681 Familien- und Lebensphase entsprechend zu gestalten und alternative Modelle zur Ar-
1682 beit in Teilzeit und Telearbeit zu entwickeln. Das führt zu einer besseren Vereinbarkeit
1683 von Familie und Beruf. Außerdem soll die Übernahme von Führungspositionen auch in
1684 Teilzeit ermöglicht werden. Der Verfassungsgrundsatz, im öffentlichen Dienst nach Eig-
1685 nung, Leistung und Befähigung zu befördern, darf in diesem Zusammenhang nicht aus-
1686 gehöhlt werden.

1687 ▶▶ Frauen, die aufgrund einer längeren Familienphase keiner Erwerbstätigkeit nachgehen
1688 konnten, dürfen bei der Rente nicht schlechter gestellt werden. Wir wollen uns daher für
1689 die Höherbewertung der geleisteten Familienarbeit bei der Berechnung der Altersbe-
1690 züge einsetzen.

1691 **Wir gewähren Hilfe und Schutz für Opfer von (sexualisierter) Gewalt.**

1692 Gewalt gegen Frauen ist in Nordrhein-Westfalen leider immer noch weit verbreitet. Allein
1693 im Jahr 2015 gab es rund 26 500 Polizeieinsätze bei häuslicher Gewalt. Umso wichtiger ist
1694 es, dass Opfer von Gewalt in Nordrhein-Westfalen flächendeckend Zugang zu Beratungs-
1695 und Hilfsangebote haben.

1696 ▶▶ Laut Studien wird etwa jede vierte Frau in Deutschland im Laufe ihres Lebens Opfer von
1697 häuslicher Gewalt. Die Frauenhäuser stellen für die Betroffenen oft die letzte Zuflucht
1698 dar. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Frauenhäusern leisten eine unverzicht-
1699 bare Arbeit. Wir wollen für das Netz der Frauenhäuser eine solide Finanzierung sicher-
1700 stellen.

1701 Studien belegen, dass etwa die Hälfte der Männer mit Behinderungen und rund zwei Drittel
1702 der Frauen mit Behinderungen in ihrem Leben Opfer sexualisierter Gewalt werden. Strate-
1703 gien der Prävention oder Bewältigung sexueller Übergriffe, die allgemein anerkannt sind,
1704 können nicht ohne weiteres auf die Situationen behinderter Menschen übertragen werden.
1705 Insbesondere bei geistiger Behinderung oder Gehörlosigkeit bestehen hohe Kommunikati-
1706 onsbeeinträchtigungen, die überwunden werden müssen.

1707 ▶▶ Eine verbesserte Bereitstellung niedrigschwelliger und barrierefreier Schutz- und Unter-
1708 stützungsangebote sind erforderlich. Die CDU setzt sich daher für die Schaffung einer
1709 Ombudsstelle für Menschen mit körperlicher und/oder geistiger Behinderung, die Op-
1710 fer sexualisierter Gewalt wurden, ein.

1711 **2. Bildung und Schule**

1712 Die CDU Nordrhein-Westfalen berücksichtigt in ihrer Bildungspolitik die Einzigartigkeit,
1713 aber auch die Unterschiedlichkeit jedes Menschen mit seinen verschiedenen Anlagen und
1714 Begabungen, Interessen, Neigungen und Bedürfnissen, seinem jeweiligen Lerntempo und
1715 Leistungsvermögen. Zugleich respektieren wir das Erziehungsrecht und die Wahlfreiheit der
1716 Eltern. Aus diesen Gründen stehen wir für ein gegliedertes, vielfältiges und leistungsorien-
1717 tiertes Bildungssystem in allen Schulstufen. Eine Einheitsschule lehnen wir entschieden ab,
1718 denn wir sind überzeugt, dass die Unterschiedlichkeit der Kinder auch schulische Vielfalt
1719 braucht. Jede Schülerin und jeder Schüler muss den vorhandenen individuellen Neigungen,
1720 Interessen und Leistungen gemäß gefördert werden. Dabei ist jeder Schulform und jeder
1721 Schule die Möglichkeit zur spezifischen Profilbildung zu eröffnen.

1722 Menschen sind sich nicht nur unterschiedlich, sondern entwickeln sich auch unterschiedlich
1723 schnell. Deshalb wollen wir die Durchlässigkeit des Schulsystems weiter erhöhen. Alle Kin-
1724 der und Jugendlichen sollen unabhängig davon, in welcher Schulform sie ihre Schulkarriere
1725 beginnen und losgelöst von ihrer sozialen Herkunft bzw. dem Bildungshintergrund ihrer El-
1726 tern, ihren bestmöglichen Schulabschluss erreichen können. Ebenso muss es immer die
1727 Möglichkeit geben, auch zu einem späteren Zeitpunkt einen Schulabschluss nachzuholen.

1728 Neben einer Stärkung des Gymnasiums und der Sicherung des Charakters der Abiturprü-
1729 fung als Nachweis einer allgemeinen, studienvorbereitenden Hochschulreife streben wir an,
1730 dass die Abschlüsse anderer Schulformen wieder verstärkt als geeignete Qualifikationen für
1731 Ausbildungsberufe anerkannt werden. Für die CDU Nordrhein-Westfalen beginnt der
1732 Mensch nicht erst mit dem Abitur und sein Wert für die Gesellschaft bemisst sich nicht an
1733 einem akademischen Grad. Wir erkennen und würdigen deshalb mit Nachdruck unser welt-
1734 weit einzigartiges System der dualen Ausbildung als optimalen Weg, gesellschaftliche Viel-
1735 falt im Bildungswesen abzubilden, Potenziale zu fördern, Jugendarbeitslosigkeit zu verhin-
1736 dern und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu stärken.

1737 Gute Bildung schafft Unabhängigkeit, Aufstiegschancen und Wohlstand. Unser Ziel ist es,
1738 allen Menschen in Nordrhein-Westfalen ihren individuellen Aufstieg durch Bildung zu er-
1739 möglichen. Doch im bundesweiten Schulvergleich ist Nordrhein-Westfalen in den zurücklie-
1740 genden 40 Jahren unter sozialdemokratischer und grüner Verantwortung für den Bildungs-
1741 bereich immer weiter zurückgefallen. Praktisch jede Schulform steht vor massiven Proble-
1742 men, die größtenteils jahrzehntealte strukturelle Ursachen besitzen. Aktuelle Hauptprob-
1743 leme der nordrhein-westfälischen Schulen sind insbesondere die mangelhafte Umsetzung
1744 der Inklusion, der massive Unterrichtsausfall, die systematische Unterfinanzierung bei Per-
1745 sonal, Gebäuden und Infrastruktur sowie die schwierige Debatte über ein Abitur nach acht
1746 oder neun Gymnasialjahren. Darüber hinaus weist unser Land den höchsten strukturell be-
1747 dingten Unterrichtsausfall (sog. „Kienbaumlücke“), die ungünstigsten Lehrer-Schüler-Rela-
1748 tionen und die niedrigsten Bildungsausgaben pro Schüler auf. Zudem sind Schulen, Lehrer
1749 und Schüler schlecht auf das digitale Lernen und damit auf die Zukunft vorbereitet. Hinzu
1750 kommen ständig neue Belastungen für Schulen und Pädagogen durch immer neue Vorgaben
1751 und Erlasse der Landesregierung.

1752 Alle diese Probleme wollen und werden wir lösen. Wir werden der Bildung Priorität einräu-
1753 men und dabei den Fokus auf eine hohe Bildungsqualität setzen. Nordrhein-Westfalen muss
1754 wieder bundesweiter Vorreiter und Vorbild in der Bildungspolitik werden!

1755 **Unser Schul- und Lehrerverständnis**

1756 Der Bildungs- und Erziehungsauftrag von Schule droht unter Rot-Grün zunehmend aus dem
1757 Blick zu geraten. Leistungsansprüche durch Lehrkräfte wirken motivierend auf Schülerinnen
1758 und Schüler. Lehrerinnen und Lehrer dürfen allerdings weder auf die rein funktionale Ver-
1759 mittlung von Kompetenzen und Fähigkeiten noch auf bloße Beratung bei Lernprozessen re-

1760 duziert werden. Eine Verengung des Lehrerbildes auf die Funktion eines bloßen „Lernbeglei-
1761 ters“ verkennt solche elementaren Zusammenhänge und privilegiert einseitig Kinder und
1762 Jugendliche aus bildungsaffinen Familien, die selbständiges Lernen und Arbeiten gewohnt
1763 sind. Umgekehrt werden solche Schülerinnen und Schüler benachteiligt, die aus eher bil-
1764 dungsfernen Familien stammen und führungsstarke Lehrerinnen und Lehrer als Orientie-
1765 rungspersönlichkeiten benötigen, um selbst ihre Lern- und Wissenspotenziale entwickeln
1766 und optimieren zu können.

1767 Hauptanliegen schulpolitischen Handelns ist für die CDU Nordrhein-Westfalen deshalb die
1768 Qualität des Unterrichts. Lehrpläne müssen den Lehrkräften als Qualitätsstandards dienen
1769 und gleichzeitig Hilfsmittel zur Unterrichtsvorbereitung sein. Die pädagogische Freiheit der
1770 Lehrerinnen und Lehrer bildet dabei für die nordrhein-westfälische CDU ein elementares
1771 und unverzichtbares Prinzip von Bildungspolitik.

1772 ▶▶ Wir werden das bewährte Konzept der eigenverantwortlichen Schule reaktivieren und
1773 weiter stärken. Dies bedeutet einen Paradigmenwechsel, weg von der Aufsicht, hin zu
1774 Beratung und Unterstützung. Die Schulaufsicht kann dabei durch eine durchgängige
1775 Zweistufigkeit optimiert werden. Die durch den Verzicht auf eine Ebene frei werdenden
1776 Kapazitäten sollen dem Unterricht zu Gute kommen.

1777 ▶▶ Wir werden die Rahmenbedingungen für guten Unterricht verbessern. Sämtliche Be-
1778 richtspflichten und sämtliche Pflichten zur Erstellung von speziellen Programmen wer-
1779 den wir auf ihre pädagogische Relevanz hin überprüfen und wo möglich reduzieren.

1780 Lehrerfortbildungen sind für die Qualitätssicherung, aber auch Qualitätsverbesserung in
1781 unserem Schulsystem unerlässlich.

1782 ▶▶ Wir werden die Lehrerfortbildungen so gestalten, dass sie sich auf die Qualitätssiche-
1783 rung und Qualitätsverbesserung unseres Schulsystems konzentrieren. Fortbildungen
1784 haben die Lehrkräfte in ihrer fachlich pädagogischen Verantwortung und in der Umset-
1785 zung ihrer Unterrichtsziele zu unterstützen.

1786 ▶▶ Dafür müssen die Fortbildungsangebote ausgebaut und die Universitäten stärker als bis-
1787 her mit einbezogen werden.

1788 **Wir bekämpfen den Unterrichtsausfall an unseren Schulen.**

1789 Unterrichtsausfall an einer Schule ist nie ganz zu verhindern. Massiver und flächendeckender
1790 Unterrichtsausfall aber ist ein nicht hinnehmbares Ärgernis. Jede Stunde, die ausfällt, behin-
1791 dert die Bildungs-, Teilhabe- und Aufstiegschancen unserer Kinder. Dabei geht ausfallender
1792 Unterricht besonders zu Lasten derjenigen Schülerinnen und Schüler, die durch ihr familiä-
1793 res und soziales Umfeld benachteiligt sind.

1794 ▶▶ Eltern verdienen Transparenz: Wir werden Unterricht, der nicht nach geltendem Lehr-
1795 plan erteilt wird, egal, ob er komplett ausfällt, fachfremd unterrichtet wird oder die

1796 Schülerinnen und Schüler in Eigenregie arbeiten müssen (Ausnahmen: Klassenfahrten,
1797 Schulprojekte oder Wandertage), als Ausfall werten.

1798 ▶▶ Wir werden mittels softwaregestützter Lösungen für eine schulscharfe digitale Erfas-
1799 sung des Unterrichtsausfalls sorgen.

1800 ▶▶ Wir wollen Lehrerinnen und Lehrer an allen Schulformen durch die Einführung von
1801 Schulverwaltungsassistenten von der Ausübung unterrichtsfremder Tätigkeiten entlas-
1802 ten.

1803 ▶▶ Langfristig werden wir eine effektive Vertretungsreserve an allen Schulformen auf-
1804 bauen. Die hierfür benötigten Finanzmittel können aus der Bafög-Erstattung des Bundes
1805 aufgebracht werden.

1806 **Wir schaffen die Voraussetzungen für eine gelingende schulische Inklusion.**

1807 Wir sind der Überzeugung, dass ein breites schulisches Angebot auch für Kinder mit Behin-
1808 derung richtig und notwendig ist. Entsprechend wollen wir eine schrittweise und angemessene
1809 Ausweitung inklusiver Schulangebote. Gleichzeitig erkennen wir den Wert der Förder-
1810 pädagogik ausdrücklich an. Sie wird durch eine einfache Ausweitung der Inklusion nicht
1811 überflüssig.

1812 Wir sind der Auffassung, dass viele Kinder und Jugendliche mit Einschränkungen erfolgreich
1813 an Regelschulen lernen können. Für andere Kinder und Jugendliche bieten hingegen die spe-
1814 ziellen Möglichkeiten der Förderschulen die besseren Voraussetzungen. Daher wollen wir
1815 Eltern nach individueller professioneller und unabhängiger Beratung in die Lage versetzen,
1816 zu entscheiden, wo ihr behindertes Kind am besten gefördert werden kann.

1817 Leider erfolgte die flächendeckende Einführung des inklusiven Unterrichtes durch die rot-
1818 grüne Landesregierung völlig überhastet und ohne entsprechende Vorbereitung. Bestens
1819 funktionierende Förderschulen wurden geschlossen. Für Regelschullehrer gab und gibt es
1820 viel zu wenige und häufig fachlich unzureichende Fortbildungsangebote. Ebenso fehlen jeg-
1821 liche verbindliche Qualitätsstandards für inklusiven Unterricht, genauso wie Konzepte für
1822 einen geregelten Einsatz von Sonderpädagogen an inklusiven Schulen. Hinzukommen häu-
1823 fig nicht nachzuvollziehende Schulformzuweisungen (Kinder mit Lernbehinderungen an
1824 Gymnasien). Es fehlt an einem Konzept sowie an personellen, baulichen und didaktischen
1825 Voraussetzungen für eine gelingende Inklusion.

1826 ▶▶ Wir werden dafür sorgen, dass die schulische Inklusion gelingt. Dazu legen wir verbind-
1827 liche Qualitätsstandards sowie ein Konzept für den Einsatz von Sonderpädagogen an in-
1828 klusiven Schulen vor.

1829 ▶▶ Wir werden die für inklusiven Unterricht zwingend erforderlichen Rahmenbedingungen
1830 an unseren Schulen schaffen. Dazu gehören entsprechend fortgebildete Regelschulleh-
1831 rer, genügend Sonderpädagogen, kleine Lerngruppen sowie Differenzierungsräume.

- 1832 ▶▶ Wir wollen den Ausbau multiprofessioneller Teams an inklusiven Schulen und eine bes-
1833 sere Zusammenführung der spezifischen Kompetenzen der sonderpädagogischen Lehr-
1834 kräfte und der Lehrkräfte von allgemeinen Schulen.
- 1835 ▶▶ Wir werden für eine Klärung der Stellung der Inklusionsassistenten, insbesondere für
1836 den offenen Ganzttag, sorgen.
- 1837 ▶▶ Die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips ist für uns selbstverständlich.
- 1838 ▶▶ Für uns hat auch in einem inklusiven Bildungssystem die Qualität des Unterrichts im
1839 Mittelpunkt zu stehen. An den Gymnasien hat im Regelfall zielgleicher statt zieldiffe-
1840 renter Unterricht zu erfolgen. Gymnasien, die aufgrund ihres pädagogischen Konzepts
1841 für Inklusion zieldifferenten Unterricht durchführen, müssen durch Bereitstellung von
1842 zusätzlichen Ressourcen besonders gestärkt werden.
- 1843 ▶▶ Unser Ziel ist das realistische Erreichen eines Schulabschlusses für Kinder mit Behinde-
1844 rung an einer weiterführenden Schule.

1845 **Wir werden die Förderschulen erhalten.**

1846 Wir sind der Auffassung, dass viele Kinder und Jugendliche mit Einschränkungen erfolgreich
1847 an Regelschulen lernen können. Für andere Kinder und Jugendliche bieten hingegen die spe-
1848 ziellen Möglichkeiten der Förderschulen die besseren Voraussetzungen. Die Förderschulen
1849 in Nordrhein-Westfalen stellen eine bewährte, hochdifferenzierte und mit bestens qualifi-
1850 zierten Lehrkräften ausgestattete Schulform dar. Die Förderschulen diagnostizieren, erzie-
1851 hen, unterrichten, beraten und fördern Kinder und Jugendliche, die der sonderpädagogi-
1852 schen Förderung in besonderem Maße bedürfen und aufgrund des Kindeswohls und/oder
1853 des Elternwillens nicht inklusiv beschult werden sollen.

1854 ▶▶ Wir wollen bis auf weiteres keine Förderschulen mehr schließen. Ein solches Moratorium
1855 bedeutet keine Absage an die Inklusion oder gar deren Rückabwicklung, sondern sichert
1856 die Wahlfreiheit der Eltern und wichtige Ressourcen, die in der weiteren Entwicklung
1857 der Inklusion noch dringend benötigt werden. Wir wollen, dass Eltern frei entscheiden
1858 können, wo ihr behindertes Kind am besten gefördert wird.

1859 ▶▶ Um das Schulangebot schrittweise inklusiv auszubauen, wollen wir allgemeine Schulen
1860 aller Schulformen als Schwerpunktschulen benennen, in denen Kinder und Jugendliche
1861 ohne und mit Behinderung gemeinsam unterrichtet werden. Solch ein schrittweiser Aus-
1862 bau ermöglicht den gezielten Einsatz von Ressourcen.

1863 ▶▶ Gleichzeitig werden wir die bewährten Kompetenzzentren wieder einführen und mittel-
1864 fristig zu regionalen Inklusionszentren weiterentwickeln, an denen neben den allge-
1865 meinbildenden Schulen auch immer mindestens eine Förderschule, die zuständigen
1866 Schul- und Jugendämter, Weiterbildungseinrichtungen, die örtliche Handwerkskammer
1867 sowie gesellschaftliche Partner (Vereine, Kirchen, Wohlfahrtsverbände) zu beteiligen
1868 sind.

1869 ▶▶ An den Schwerpunktschulen soll der gezielte Einsatz von Ressourcen für Schülerinnen
1870 und Schüler, die aufgrund ihrer Behinderung (z. B. Hörschädigung, Gehbehinderung) ei-
1871 ner besonderen personellen und sächlichen Ausstattung bedürfen, ermöglicht werden.

1872 ▶▶ An Förderschulen mit dem Schwerpunkt Hören und Kommunikation werden wir das
1873 Fach „Deutsche Gebärdensprache“ verpflichtend einführen. Ebenso haben mittelfristig
1874 alle an einer entsprechenden Förderschule unterrichtenden Lehrkräfte die Deutsche Ge-
1875 bärdensprache aktiv wie passiv zu beherrschen.

1876 **Wir werden einen Masterplan für die Grundschulen vorlegen.**

1877 Alle Schulen müssen mit den großen Herausforderungen aus dem rot-grünen bildungspoli-
1878 tischen Erbe umgehen: Inklusion, Unterrichtsausfall oder die Integration von Flüchtlingskin-
1879 dern. Besonders schwer haben es dabei die Grundschulen. Sie leiden schon ohne die ge-
1880 nannten zusätzlichen Herausforderungen seit langem unter zu großen Klassen, Lehrerman-
1881 gel und unbesetzten Rektorenstellen. Dies ist deshalb so fatal, weil in der Primarstufe die
1882 Grundlagen für den weiteren Bildungsweg der Kinder gelegt werden. Ein guter Start ist be-
1883 sonders wichtig für diejenigen, die von ihrer sozialen Herkunft her benachteiligt sind. An
1884 den beschriebenen Mängeln wird deutlich, dass es in Nordrhein-Westfalen einen „Master-
1885 plan Grundschule“ braucht, um die Bildung der Kinder von Anfang an auf eine sichere Basis
1886 zu gründen. Unser „Masterplan Grundschule“ umfasst folgende wesentliche Punkte:

1887 ▶▶ Nur diejenigen Grundschulen sollen inklusiv unterrichten, die dafür auch die notwendi-
1888 gen Rahmenbedingungen aufweisen. Dazu gehören eine angemessene Ausstattung mit
1889 Sonderpädagogen und Schulsozialarbeitern, die Möglichkeiten zu durchgehenden Dop-
1890 pelbesetzungen sowie das Angebot entsprechender Fortbildungen für inklusiv unter-
1891 richtende Lehrkräfte.

1892 ▶▶ Bei der Entlastung von Lehrerinnen und Lehrern von Aufgaben der Bewirtschaftung und
1893 Verwaltung durch Schulverwaltungsassistenten ist zu prüfen, inwieweit in kleineren
1894 Systemen, wie sie vor allem viele Grundschulen im ländlichen Raum darstellen, Schul-
1895 verwaltungsassistenten auch für mehrere Schulen zuständig sein können.

1896 ▶▶ Unabhängig vom Status einer Grundschule als Inklusionsschule soll die Arbeit der Lehr-
1897 kräfte an Grundschulen generell durch den vermehrten Einsatz von Schulsozialarbeitern
1898 entlastet werden.

1899 ▶▶ Bei der Sprachförderung von Flüchtlingskindern im Primarbereich ist eine flächende-
1900 ckende Versorgung der betroffenen Grundschulen unabhängig von ihrer Größe mit ex-
1901 ternen Fachkräften sicherzustellen, notfalls auch dadurch, dass einzelne Fachkräfte für
1902 mehrere Grundschulen zuständig sein können.

1903 ▶▶ Wir werden die Möglichkeit einer landesweiten Vertretungsreserve auch im Grund-
1904 schulbereich schaffen, um einen ordnungsgemäßen Unterricht in der Primarstufe si-
1905 cherzustellen. Die „flexiblen Mittel“ für den Vertretungsunterricht sind entsprechend
1906 auf Auskömmlichkeit hin zu evaluieren.

1907 ▶ Die Qualität im „offenen Ganzttag“ an den Grundschulen des Landes bedarf dringend der
1908 Verbesserung. Dazu gehört zunächst die Definition verbindlicher Qualitätsstandards.
1909 Zu prüfen ist, ob Klassenassistenzen in diesem Bereich eingesetzt werden können, vor
1910 allem zur verbesserten Vernetzung mit dem Regelunterricht.

1911 ▶ Schließlich gilt es auch, die Lehrerversorgung an den Grundschulen langfristig zu ge-
1912 währleisten. Hierfür notwendig ist eine enge Abstimmung des Schulministeriums mit
1913 den Universitäten, damit entsprechend der Prognosen zur Entwicklung der Schülerzah-
1914 len und der anstehenden Pensionierungen auch ausreichend Studienkapazitäten für den
1915 Primarbereich vorgehalten werden.

1916 **Wir werden die Hauptschule qualitativ weiterentwickeln.**

1917 Die Hauptschule ist und bleibt eine wichtige Schulform innerhalb des differenzierten Schul-
1918 angebots, denn sie vermittelt eine grundlegende Allgemeinbildung. Darüber hinaus arbeitet
1919 sie sowohl an einer intensiven Sprachförderung als auch an einer konkreten Berufsorientie-
1920 rung und schafft solide Voraussetzungen für eine qualifizierte berufliche Bildung. Gerade
1921 Hauptschulen erhalten deshalb regelmäßig Förderpreise des Landes für herausragende
1922 schulische Erfolge. Das breite Feld von unterschiedlichen Anliegen, Interessen und Neigun-
1923 gen der Schülerinnen und Schüler wird an den Hauptschulen durch ein differenziertes und
1924 vielfältiges Auswahlangebot an Zusatzkursen ermöglicht, die neben dem Kanon an für alle
1925 verbindlichen Fächern angeboten werden.

1926 ▶ Wir werden die Hauptschule auch für die Integration von praktisch begabten Flücht-
1927 lingskindern bzw. für die Anforderungen von qualitativ hochwertigem inklusivem Un-
1928 terricht mit Abschlussgarantie für alle Schülerinnen und Schüler konzeptionell weiter-
1929 entwickeln.

1930 ▶ Um die Zielsetzung der Berufsförderung noch stärker zu betonen, werden wir dafür sor-
1931 gen, dass Hauptschulen mit beruflichen Schulen, der regionalen Wirtschaft, der Hand-
1932 werkskammer sowie der Industrie- und Handelskammer der jeweiligen Region enger zu-
1933 sammenarbeiten, um in Form von „Bündnissen für Schule, Ausbildung und Beruf“ den
1934 Übergang in den praktischen Beruf zu erleichtern und Wege der schulischen Weiterbil-
1935 dung zu eröffnen.

1936 **Wir wollen zukunfts feste und starke Realschulen.**

1937 Die Realschule nimmt im gegliederten Schulwesen zwischen dem praktischen und dem aka-
1938 demischen Bildungsgang eine wichtige Scharnier- und Mittelposition ein und legt eine wich-
1939 tige Grundlage für eine Berufsausbildung und eine spätere qualifizierte Tätigkeit in Berufen
1940 mit gehobenen Ansprüchen. Sie schafft dadurch günstige schulische Voraussetzungen für
1941 den Übertritt in weitere schulische Bildungsgänge bis hin zur Hochschulreife im Rahmen

- 1942 eines klar definieren und strukturierten Bildungsprofils. Von Vertretern des „längeren ge-
1943 meinsamen Lernens“ wird sie dennoch systematisch diskreditiert und wie zuvor die Haupt-
1944 schule zur „Auslaufschule“ erklärt, obwohl ihre Erfolge unbestreitbar sind und sie in vielen
1945 Städten und Gemeinden unseres Landes nach wie vor über eine große Akzeptanz verfügt.
1946 Die Realschule ermöglicht Aufstieg durch Bildung in geradezu vorbildlicher Weise.
- 1947 ▶▶ Deshalb werden wir die Realschule dem Wunsch vieler Eltern entsprechend schulorga-
1948 nisatorisch wie konzeptionell stärken statt sie langfristig zur Disposition zu stellen.
- 1949 ▶▶ Im Rahmen der Überarbeitung der Lehrpläne werden wir das spezifische Schulprofil der
1950 Realschule stärker betonen und herausarbeiten.
- 1951 ▶▶ Vor allem werden wir im Sinne maximaler Durchlässigkeit für geeignete Schülerinnen
1952 und Schüler den Übergang von der Realschule in die gymnasiale Oberstufe erleichtern
1953 und generell die Kooperation zwischen Gymnasien und Realschulen verbessern.
- 1954 **Wir bekennen uns zu Sekundar- und Gesamtschule.**
- 1955 Wir bekennen uns zu der im Zuge des Schulkonsenses von 2011 eingeführten neuen Schul-
1956 form der Sekundarschule. Sekundarschulen geben kleineren Kommunen, vor allem im länd-
1957 lichen Raum, die Möglichkeit, das Angebot einer weiterführenden Schule vorzuhalten, auch
1958 wenn der demografische Wandel den Fortbestand eigenständiger Haupt- und Realschulen
1959 am Ort nicht mehr erlaubt.
- 1960 Viele Sekundarschulen kämpfen aber bereits kurz nach ihrer Gründung mit sinkenden, exis-
1961 tenzgefährdenden Anmeldezahlen. Dies liegt vor allem daran, dass das Schulministerium
1962 Sekundarschulen einseitig und fälschlicherweise zu „Schulen des längeren gemeinsamen
1963 Lernens“ deklariert hat.
- 1964 ▶▶ Wir werden das Profil der Sekundarschule schärfen und die Bezirksregierungen anwei-
1965 sen, bei der Beratung der Kommunen anders als bisher ausdrücklich auf die im Schul-
1966 konsens vorgesehene kooperative Form der Sekundarschule hinzuweisen.
- 1967 Wir sehen die Gesamtschulen als festen Bestandteil des mehrgliedrigen Schulwesens in
1968 Nordrhein-Westfalen. Gerade als integrative Schulform kommt Gesamtschulen bei der in-
1969 klusiven Beschulung eine hohe Bedeutung und Verantwortung zu.
- 1970 ▶▶ Entscheidend für die Neugründung von Gesamtschulen muss ein objektiv feststellbarer
1971 Bedarf bzw. Elternwillen sein.
- 1972 ▶▶ Wir werden für die Einhaltung der sogenannten „Drittelparität“ (ein Drittel Gymnasias-
1973 ten, ein Drittel Realschüler und ein Drittel Hauptschüler) in der Schülerschaft unserer
1974 Gesamtschulen sorgen. Fehlen Haupt-, Real- oder Sekundarschulen, droht Gesamtschu-
1975 len das Schicksal einer „Restschule“ mit allen gravierenden Konsequenzen für das in-
1976 terne Lernklima und die soziale Ausgeglichenheit.

1977 ▶ Die Gesamtschule ist als integrative Schulform, die in besonderer Weise das Ziel inklusiver Beschulung verfolgt, von Rot-Grün geschwächt worden. Wir wollen sie in ihrer wichtigen Inklusionsarbeit stärken.
1978
1979

1980 **Wir werden die Strukturfrage an unseren Gymnasien klären.**

1981 Die Gymnasien in unserem Land haben zunehmend Probleme, ihrem pädagogischen Auftrag, Schüler auf ein späteres Studium vorzubereiten, nachzukommen. Die Oberstufe muss deshalb in ihrer Qualität gesteigert werden, so dass sie eine echte Vorbereitung auf das Studium darstellt. Mit dem Abitur wird die Hochschulreife verliehen. Darauf müssen sich die Hochschulen verlassen können.
1982
1983
1984
1985

1986 Die Unzufriedenheit mit der rot-grünen Schulpolitik und dem Qualitätsverlust an den Gymnasien drückt sich in dem Wunsch vieler Eltern aus, wieder zu G9-Gymnasien zurückzukehren. Durch die ständigen Veränderungen am G8 durch die rot-grüne Landesregierung hat sich an den Gymnasien nichts verbessert. Dabei stellt die Lösung der Strukturfrage nach einem acht- oder neunjährigen gymnasialen Bildungsgang einen wichtigen Schritt hin zur qualitativen Weiterentwicklung der Gymnasien dar.
1987
1988
1989
1990
1991

1992 Eine Wiedereinführung des G9 ohne Vorbereitung kann es dennoch nicht geben. Es darf keine unnötige Unruhe an den Gymnasien entstehen. Für alle Gymnasien G9 einzuführen, würde diejenigen Schulen benachteiligen, bei denen G8 gut umgesetzt wird und wo die Eltern mit dieser Umsetzung zufrieden sind. Andererseits nähme die Haltung, landesweit alles beim alten zu belassen, die vielen Eltern nicht ernst, die keine Akzeptanz mehr für G8 haben.
1993
1994
1995
1996

1997 ▶ Wir wollen G8 und G9 gleichberechtigt im Schulgesetz verankern und die pädagogische Freiheit der Gymnasien stärken. Sie sollen die Möglichkeit erhalten, individuell entsprechend ihrer Schülerschaft und auch mit Blick auf die örtlichen Bedingungen ihren zukünftigen Bildungsgang zu gestalten.
1998
1999
2000

2001 ▶ Gymnasien, bei denen G8 gut umgesetzt ist und wo die Eltern mit dieser Umsetzung zufrieden sind, können ihren Weg konsequent weitergehen.
2002

2003 ▶ Gymnasien, an denen der Wunsch nach einer Rückkehr zu G9 überwiegt, sollen die Möglichkeit dazu erhalten. Die einmalige Entscheidung für G8 oder G9 soll so schnell wie möglich gefällt werden können, muss aber nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt erfolgen.
2004
2005
2006

2007 ▶ Der Prozess wird vom Schulministerium und den Schulämtern aktiv begleitet und, wo erforderlich bzw. gewünscht, fachlich unterstützt und moderiert. Dabei müssen Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sowie der Schulträger gleichermaßen beteiligt werden.
2008
2009
2010

2011 ▶▶ Die Entscheidung für einen Wechsel aus der bestehenden Struktur treffen die Schulkonferenz und der Schulträger mit Ratsbeschluss. Bei einer Weiterentwicklung zu G9 können neben der Eingangsklasse 5 auch weitere Jahrgänge in den G9-Bildungsgang überführt werden.
2012
2013
2014

2015 **Wir ermöglichen ein echtes G9.**

2016 Die Neugestaltung des G9 darf sich nicht am bisherigen G8-Bildungsgang orientieren, denn
2017 das führte zu einem unechten G9. Unser Konzept für die Neugestaltung eines echten G9
2018 zielt vor allem auf eine Verbesserung der Qualität der Gymnasien.

2019 ▶▶ Wir werden die Verdichtung des Unterrichtsstoffes in der Mittelstufe auflösen, in dem
2020 wir die Jahreswochenstunden auf 180 reduzieren.

2021 ▶▶ Die zweite Fremdsprache wird wieder erst ab der 7. Klasse unterrichtet.

2022 ▶▶ Zur besonderen Förderung von starken und schwächeren Schülern werden wir zusätzliche
2023 Stundenkontingente schaffen.

2024 ▶▶ Zudem werden wir die Lehrpläne und Stundentafel für die Gymnasien mit dem Ziel überprüfen und überarbeiten, die Fachlichkeit des Unterrichts zu stärken.
2025

2026 ▶▶ Auch werden wir zur Vergabe der mittleren Reife nach der Sekundarstufe I in Klasse 10
2027 zurückkehren.

2028 ▶▶ Für Gymnasien mit G9-Bildungsgang werden wir die Möglichkeit des Überspringens einer
2029 Klasse für Schülerinnen und Schüler, die entsprechende Leistungen erbringen, erleichtern und verbessern.
2030

2031 ▶▶ Wir erkennen die Notwendigkeit einer Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den
2032 Schulformen, die wir durch verbesserte Förderkonzepte für Schulwechsler auf das Gymnasium erreichen wollen.
2033

2034 **Wir stärken unsere Gymnasien – G8 wie G9.**

2035 Unabhängig von der Frage, ob das Abitur nach acht oder neun Jahren erreicht wird, kommt
2036 den Gymnasien eine zentrale Bedeutung in unserem gegliederten Schulsystem zu. Es gilt,
2037 unsere Gymnasien zukunftsfest zu machen.

2038 ▶▶ Wir werden Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität an den Gymnasien in Nordrhein-Westfalen ergreifen und die Studierfähigkeit der Studienanfänger verbessern. Dazu gehört die Stärkung der technischen Grundbildung und Nachwuchsförderung, die Grundvoraussetzung für den Innovations- und Technikstandort Nordrhein-Westfalen ist. Die MINT-Fächer an den Gymnasien werden wir zu einem attraktiven Angebot weiter ausbauen. Das Fach Wirtschaft wird im Wahlpflichtbereich gestärkt.
2039
2040
2041
2042
2043

2044 ▶▶ Die Gymnasien sollten durch eine enge Kooperation mit Universitäten und Hochschulen
2045 ihr Profil im Sinne der Wissenschaftspropädeutik schärfen können.

2046 **Wir werden echte Wahlfreiheit zwischen**
2047 **Halbtags- und Ganztagsunterricht schaffen.**

2048 Bei der Einführung der Ganztagschule war die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
2049 das vorrangige Ziel. Inzwischen hat sich diese vorrangige Zielsetzung des Ganztags gewan-
2050 delt: An erster Stelle stehen nun die verbesserte Bildungsqualität und ein Mehr an individu-
2051 eller Förderung. So begrüßenswert dieses Ziel der Bildungsförderung im Ganztags ist, stellt
2052 jedoch auch der Grundgedanke der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiterhin
2053 einen zentralen Gesichtspunkt der Ganztagschule dar. Für Kinder vor allem im Primarbe-
2054 reich ist es besonders wichtig, dass sie neben dem Kindergarten und der Schule über ein
2055 starkes familiäres Umfeld verfügen. Deshalb darf das Angebot des Ganztags nicht zum Hin-
2056 derungsgrund werden, wenn die Familie trotz Berufstätigkeit beider Eltern einmal zusam-
2057 menzukommen möchte, um gemeinsam etwas zu unternehmen.

2058 Für uns stehen Halbtags- und Ganztagsunterricht gleichwertig und gleichberechtigt neben-
2059 einander. Das oberste Gebot ist das Prinzip der Wahlfreiheit für Eltern und Schüler. Einen
2060 flächendeckenden, verbindlichen „Ganztags für alle“ lehnt die CDU Nordrhein-Westfalen
2061 entschieden ab. Deshalb treten wir dafür ein, dass sämtliche Schulformen als Halbtags- wie
2062 als Ganztagsvariante zur Verfügung stehen. Ganztags- und Halbtagszüge sollen, wenn die
2063 notwendigen baulichen wie personellen Voraussetzungen vorhanden sind, dabei prinzipiell
2064 auch parallel an einer Schule geführt werden können.

2065 Bei der Ausgestaltung von Ganztagsangeboten gilt es zu berücksichtigen, dass die Möglich-
2066 keit für außerschulische Aktivitäten wie z. B. sportlicher, künstlerischer, musischer oder the-
2067 rapeutischer Art, erhalten bleibt.

2068 Wir sind sicher, dass flexible Lösungen den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler und
2069 der Eltern und den Möglichkeiten der einzelnen Schulen entgegenkommen.

2070 ▶▶ Wir werden die Konzepte der Ganztagschulen, vor allem der Grundschulen als OGS,
2071 deshalb unter Berücksichtigung der pädagogischen und organisatorischen Planungssi-
2072 cherheit der Schulen und der Schulträger dahingehend überarbeiten, dass die Teilnahme
2073 von Kindern flexibler gestaltet werden kann.

2074 **Wir beenden den Schulleitermangel in Nordrhein-Westfalen.**

2075 Vielen Schulen in Nordrhein-Westfalen, in erster Linie Grund- und Hauptschulen, fehlt ein
2076 Schulleiter. Aktuell sind es mehr als 700 Schulen in unserem Land, die ohne Rektorin oder
2077 Rektor auskommen müssen; damit ist fast jede siebte Schulleiterstelle unbesetzt (13,5 Pro-
2078 zent). Hintergrund ist auch die lang anhaltende Weigerung der rot-grünen Landesregierung,

2079 Rektoren entsprechend ihrer Verantwortung zu besolden. Noch häufiger als Schulleiter feh-
2080 len ihre Stellvertreter: an einem Viertel der Schulen ist dieser Posten nicht besetzt.

2081 ▶▶ Wir werden eine Erhöhung der Besoldung der Konrektoren bei Grund- und Hauptschu-
2082 len auf mindestens A 13 vornehmen und damit die eklatante Ungleichbehandlung der
2083 Konrektoren durch die amtierende Landesregierung korrigieren.

2084 ▶▶ Für eine Entlastung der Schulleiter von Unterrichtsaufgaben werden wir durch den ver-
2085 stärkten Einsatz von Schulverwaltungsassistenten Sorge tragen.

2086 **Wir stärken die Schulsozialarbeit und bauen sie aus.**

2087 Eine gezielte Förderung gerade der leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler und
2088 derjenigen mit einem schwierigen sozialen Hintergrund ist für uns eine Selbstverständlich-
2089 keit.

2090 ▶▶ Deshalb werden wir die Schulsozialarbeit stärken. Sie soll in Kooperation mit der kom-
2091 munalen Jugendhilfe die Schulen und ihre Lehrkräfte in ihren pädagogischen Aufgaben
2092 unterstützen. Ihren Ausbau werden wir vorrangig in sozial schwachen Regionen voran-
2093 bringen und dafür sorgen, dass die Schulsozialarbeit bei Bedarf für alle Kinder und Ju-
2094 gendlichen, unabhängig von ihrer Einordnung in die Strukturen der Sozialgesetzgebung,
2095 zugänglich ist.

2096 **Wir werden für eine gute Ausstattung und ein gutes Lernumfeld** 2097 **an unseren Schulen sorgen.**

2098 Zustand und Ausstattung der nordrhein-westfälischen Schulen sind in einem bedenklichen
2099 Zustand. Lediglich 15 Prozent aller Schulgebäude im Land gelten derzeit als baulich voll-
2100 kommen in Ordnung. Der geschätzte Sanierungsstau beläuft sich auf landesweit ca. 2,45
2101 Milliarden Euro. Zwar handeln die Kommunen als Schulträger hier eigenverantwortlich,
2102 doch trägt die Landesregierung für die eingetretenen Zustände sehr wohl Mitverantwor-
2103 tung. Obwohl der Landeshaushalt seit 2010 um mehr als ein Drittel angewachsen ist, ver-
2104 harret die für den Schulbau vorgesehene Investitionspauschale des Landes auf dem mittler-
2105 weile völlig unzureichenden Niveau von 600 Millionen Euro.

2106 ▶▶ Wir werden in der Landesregierung unsere Verantwortung für die Schulgebäude im Land
2107 ernst nehmen und ein verlässlicher Partner für Kommunen und Schulen sein. Dazu ge-
2108 hört eine regelmäßige und angemessene Erhöhung der Investitionspauschale, um den
2109 Investitionsstau wirksam und nachhaltig abzubauen. Denn dauerhafter Lernerfolg ist
2110 auch vom Umfeld und der Ausstattung der Räumlichkeiten in den Schulen abhängig.

2111

2112 **Wir geben Flüchtlingskindern eine Perspektive.**

2113 In den kommenden Jahren wird die Beschulung und soziale Integration zehntausender
2114 Flüchtlingskinder eine zusätzliche Herausforderung für die Schulen in Nordrhein-Westfalen
2115 bedeuten. Auf diese Herausforderung sind Schulen wie Lehrer durch die rot-grüne Landes-
2116 regierung jedoch nur unzureichend vorbereitet. Es fehlen zusätzliche Lehrerstellen, Räum-
2117 lichkeiten und Unterrichtskonzepte.

2118 ▶▶ Wir werden Eingangsklassen für Kinder und Jugendliche ohne jede Deutschkenntnisse
2119 als Basis für den anschließenden Besuch des Regelunterrichts bilden und darüber hinaus
2120 schulbegleitende, differenzierte Angebote zum verbesserten Spracherwerb schaffen.

2121 ▶▶ Dazu werden wir gezielte Zusatzqualifikationen „Deutsch als Fremdsprache“ für Lehr-
2122 kräfte anbieten.

2123 ▶▶ Auch werden wir pensionierter Fremdsprachenlehrerinnen und -lehrer aktivieren.

2124 ▶▶ Zudem werden wir für eine frühzeitige Feststellung der Potenziale der Kinder und Ju-
2125 gendlichen sorgen, um ihnen eine entsprechende Schullaufbahn an den für sie geeigneten
2126 Schulen zu ermöglichen.

2127 ▶▶ Zur Unterstützung der Lehrkräfte wollen wir multiprofessionale Teams aus Psychologen
2128 und Schulsozialarbeitern an unseren Schulen einsetzen, die vor allem traumatisierte Kin-
2129 der und Jugendlicher intensiv betreuen können.

2130 ▶▶ Wir werden die Vermittlung historisch-politischer Bildung, speziell der Werte und de-
2131 mokratischen Grundprinzipien unserer Verfassung, zu einem zentralen Bestandteil der
2132 Beschulung von Flüchtlingskindern machen, um kulturelle Integration zu erleichtern
2133 und Radikalisierungen frühzeitig zu verhindern.

2134 ▶▶ Wir werden geeignete Rahmenbedingungen für berufsschulpflichtige Flüchtlinge schaf-
2135 fen und dabei Berufskollegs, Weiterbildungskollegs, Volkshochschulen und anderen
2136 Weiterbildungseinrichtungen beteiligen und die Arbeitsvermittlung frühzeitig einbin-
2137 den. Wir werden die Beschulung von geflüchteten Heranwachsenden ohne Schulab-
2138 schluss ermöglichen.

2139 **Wir nutzen die Chancen des digitalen Wandels für die schulische Bildung**

2140 Von der digitalen Revolution können Schule und Bildung natürlich nicht ausgenommen wer-
2141 den. Alles andere wäre ein gefährlicher Anachronismus und würde die Zukunftsfähigkeit
2142 unseres Landes gefährden. Doch kann es nicht darum gehen, analoges Lernen komplett
2143 durch digitalen Unterricht zu ersetzen.

2144 ▶▶ Wir werden für sinnvolle Verzahnungen von analogem und digitalem Lernen sorgen.

2145 ▶▶ Die Medienerziehung in der Schule ist ein erster Schritt zur Selbstbestimmung. Unser
2146 Ziel ist, dass Schülerinnen und Schüler an unseren Schulen Kenntnisse und Kompeten-
2147 zen erwerben, die zu einem verantwortungsvollen, eigenständigen Umgang mit Infor-
2148 mations- und Kommunikationstechniken befähigen.

2149 ▶▶ Entsprechend werden wir das Fach Informatik an allen Schulformen stärken. Wir werden
2150 den Medienkompetenzerwerb in den Fachcurricula aller Schulformen verbindlich veran-
2151 kern.

2152 Digitale Medien eröffnen neue Möglichkeiten für die Gestaltung des Unterrichts und die
2153 Sicherung des Lernerfolgs. So können Lernprozesse durch den Einsatz digitaler Medien in-
2154 teraktiv und adaptiv gestaltet werden und damit Lernhilfen und -hinweise auf Lernvoraus-
2155 setzungen und -möglichkeiten des einzelnen Schülers abgestimmt werden. Der Einsatz di-
2156 gitaler Medien im Unterricht trägt damit nicht nur zum Erwerb einer zeitgemäßen Medien-
2157 kompetenz bei, sondern erweitert auch die Möglichkeiten individueller Förderung.

2158 ▶▶ Wir werden dafür sorgen, dass mittelfristig alle Schulen in Nordrhein-Westfalen über
2159 eine angemessene technische Ausstattung verfügen.

2160 ▶▶ Auch werden wir das digitale Lernen verstärkt in der Lehreraus- und -fortbildung veran-
2161 kern.

2162 ▶▶ Durch den Einsatz qualifizierter Moderator/innen wollen wir die Schulen und Lehrkräfte
2163 durch geeignete Fortbildungsangebote bei ihrer Schul- und Unterrichtsentwicklung im
2164 digitalen Bereich umfassend beraten und begleiten.

2165 **Wir stärken die berufliche Bildung und das duale System.**

2166 Dem dualen Bildungssystem in Deutschland kommt bei der Berufsausbildung eine beson-
2167 dere Bedeutung zu. Es ist ein wichtiger Baustein, um den zukünftigen Fachkräftebedarf in
2168 Deutschland zu decken. Die duale Ausbildung ist keine Sackgasse und auch keine Notlö-
2169 sung, sondern – ganz im Gegenteil – ein attraktiver Weg zu einem Beruf, was sich nicht zu-
2170 letzt auch in den Verdienstmöglichkeiten zeigt.

2171 ▶▶ Wir werden daher mehr als bisher in der Öffentlichkeit deutlich machen, dass für Fach-
2172 kräfte mit abgeschlossener dualer Ausbildung ausgezeichnete Berufsaussichten mit
2173 Aufstiegschancen bestehen.

2174 ▶▶ Um den Einstieg in das duale System zu erleichtern, wollen wir die Praxisorientierung an
2175 den Schulen erhöhen. Vor allem das Handwerk ist auf Bewerberinnen und Bewerber an-
2176 gewiesen, die neben notwendigem theoretischem Wissen vor allem praktische Fertig-
2177 keiten mitbringen. Technisch-praktische Fachkompetenz werden wir entsprechend als
2178 Bildungsstandard in den Lehrplänen verankern.

2179 ▶▶ Zur Stärkung der beruflichen Bildung werden wir die mathematisch-naturwissenschaft-
2180 lichen Fächer gezielt fördern.

2181 ▶▶ Wir werden die Sachausstattung und insbesondere die Personalsituation an unseren Be-
2182 rufsschulen deutlich verbessern. Dazu wollen wir wieder mehr Studienanfänger für das
2183 Studium des Lehramtes an Berufsschulen und Berufskollegs begeistern, die Studienbe-
2184 dingungen verbessern und die Übernahme in den Schuldienst erleichtern. Auch wollen
2185 wir die Übernahme berufserfahrener Meister in den Schuldienst ermöglichen, um vor
2186 allem im technischen Bereich den Lehrermangel zu bekämpfen.

2187 **Unser Ziel ist: Kein Schüler ohne Abschluss.**

2188 Ein zentrales Ziel der Bildungspolitik muss es sein, dass möglichst kein Jugendlicher mehr
2189 die allgemeinbildenden Schulen ohne Abschluss verlässt.

2190 ▶▶ Für Schülerinnen und Schüler, die dennoch einen solchen Abschluss zu verpassen dro-
2191 hen, wollen wir einen neuen Bildungsgang an den Berufsschulen speziell mit Lehrkräften
2192 anbieten, welche über eine eigene sonderpädagogische Ausbildung im Berufsbildungs-
2193 bereich verfügen. Hierzu ist gegebenenfalls ein neuer Zweig der Lehrerausbildung zu
2194 schaffen.

2195 ▶▶ Zu prüfen ist die Einrichtung sonderpädagogischer Berufskollegs. Diese Schulform ist
2196 besonders für die inklusiv unterrichteten Schülerinnen und Schüler mit Behinderung at-
2197 traktiv, die wegen der zieldifferenten Beschulung an einer allgemeinbildenden Regel-
2198 schule keine Chance haben, einen höheren als den Förderschulabschluss zu erwerben.

2199 **Wir werden die Attraktivität von Weiterbildungsangeboten erhöhen.**

2200 Mit ihren Angeboten in den Bereichen Alphabetisierung und elementarer Grundbildung, der
2201 Vermittlung von Sprachkenntnissen für Zugewanderte und Geflüchtete, der beruflichen
2202 Qualifizierung im Rahmen des Konzepts des lebenslangen Lernens sowie Maßnahmen der
2203 politischen Bildung sind die Volkshochschulen und Weiterbildungsinstitutionen in freier
2204 Trägerschaft zu einem tragenden und unverzichtbaren Bestandteil der nordrhein-westfäli-
2205 schen Bildungslandschaft geworden. Die rot-grüne Landesregierung hat es in der Vergan-
2206 genheit versäumt, die politisch gewollte Ausweitung der Bildungsangebote der verschiede-
2207 nen Organisationen der Weiterbildung sach- und fachgerecht auszugestalten und mit den
2208 notwendigen Ressourcen auszustatten. Neben vielen anderen unerwünschten Ergebnissen
2209 hat die rot-grüne Landesregierung u. a. zu verantworten, dass Kursleiterinnen und -leiter
2210 infolge einer unzureichenden Förderung im Rahmen von Landesprogrammen oftmals nur in
2211 prekären Beschäftigungsverhältnissen beschäftigt werden konnten und können.

2212 Die mangelhafte Finanzierung der Weiterbildungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen
2213 gefährdet die erfolgreiche Bewältigung ihrer wichtigen Aufgaben.

2214 ▶▶ Wir wollen deshalb für einen verlässlichen Rahmen der Arbeit der Volkshochschulen und
2215 Weiterbildungsinstitutionen in freier Trägerschaft sorgen. Dieser umfasst neben einer

2216 angemessenen und projektungebundenen Ressourcenausstattung auch die Dynamisie-
2217 rung der institutionellen Förderung durch das Land.

2218 ▶▶ Vor allem wollen wir die personellen und räumlichen Ressourcen der Familienbildungs-
2219 stätten gut und verlässlich absichern. Ferner gilt es, innovative Lehrkonzepte in der Er-
2220 wachsenen- und Familienbildung stärker zu unterstützen und die Initiierung entspre-
2221 chender Programme der Familienbildung zu fördern. Die Chancen der Digitalisierung
2222 müssen auch in der Weiterbildung genutzt werden.

2223 ▶▶ Speziell streben wir an, für die Integration von Flüchtlingen durch die Weiterbildungsein-
2224 richtungen ein Bedarf deckendes Förderprogramm aufzulegen. Mittel aus europäi-
2225 schen Programmen und vom Bund sind dabei einzubeziehen.

2226 ▶▶ Daneben wollen wir über die kommunalen Bildungskordinatorinnen und -kordinato-
2227 ren, die durch den Bund finanziert werden, hinaus den Einrichtungen für Weiterbildung
2228 ein Sonderbudget für die individuelle Bildungsberatung zur Verfügung stellen.

2229 **3. Wissenschaft und Forschung**

2230 Der Erfolg der Wirtschaft, die Sicherung unseres Wohlstandes und der Beschäftigung wie
2231 auch die Zukunftsfähigkeit des ganzen Landes hängen unmittelbar mit der Qualität und der
2232 Innovationsfähigkeit des Hochschulstandorts Nordrhein-Westfalen zusammen. Wir sind
2233 grundsätzlich davon überzeugt, dass die Hochschulen selbst am besten entscheiden kön-
2234 nen, wie und wozu geforscht wird und wie die vorhandenen Mittel möglichst optimal einge-
2235 setzt werden können. Gleichwohl bedarf es einer sorgfältigen Evaluation bisheriger Lehr-
2236 und Forschungsinhalte, um die vorhandenen begrenzten Ressourcen nicht ineffizient zu ver-
2237 schwenden.

2238 In der Zeit des Hochschulfreiheitsgesetzes in den Jahren 2005 bis 2010 waren die Hochschu-
2239 len sehr erfolgreich. Nordrhein-Westfalen galt aufgrund einer sehr autonom gestalteten
2240 Hochschullandschaft als Vorreiter in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik.

2241 Das von der rot-grüne Landesregierung im Jahr 2014 verabschiedete Hochschulgesetz wird
2242 von vielen Studierenden, Professoren, den Hochschulleitungen und Senaten, den Hoch-
2243 schulräten, den Studentenwerken und der Wirtschaft jedoch massiv kritisiert. Das so ge-
2244 nannte „Hochschulzukunftsgesetz“ ist rückwärtsgewandt und atmet den Geist der Bevor-
2245 mundung, des Misstrauens, des Regelungswahns und der Bürokratie.

2246 **Wir stellen die Hochschulfreiheit wieder her.**

2247 Zentrales Element unserer Wissenschaftspolitik ist und bleibt die Freiheit von Wissenschaft,
2248 Forschung und Lehre. Denn erst Freiheit im Denken schafft den nötigen Raum für Kreativität
2249 und Erkenntnisgewinn. Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen dringend eine neue Kultur für

2250 Innovation, Forschung und Entwicklung. Diese Kultur bezieht ausdrücklich wissenschaftliche
2251 Stiftungen mit ein.

2252 ▶▶ Wir werden nach der Regierungsübernahme unverzüglich gemeinsam mit den Hoch-
2253 schulen die Weiterentwicklung und Stärkung des Hochschulstandortes Nordrhein-
2254 Westfalen unterstützen und die überfällige Evaluation der Hochschulgesetzgebung
2255 durchführen, um die 2014 begangenen Fehler zu beheben.

2256 ▶▶ Wir werden Innovationsprozesse in Wissenschaft und Wirtschaft so unterstützen, dass
2257 die Hochschulen ihre wiedergewonnene Freiheit zur Kooperation mit der Wirtschaft
2258 verantwortungsvoll nutzen können. Hier liegt eine besondere Herausforderung, aber
2259 auch Chance insbesondere für die vielen Universitäten und Fachhochschulen im Ruhr-
2260 gebiet, der dichtesten Hochschullandschaft Europas.

2261 ▶▶ Wir wollen die Verzahnung zwischen universitärer Forschung und Lehre auf der einen
2262 und der regionalen Wirtschaft, Unternehmensgründern, Stiftungen, dem innovativen
2263 Mittelstand oder Start-ups auf der anderen Seite stärken.

2264 **Wir wollen Forschungsfreiheit.**

2265 Unseren Hochschulen wurde mit dem Inkrafttreten des Hochschulzukunftsgesetzes im Jahr
2266 2014 die Forschungsfreiheit genommen. Dies drückt sich unter anderem darin aus, dass die
2267 amtierende Landesregierung beispielsweise durch einen eigenen Hochschulentwicklungs-
2268 plan aktiv auf Ziele und Schwerpunkte einer Hochschule und auf Lehre und Forschung in-
2269 haltlich Einfluss nehmen kann.

2270 ▶▶ Wir lehnen jeden unzulässigen Eingriff in das sowohl grundgesetzlich als auch durch die
2271 Landesverfassung Nordrhein-Westfalen verbrieftete Recht der universitären Freiheit von
2272 Forschung und Lehre entschieden ab.

2273 ▶▶ Alle Maßnahmen, Projekte, Ziele und Absichten, die diesen Rechten zuwiderlaufen, wer-
2274 den wir im Sinne des Grundgesetzes und der Landesverfassung ändern. So wollen wir
2275 u. a. die eingeführte Zivilklausel reformieren (Verbot von Forschung, die auch zu militä-
2276 rischen Zwecken genutzt werden könnte), bei der nicht festgelegt wurde, wo eine solche
2277 Forschung beginnt und wann eine Forschung als militärisch nutzbar gilt.

2278 **Wir werden die Qualität des Studiums erhöhen.**

2279 Noch immer brechen zu viele Studierende ihr Studium ab. Betroffen sind rund ein Drittel
2280 aller Studierenden, wobei die Abbruchquote bei den Universitäten höher liegt als an den
2281 Fachhochschulen. Die rot-grüne Landesregierung kümmert sich jedoch mehr um die Symp-
2282 tome als um die Ursachen dieses Problems. Das muss sich ändern.

- 2283 ▶▶ Wir werden schnellstmöglich einen wirklichen Hochschulentwicklungsplan für Nord-
2284 rhein-Westfalen vorlegen. Zu diesem Zweck werden wir eine Hochschulentwicklungs-
2285 kommission unter Beteiligung der Universitäten und Fachhochschulen einsetzen, die in
2286 einem ersten Schritt eine umfängliche Bestandsaufnahme hinsichtlich der Personal- und
2287 Sachausstattung sowie der baulichen Infrastruktur der nordrhein-westfälischen Hoch-
2288 schullandschaft durchführen soll.
- 2289 ▶▶ In einem zweiten Schritt wollen wir konkrete Maßnahmen, welche geeignet sind, Quali-
2290 tät und Effizienz von Forschung und Lehre zu steigern, gemeinsam erarbeiten und um-
2291 setzen.
- 2292 ▶▶ In einer dritten Stufe werden schließlich die einzelnen Studiengänge insbesondere unter
2293 Modernisierungsaspekten evaluiert.
- 2294 ▶▶ Insgesamt sollen die Universitäten wieder vermehrt nach dem Grundsatz der for-
2295 schungsorientierten Lehre arbeiten können, während die (Fach-)Hochschulen ein klare-
2296 res Lehrprofil erhalten. Zudem werden wir die Grundausrüstung der Lehrstühle an den
2297 Universitäten verbessern und sie von unnötigen Verwaltungsaufgaben entlasten.
- 2298 ▶▶ Kurzfristig wollen wir die Hochschulen dabei unterstützen, durch landesweite, freiwil-
2299 lige Eingangstests bereits zu Beginn eines Studiums sicherzustellen, dass Studienanfän-
2300 ger fähig sind, den von ihnen gewählten Studiengang auch erfolgreich abzuschließen.
- 2301 ▶▶ Zudem werden wir uns für eine Intensivierung von Kooperation und Vernetzung zwi-
2302 schen Hochschulen und dem Handwerk sowie der Industrie einsetzen, um Studienab-
2303 brechern ohne Verzögerung und große Hürden Alternativen jenseits eines Studiums
2304 aufzuzeigen.
- 2305 ▶▶ Dirigistische Vorgaben wie Kopfprämien für Studienabschlüsse lehnen wir ab. Damit
2306 kann man zwar einen immer breiteren Zugang zu den Hochschulen ermöglichen sowie
2307 die Zahl der Studierenden und damit auch die Quote der Abschlüsse erhöhen, jedoch
2308 nicht die Qualität an den Hochschulen erhalten, geschweige denn heben. Eine solche
2309 Politik verwechselt konsequent Quantität mit Qualität. Die bisher für die Kopfprämien
2310 zur Verfügung stehenden Mittel werden wir komplett in eine bessere Finanzausstattung
2311 der Hochschulen investieren.

2312 **Wir setzen uns für verbesserte Studienbedingungen ein.**

2313 Im Ländervergleich liegt Nordrhein-Westfalen bei den Pro-Kopf-Ausgaben je Studienplatz bei
2314 den Fachhochschulen auf Platz 14 und bei den Universitäten auf dem letzten Platz. Nicht
2315 besser sieht es bei der Betreuungsrelation (Studierende pro Lehrendem) an Universitäten
2316 aus. Hier hat Nordrhein-Westfalen an den Universitäten bundesweit die schlechteste Be-
2317 treuungsquote. An einer nordrhein-westfälischen Universität kommen im Schnitt auf einen
2318 Lehrenden zwölf Studierende mehr als im Land des Spitzenreiters Thüringen. Dies bedeutet
2319 einen weiteren, eklatanten Standort- und Wettbewerbsnachteil Nordrhein-Westfalens im
2320 Kampf um die besten Köpfe Deutschlands.

- 2321 ▶▶ Wir werden dafür sorgen, dass die Landesregierung ihrer originären Aufgabe nach-
2322 kommt, ausreichend Grundmittel für die Einrichtung von Studienplätzen bereitzustel-
2323 len. Dazu gehört ein angemessenes Studierenden-Lehrenden-Verhältnis ebenso wie die
2324 Vorhaltung einer zeitgemäß ausgestatteten Infrastruktur. Für die Studierenden wollen
2325 wir einen kostenfreien Zugang zur Hochschulbildung sicherstellen.
- 2326 ▶▶ Wir begrüßen eine breite Stipendienkultur zur zusätzlichen Förderung besonders kluger
2327 Köpfe, unterstützen die Kooperationen zwischen Stiftungen und Universitäten und for-
2328 dern auch die Wirtschaft dazu auf, sich auf diesem Gebiet noch stärker als bisher finan-
2329 ziell zu engagieren.

2330 **Wir schaffen gute Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen.**

- 2331 Gute Beschäftigungsbedingungen für das Hochschulpersonal sind ein wesentlicher Beitrag
2332 zur Stärkung des Hochschulstandortes Nordrhein-Westfalen. Demgegenüber haben befris-
2333 tete Beschäftigungsverhältnisse in den zurückliegenden Jahren an Hochschulen immer wei-
2334 ter zugenommen. Hinzu kommt, dass die Grundmittel seit Jahren stagnieren und nur Pro-
2335 jektmittel und zeitlich befristete Mittel (Hochschulpakt) zusätzlich zur Verfügung gestellt
2336 wurden.
- 2337 ▶▶ Für uns ist das sogenannte Tenure Track Verfahren, in dem Nachwuchswissenschaftler
2338 über festgelegte Stufen bei Erbringen von Leistungskriterien in die W-Besoldungsgrup-
2339 pen für Professoren aufsteigen, eines der zukunftsweisenden Konzepte der Nachwuchs-
2340 förderung, das wir noch stärker fördern wollen.

2341 **Wir brauchen mehr digitale Hochschulbildung.**

- 2342 In Nordrhein-Westfalen fehlt es derzeit immer noch an den grundlegenden Voraussetzun-
2343 gen für das digitale Lernen, den digitalen Wissensaustausch und einer Forschungsstrategie
2344 für den Megatrend Digitalisierung in allen Wirtschaftsbereichen. Auch die Digitalisierung
2345 der Verwaltungsabläufe an den Universitäten und Fachhochschulen ist noch nicht so weit
2346 vorangeschritten wie nötig und möglich. Digitalisierung kann nur mit zeitgemäßer Ausstat-
2347 tung erfolgen.
- 2348 ▶▶ Daher werden wir die Hochschulen entsprechend unterstützen, zeitgemäße Software
2349 im Bereich ihrer Lernmanagementsysteme sowie ausreichend frei zugängliche Hard-
2350 ware anzuschaffen.
- 2351 ▶▶ Wir werden gemeinsam mit den Hochschulen ein Anreizsystem begründen, das digitale
2352 Lehr- und Lernformen stärkt und fördert.
- 2353 ▶▶ Um mehr digitale Hochschulbildung zu erreichen, werden wir zudem politische Rahmen-
2354 bedingungen schaffen, die eine hochschulübergreifende Vernetzung ermöglichen und

2355 einheitliche Standards für die kompatible übergreifende Nutzung der IT-Systeme sowie
2356 Internetbasierte Services festlegen.

2357 ▶▶ Es soll geprüft werden, ob zur Sicherung des gleichen Zugangs auf bestehende Open-
2358 Source-Lösungen zurückgegriffen werden kann oder ob diese gegebenenfalls entwickelt
2359 werden können.

2360 ▶▶ Wir wollen ein Koordinierungszentrum schaffen, das eine landesweite Hochschulkooper-
2361 ation in verschiedenen Bereichen initiiert und begleitet.

2362 ▶▶ Für Hochschulen wie Studierende wollen wir eine landesweite, einheitliche Matrikel-
2363 nummer einführen. Sie stellt ein wichtiges Instrument dar, um Ziele wie eine stärkere
2364 vernetzte Hochschule, weniger bürokratischen Verwaltungsaufwand oder ein hoch-
2365 schulübergreifendes Studium zu erreichen.

2366 **Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Hochschulleben verbessern.**

2367 Familienfreundlichkeit, Wohnheimplätze, gute Beschäftigungsbedingungen – diese „wei-
2368 chen“ Standortfaktoren werden angesichts des demografischen Wandels auch an den Hoch-
2369 schulen an Bedeutung gewinnen. Studium und Familiengründung müssen besser miteinan-
2370 der vereinbar werden. Vor dem Hintergrund der verbreiteten Akademiker-Kinderlosigkeit
2371 ist gerade die Familienförderung an den Hochschulen weiter auszubauen.

2372 ▶▶ Wir wollen für eine bessere Vereinbarkeit von Studium und Familiengründung sorgen
2373 und die Familienförderung an den Hochschulen weiter stärken. Dazu gehören ein Aus-
2374 bau der unmittelbar an den Hochschulen gelegenen Kinderbetreuungsplätze sowie eine
2375 Flexibilisierung ihrer Nutzung. Auch müssen dringend Möglichkeiten für eine unterjäh-
2376 rige Aufnahme geschaffen werden. Deshalb ist es notwendig, die Vernetzung zwischen
2377 den Hochschulen und den familienberatenden Einrichtungen und Organisationen wei-
2378 ter zu verbessern.

2379 **Wir brauchen eine leistungsfähige Hochschulmedizin.**

2380 Das gelungene Zusammenspiel von Forschung, Lehre und Krankenversorgung ist nicht nur
2381 die Voraussetzung für eine Hochleistungsmedizin, sondern stellt auch die unerlässliche
2382 Grundlage für die Aus- und Weiterbildung des medizinischen Nachwuchses und damit die
2383 zukünftige Attraktivität des Arztberufs dar.

2384 ▶▶ Wir wollen gemeinsam mit den Universitäten auf eine Reform des Studiengangs Human-
2385 medizin hinwirken. Ziel dabei ist es, den Schwerpunkt Allgemeinmedizin stärker zu ge-
2386 wichten. Diesem Ziel dient auch die Einrichtung weiterer ordentlicher Professuren für
2387 Allgemeinmedizin mit entsprechenden Lehrstühlen an den medizinischen Fakultäten in
2388 Nordrhein-Westfalen.

- 2389 ▶▶ Wir werden darauf hinwirken, dass eine bedarfsdeckende Anzahl von Medizinstudien-
2390 plätzen vorgehalten wird. Dem soll auch eine neue Medizinische Fakultät in Ostwestfa-
2391 len-Lippe dienen, um dem überproportionalen Ärztemangel gerade in dieser Region
2392 wirksam und vorbeugend zugleich zu begegnen. Vergleichbare Planungen anderer Regi-
2393 onen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung, wie aktuell z. B. Südwestfalen
2394 mit dem innovativen Konzept der Universität Siegen zur Schaffung weiterer Medizinstu-
2395 dienplätze, finden mit Blick auf ihre Notwendigkeit und Realisierbarkeit unsere volle Un-
2396 terstützung.
- 2397 ▶▶ Zusätzlich bedarf es eines Stipendienprogramms, das an eine zeitlich begrenzte Ver-
2398 pflichtung zur hausärztlich-ländlichen Tätigkeit gekoppelt wird. Die praktische Ausbil-
2399 dung angehender Mediziner hat an externen Krankenhäusern genauso zu erfolgen wie
2400 an Universitätskliniken.

2401 **IV. Lebensqualität und Nachhaltigkeit**

2402 **1. Lebensqualität, Gesundheit und Pflege**

2403 Unser Land ist durch eine hohe Dichte von Großstädten geprägt, steht aber daneben auch
2404 für weite Landschaften und ländliche Strukturen. Die rot-grüne Landesregierung wird dieser
2405 einzigartigen Vielfalt mit ihrer Politik jedoch nicht gerecht. Ob in der Stadt oder auf dem
2406 Land, für Jung oder Alt, die CDU Nordrhein-Westfalen wird sich nicht zuletzt aus ihrer christ-
2407 lichen Verantwortung für ein gerechtes Gemeinwesen heraus für gute und möglichst gleich-
2408 wertige Lebensbedingungen aller Bürgerinnen und Bürger dieses Landes einsetzen.

2409 **Wir werden eine Gesundheitsversorgung für alle sicherstellen.**

2410 Das oberste Ziel unserer Gesundheitspolitik ist die Sicherstellung einer guten Gesundheits-
2411 versorgung für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen, unabhängig von Wohnort und Ein-
2412 kommen. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich für eine Gesundheitsversorgung ein, die
2413 den Bürgerinnen und Bürgern in der höchstmöglichen Qualität und Erreichbarkeit zur Ver-
2414 fügung steht und die gleichzeitig allen Beschäftigten im Gesundheitswesen eine zukunfts-
2415 sichere Beschäftigung bietet.

2416 ▶▶ Deshalb wollen wir die praktischen Erfahrungen der Ärzte, Apotheker, Pflegeberufe, der
2417 Heil- und Hilfsberufe und der Krankenhäuser deutlich stärker als bisher nutzen. In die-
2418 sem Sinne steht die CDU Nordrhein-Westfalen für eine vernetzte Zusammenarbeit aller
2419 Leistungsbereiche im Gesundheitswesen ein.

2420 ▶▶ Hierzu werden wir den medizinischen und technischen Fortschritt nutzen, insbesondere
2421 die Digitalisierung. Einsatz und Ausbau von telemedizinischen Anwendungen können

2422 beispielsweise im ländlichen Raum eine Sicherstellung der medizinischen Versorgung
2423 unterstützen.

2424 ▶▶ Zudem wollen wir Anreize dafür schaffen, dass junge Leute beruflich vermehrt ein Teil
2425 der Gesundheitsversorgung in Nordrhein-Westfalen werden.

2426 **Wir werden dem Ärztemangel mit gezielten Maßnahmen entgegentreten.**

2427 Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung durch Haus- und Fachärzte ist für die CDU
2428 in enger Zusammenarbeit mit den Organen der Selbstverwaltung eine zentrale Aufgabe.
2429 Leider ist eine ärztliche Grundversorgung heute in immer mehr Dörfern und kleineren Städ-
2430 ten gefährdet, weil ältere Ärzte dort kaum mehr Nachfolger für ihre Praxen finden. Aufgrund
2431 des gleichzeitig stattfindenden demografischen Wandels ist der Ärztemangel eines der
2432 drängendsten Probleme in unserem Land.

2433 ▶▶ Wir werden die Anzahl der Studienplätze im Fach Medizin in Nordrhein-Westfalen aus-
2434 bauen und Anreize für die ärztliche Tätigkeit in einem unterversorgten Gebiet schaffen.
2435 Unter anderem wollen wir eine neue medizinische Fakultät in Ostwestfalen aufbauen
2436 und entsprechende Bestrebungen der Universität Siegen unterstützen.

2437 ▶▶ Jungen Menschen werden wir unabhängig von den derzeit sehr strengen Anforderungen
2438 beim Numerus clausus die Möglichkeit zum Medizinstudium eröffnen, wenn sie dazu
2439 bereit sind, anschließend in einem unterversorgten Gebiet als Arzt tätig zu sein.

2440 ▶▶ Darüber hinaus wollen wir die Freiberuflichkeit in der Medizin erhalten, um Weisungs-
2441 unabhängigkeit und Therapiefreiheit der Ärzte dem zum Schutz der Bürgerinnen und
2442 Bürger zu ermöglichen.

2443 **Wir werden ambulante und stationäre Versorgung stärker vernetzen.**

2444 Egal ob es um die medizinische Versorgung im Allgemeinen oder die Pflege im Speziellen
2445 geht: Ambulante und stationäre Versorgung sind besser zu vernetzen, um auf die individu-
2446 ellen Bedürfnisse des Patienten eingehen zu können. Für uns gilt zum Wohl der Patienten
2447 prinzipiell der Grundsatz „ambulant vor stationär“.

2448 ▶▶ Grundsätzlich werden wir vor allem zwischen ambulanter und stationärer Versorgung
2449 veraltete und ineffektive Trennungslinien abschaffen. Hierzu werden wir beispielsweise
2450 eine Einbindung der Krankenhäuser in die ambulante not- und fachärztliche Versorgung
2451 fördern, wo das für die Sicherstellung einer flächendeckenden gesundheitlichen Versor-
2452 gung nötig ist.

2453

2454 **Wir kümmern uns um die Erhaltung eines flächendeckenden Netzes**
2455 **von modernen Krankenhäusern.**

2456 Die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen weisen in der medizinischen Versorgung eine
2457 hohe Qualität auf. In Zukunft wird es jedoch immer schwieriger, eine ausreichende Zahl von
2458 gut qualifizierten Ärzten und Pflegekräften zu finden. Gleichzeitig müssen unsere Kranken-
2459 häuser den Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft, der Zunahme altersbeding-
2460 ter Krankheiten und Operationen, einem höheren Anteil von Menschen mit Demenz oder
2461 Behinderungen und der zunehmenden Resistenz von Krankenhauskeimen gerecht werden.
2462 Wir brauchen daher für eine hochwertige, innovative, flächendeckende und wohnortnahe
2463 Patientenversorgung besonders leistungsfähige Krankenhäuser. Allerdings wurden die
2464 Ziele einer nachhaltigen Krankenhausfinanzierung und einer bedarfsorientierten Kranken-
2465 hausplanung in den Jahren der rot-grünen Landesregierung deutlich verfehlt. Gerade in
2466 Nordrhein-Westfalen leiden die Krankenhäuser erheblich unter der unzureichenden finan-
2467 ziellen Förderung durch das Land in den letzten Jahren.

2468 ▶▶ Wir bekennen uns ausdrücklich zur Verantwortung des Landes Nordrhein-Westfalen im
2469 Rahmen der dualen Krankenhausfinanzierung und sprechen uns für eine pauschale In-
2470 vestitionskostenförderung und eine deutliche Erhöhung der Investitionsmittel aus –
2471 auch um den Krankenhäusern den technischen und medizinischen Fortschritt zugäng-
2472 lich machen und insbesondere die Chancen der Digitalisierung nutzen zu können.

2473 ▶▶ Den bestehenden Krankenhausstrukturfonds werden wir zielgerichtet für eine patien-
2474 ten- und qualitätsorientierte Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft in Nord-
2475 rhein-Westfalen einsetzen. Die Krankenhäuser selbst haben eine bedarfsgerechte und
2476 verlässliche Mindestpersonalbesetzung zu beachten bzw. sicherzustellen.

2477 ▶▶ Die Krankenhausplanung in Nordrhein-Westfalen muss sich vor allem an der Qualität
2478 der Krankenhäuser ausrichten. Dazu gehört eine verstärkte Zentrenbildung, um best-
2479 mögliche Medizin in allen Teilen des Landes anbieten zu können. Krankenhäuser der
2480 Grundversorgung werden wir zusätzlich zu Zentren für Altersmedizin ausbauen.

2481 **Wir wollen die Arbeit von Palliativmedizin und Hospizen unterstützen.**

2482 Wir sind aus christlicher Verantwortung und im Geist einer humanen Gesellschaft zutiefst
2483 von dem Wunsch durchdrungen, dass niemand alleine sterben bzw. niemand bei der Beglei-
2484 tung eines Sterbenden allein gelassen werden sollte. Schon jetzt haben Hospize und pallia-
2485 tive Dienste eine enorme Bedeutung gewonnen, um jungen und alten Menschen in Nord-
2486 rhein-Westfalen beim Sterben beizustehen. Die Bedeutung palliativer Versorgung wird an-
2487 gesichts einer älter werdenden Gesellschaft weiter zunehmen.

2488 ▶▶ Wir werden den Ausbau von palliativer Versorgung und die Einrichtung von Hospizen
2489 fördern und ein breites ambulantes wie stationäres Angebot voranbringen.

2490 ▶▶ Der Ausbau der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV) wird dabei eine
2491 hervorgehobene Rolle zur Entlastung der versorgenden Angehörigen spielen.

2492 ▶▶ Ehrenamtliche Sterbebegleiter verdienen höchsten Respekt und müssen, so gut es geht,
2493 gefördert und ausgebildet werden.

2494 **Wir wollen den Präventionsgedanken voranbringen.**

2495 Der Präventionsgedanke und die Gesundheitserziehung müssen gestärkt werden, um Wohl-
2496 befinden, Mentalität und Lebensqualität für ein immer länger werdendes Leben zu erhalten
2497 und zu stärken. Die gesundheitliche Prävention als Mittel der Eigenverantwortung jedes Ein-
2498 zelnern für sein gesundheitliches Wohlbefinden hilft dabei sowohl der menschlichen Ge-
2499 sundheit als auch bei der Reduzierung privater wie staatlicher Gesundheitsausgaben.

2500 ▶▶ Wir werden den Gesundheitssport und niedrigschwellige Angebote für Jung und Alt un-
2501 terstützen.

2502 ▶▶ Der Präventionsgedanke und die Gesundheitserziehung sollen fester Bestandteil schu-
2503 lischer Bildung sein.

2504 **Wir werden die Pflege sichern.**

2505 Bei der Frage, wie Pflege angesichts der demografischen Entwicklung in Zukunft sicherge-
2506 stellt werden kann, ist es Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen und die Teilhabe am
2507 gesellschaftlichen Leben so zu gestalten, dass alle pflegebedürftigen Menschen möglichst
2508 lange in ihrer gewohnten Umgebung leben können und gleichzeitig eine menschenwürdige
2509 und qualitativ hochwertige Pflege erfahren. Unser Ziel ist es, dass jeder Pflegebedürftige
2510 die Form seiner Versorgung selbst wählen kann.

2511 ▶▶ Wir werden die Rahmenbedingungen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben so
2512 gestalten, dass alle pflegebedürftigen Menschen möglichst lange in ihrer gewohnten
2513 Umgebung leben können und gleichzeitig eine menschenwürdige und qualitativ hoch-
2514 wertige Pflege erfahren.

2515 ▶▶ Unser Ziel ist es, dass jeder Pflegebedürftige die Form seiner Versorgung selbst wählen
2516 kann. Dazu gehört eine entsprechende Infrastruktur mit bedarfsgerechten Wohnformen
2517 wie z. B. betreutes Wohnen und Hausgemeinschaften.

2518 ▶▶ Die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Erwerbsarbeit wollen wir verbessern. Dies be-
2519 inhaltet unter anderem die verlässliche Vorhaltung einer ausreichenden Zahl von Kurz-
2520 zeitpflegeplätzen sowie Tages- und Nachtpflegeplätzen.

2521 ▶▶ Damit die Pflegenden in Nordrhein-Westfalen ihre gesundheits- und berufspolitischen
2522 Fragen in Eigenverantwortung beraten und entscheiden können, unterstützen wir, so-

2523 weit von den Betroffenen gewollt, nach dem Vorbild anderer Bundesländer die Einrich-
2524 tung einer Landespflegekammer, die als Körperschaft des öffentlichen Rechts aufgebaut
2525 ist.

2526 ▶▶ Wir werden neben grundsätzlich neu geschaffenen Modellen zur Vereinbarkeit von Fa-
2527 milie und Beruf unter anderem bessere Verdienstmöglichkeiten anstreben, um neue An-
2528 reize für den pflegerischen Nachwuchs zu schaffen.

2529 **Wir wollen Nichtraucherschutz ohne Bevormundung.**

2530 Wir treten für einen konsequenten Schutz von Nichtrauchern ein. Die von vielen als Bevor-
2531 mundung empfundenen Maßregelungen des von rot-grün eingeführten Gesetzes lehnen wir
2532 jedoch ab und prüfen Veränderungen, wie sie auch in anderen Bundesländern praktiziert
2533 werden.

2534 **Wir werden Inklusion und Barrierefreiheit verbessern.**

2535 Inklusion, das heißt die Teilhabe von Menschen mit Einschränkungen am gesamten gesell-
2536 schaftlichen Leben, beginnt nicht erst in der Schule und hört auch nicht mit der schulischen
2537 Bildung auf.

2538 ▶▶ Wir werden gemeinsam mit den Landschaftsverbänden Maßnahmen für einen inklusi-
2539 ven ersten Ausbildungsmarkt ergreifen und die geltenden Landesgesetze auf den Ge-
2540 sichtspunkt der allgemeinen Barrierefreiheit hin überprüfen sowie an den notwendigen
2541 Stellen entsprechend modifizieren. Hierbei sollte das Wissen und die Erfahrung der Be-
2542 troffenen entsprechend einbezogen werden.

2543 ▶▶ Familien mit behinderten Kindern sind vielfältigen Belastungen ausgesetzt. Die Beschaf-
2544 fung von Informationen über die Behinderung, rechtliche Ansprüche, mögliche Hilfen,
2545 geeignete Kindertagesstätten etc. gehören dazu. Wir beabsichtigen, in Familienbera-
2546 tungsstellen relevante Informationen zusammenzuführen, damit diese gezielt unter-
2547 stützen können. So wollen wir eine Beratung aus einer Hand für Familien mit behinder-
2548 ten Kindern sicherstellen.

2549 Wir haben ein umfassendes Verständnis von „Barrierefreiheit“ und werden in diesem Sinne
2550 weiter daran arbeiten, Menschen mit Behinderungen und gesundheitlichen Einschränkun-
2551 gen das Leben im Alltag zu erleichtern. Zum Ausbau der Barrierefreiheit setzen wir auf fol-
2552 gende Maßnahmen:

2553 ▶▶ Wichtig ist uns, dass die Information des Landes Nordrhein-Westfalen und der ihr ange-
2554 schlossenen Behörden und Institutionen in barrierefreier Version angeboten werden.
2555 Nur so wird es in Zukunft jedem Bürger unseres Landes möglich sein, sich frei und selb-
2556 ständig ganzheitlich zu informieren.

- 2557 ▶ Die Bewilligungen von Fördermitteln soll nur bei Einhaltung von barrierefreien Stan-
2558 dards erfolgen. Das gilt auch für die Filmförderung sowie den Wohnungs-, Verkehrs und
2559 Kulturbereich.
- 2560 ▶ Die Chancen der digitalen Technologien sind auch zur besseren gesellschaftlichen Teil-
2561 habe zu nutzen. So ist z. B. ein moderner, kostenloser barrierefreier Notruf für Menschen
2562 mit Hörbehinderungen einzuführen und ständig den neuesten technischen Entwicklun-
2563 gen anzupassen.
- 2564 ▶ Wir wollen, dass die gesetzlich vorgeschriebene Barrierefreiheit im ÖPNV bis zum Jahr
2565 2022 umgesetzt wird.

2566 **2. Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

2567 Nordrhein-Westfalen ist reich an unterschiedlichen Lebensräumen und bietet eine große
2568 Vielfalt an verschiedenartigen Kulturlandschaften. Unser Bundesland gehört aber auch zu
2569 den dichtbesiedelsten Flächenländern in der Republik. Die CDU Nordrhein-Westfalen steht
2570 für die Bewahrung der Schöpfung und ein nachhaltiges Wirtschaften mit ihren Ressourcen.
2571 Aus diesem Grund werden wir eine Politik betreiben, die die wirtschaftlichen Entwicklun-
2572 gsmöglichkeiten im ländlichen Raum stärkt und gleichzeitig den Erfordernissen eines moder-
2573 nen Umwelt- und Naturschutzes sowie den Erwartungen aufgeklärter Verbraucher Rech-
2574 nung trägt. Die spezifischen Besonderheiten der vielfältigen nordrhein-westfälischen Land-
2575 schaften wollen wir nicht nur bewahren, sondern im Interesse der Identifikation der Bürger
2576 mit ihrer Heimat stärken und deutlich herausstellen.

2577 Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich zu einer starken heimischen Landwirtschaft, die
2578 unser Land von Beginn an ausgezeichnet hat. Wir wollen die Landwirtschaft als einen leis-
2579 tungsfähigen und vielfältigen Wirtschaftszweig in Nordrhein-Westfalen erhalten und unter-
2580 stützen. Schließlich hängt jeder 8. Arbeitsplatz direkt mit der Agrar- und Ernährungswirt-
2581 schaft zusammen.

2582 Wir erkennen die vielfältigen Leistungen unserer Land- und Forstwirte, unserer Garten-
2583 bauer und der Fischerei ausdrücklich an. Die Aufgaben der „grünen Berufe“ beschränken
2584 sich nicht nur auf die Erzeugung von Lebens- und Futtermitteln, sondern auch auf zahlreiche
2585 Aufgaben im Umwelt- und Naturschutz sowie in der Kultur- und Heimatpflege. Ohne die
2586 jahrhundertelange Tätigkeit der Menschen in der Land- und Forstwirtschaft wären unsere
2587 vielfältigen Kulturlandschaften so nicht vorstellbar und viele wertvolle Lebensräume, die
2588 gerade von bedrohten Tier- und Pflanzenarten benötigt werden, würde es ohne diesen Ein-
2589 satz nicht geben. Ihre vielfältige Arbeit prägt unser Landschaftsbild nachhaltig.

2590 Um diese multifunktionalen Aufgaben wahrnehmen zu können, braucht es eine Land- und
2591 Forstwirtschaft, die wettbewerbsfähig und wirtschaftlich tragfähig ist. Darüber hinaus ste-
2592 hen wir für einen gerechten Ausgleich zwischen der Fortentwicklung von Umwelt-, Natur-

2593 schutz- und Tierschutzstandards und einer tragfähigen wirtschaftlichen Situation der Land-
2594 wirte und ihrer Familien. Unser Leitbild sind dabei vor Ort verwurzelte, familiengeführte
2595 Betriebe.

2596 **Wir wollen wieder gute Rahmenbedingungen für gute Landwirtschaft.**

2597 Als Christdemokraten stehen wir für eine Politik der Zusammenarbeit und Kooperation mit
2598 Landwirtschaft und Verbrauchern. Eine Politik, die ausschließlich auf Ordnungsrecht und
2599 auf Ver- und Gebote setzt, ist für uns nicht akzeptabel.

2600 ▶▶ Bestehende Gesetze werden wir konsequent auf ihre Praktikabilität und ihre Notwen-
2601 digkeit hin überprüfen.

2602 ▶▶ Boden ist die Lebensgrundlage für unsere Bauernfamilien, er darf nicht zum Spekulati-
2603 onsobjekt werden. Wir wollen den Vorrang aktiver ortsansässiger Landwirte beim Kauf
2604 landwirtschaftlicher Flächen und Unternehmensanteile konsequent durchsetzen. Um
2605 der Landwirtschaft den Boden als wichtigste und nicht vermehrbare Grundlage zu erhal-
2606 ten, wollen wir den Flächenverbrauch weiter reduzieren. Dazu muss der Grundsatz In-
2607 nen- vor Außenentwicklung in Städten und Dörfern gestärkt werden.

2608 ▶▶ Auch im Bereich der Kompensationsmaßnahmen können wir nicht mehr so weiterma-
2609 chen. Die Pflege und Entwicklung bereits vorhandener Ausgleichs-, Natur- und Land-
2610 schaftsschutzflächen aus bäuerlicher Hand muss in den Vordergrund rücken. Wir wollen
2611 zudem, dass die Entsiegelung von nicht mehr benötigten Gewerbeflächen (Industriebra-
2612 che) und Verkehrsanlagen hin zu landwirtschaftlichen Nutzflächen als Ausgleichs- und
2613 Ersatzmaßnahmen anerkannt wird. Dasselbe gilt für die ökologische Aufwertung von
2614 Flächen im Rahmen des Vertragsnaturschutzes.

2615 ▶▶ Grundsätzlich fordern wir zudem eine unkompliziertere Neuregelung der europäischen
2616 Agrarförderung. Die beiden Säulen der europäischen Landwirtschaftsförderung wollen
2617 wir sowohl zur Stützung der Einkommen und zur Begrenzung des Risikos als auch zur
2618 Finanzierung von Förderprogrammen beibehalten.

2619 **Wir fördern eine moderne und artgerechte Haltung von Nutztieren.**

2620 Wir fordern eine am Tierwohl orientierte Haltung von Nutz- und Haustieren, die sich an wis-
2621 senschaftlichen Erkenntnissen ausrichtet.

2622 ▶▶ Wir wollen, dass die Ergebnisse der Forschung sinnvollen Eingang in die landwirtschaft-
2623 liche Praxis finden. Eine zentrale Rolle bei der Aus- und Weiterbildung in diesem Bereich
2624 kommt der Landwirtschaftskammer zu. Ihr Fortbestand muss daher gesichert sein.

2625 ▶▶ Erzeugnisse ohne Nachweis der Erfüllung europäischer Tierschutzstandards sollen beim
2626 Import aus Drittstaaten zurückgewiesen werden können.

2627 ▶▶ Gleichzeitig fördern wir mehr gesellschaftliche und politische Akzeptanz für die im Nor-
2628 malfall sehr gute und kontrollierte Haltung von Nutztieren.

2629 **Wir werden Jagd und Fischerei zum Wohl von Natur und Kultur unterstützen.**

2630 Jagd und Fischerei sind nicht nur gelebtes Kulturgut, sondern sind jetzt und in Zukunft ein
2631 Garant für den Arten- und Naturschutz in Nordrhein-Westfalen. Wir werden daher wie in
2632 den vergangenen Jahren gegen eine ideologische Diffamierung von Jagd und Fischerei vor-
2633 gehen und uns für ihre gesellschaftliche Akzeptanz einsetzen.

2634 ▶▶ Die Jagdpolitik der rot-grünen Landesregierung ist ein Schlag ins Gesicht der betroffe-
2635 nen Menschen. Die CDU Nordrhein-Westfalen unterstützt daher ausdrücklich das Be-
2636 gehren der Volksinitiative der Jägerschaft gegen die realitätsfernen und bevormunden-
2637 den Regelungen des Landesjagdgesetzes. Die Misstrauenspolitik der Landesregierung
2638 richtet sich nicht nur gegen die Jägerschaft, sondern gegen den gesamten ländlichen
2639 Raum.

2640 ▶▶ Aus diesem Grund werden wir mit und nicht gegen die Betroffenen ein Landesjagdge-
2641 setz entwickeln, das keinen künstlichen Gegensatz zwischen Naturschutz und Jagd kon-
2642 struiert, naturwissenschaftlichen Erkenntnissen gerecht wird sowie praxistauglich und
2643 tatsächlich nachhaltig ist.

2644 **Wir wollen eine starke Forstwirtschaft für einen gesunden Wald.**

2645 Der Wald hat mit seiner Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion, gerade in unserem Bundes-
2646 land, eine sehr hohe Bedeutung. Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich zu einer nach-
2647 haltig aufgestellten Forstwirtschaft, in der unsere Wälder bewusst wirtschaftlich genutzt
2648 werden. Dem Rohstoff Holz kommt eine wichtige Aufgabe sowohl im Klimaschutz, der er-
2649 neuerbaren Energieversorgung wie der vor- und nachgelagerten Bereiche der Holzwirt-
2650 schaft zu. Damit verbunden gilt es, der Multifunktionalität des Waldes und dem Respekt vor
2651 den Eigentumsrechten unserer vielen privaten Waldbauern gerecht zu werden. Vorschriften
2652 und Regulierungen des Landes, die über das Maß nationaler oder europäischer Regulierung
2653 hinausgehen und so unsere heimische Land- und Forstwirtschaft im europäischen und glo-
2654 balen Wettbewerb benachteiligen, lehnen wir ab.

2655 **Wir setzen auf einen bestandsorientierten und qualitativ hochwertigen** 2656 **Naturschutz.**

2657 Natur- und Umweltschutz bedeutet für uns Respekt, Wertschätzung und Erhalt der land-
2658 schaftlichen Vielfalt. Bei allen politischen Entscheidungen orientieren wir uns am Prinzip
2659 der Nachhaltigkeit, um die Lebensgrundlagen künftiger Generationen und die biologische
2660 Vielfalt unseres Landes zu bewahren. Aus unserer Sicht war es ein großer Fehler, dass diese

2661 Bereiche in den letzten Jahren bewusst gegeneinander ausgespielt wurden. Wir werden da-
2662 gegen einen kooperativen Ansatz im Naturschutz verfolgen und eine neue Partnerschaft
2663 von Naturschutz, nachhaltiger Landnutzung, Wirtschaft und umweltverträglichem Touris-
2664 mus etablieren. Nicht nur Umwelt und Klima, sondern in besonderem Maße auch der Vielfalt
2665 von Fauna und Flora gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Der Erhalt natürlicher Lebens-
2666 räume ist deshalb für uns Verpflichtung und Ziel zugleich.

2667 ▶▶ Wir wollen die Schutzgebiete, Biotope, Naturparke, die Flächen des nationalen Naturer-
2668 bes sowie speziell den Nationalpark Eifel erhalten und sinnvoll weiterentwickeln.

2669 ▶▶ Auch im Naturschutz gilt für uns Qualität vor Quantität, damit nicht immer mehr Nutz-
2670 flächen verschwinden. Wir wollen bestehende Ausgleichsflächen für den Natur- und
2671 Landschaftsschutz qualitativ weiterentwickeln und setzen auf die Entsiegelung und Re-
2672 kultivierung aufgebener Verkehrs-, Industrie- und Gewerbeflächen sowie die Aufwer-
2673 tung von Flächen.

2674 ▶▶ Einer der wesentlichen Grundpfeiler für einen kooperativen Umwelt- und Naturschutz
2675 wird der Vertragsnaturschutz sein. Statt dirigistischer Eingriffe ins Eigentum setzen wir
2676 auf vertragliche Lösungen auf partnerschaftlicher Augenhöhe. Wir wollen die Kompe-
2677 tenz und die Erfahrung aus dem Bereich der Forst- und Landwirtschaft nutzen, um Na-
2678 turschutzleistungen dauerhaft zu gewährleisten.

2679 ▶▶ Fortzuentwickeln sind auch die bessere zeitliche Entkoppelung von Eingriff und Aus-
2680 gleich sowie die Anrechnungsfähigkeit von wechselnden Ausgleichsflächen.

2681 ▶▶ Zur Betreuung der Schutzgebiete und zur Umsetzung der Landschaftspläne setzen wir
2682 auf die Kompetenz der Biologischen Stationen. Bei jeder unteren Naturschutzbehörde
2683 ist eine Biologische Station als gleichberechtigter Zusammenschluss der in ihrem Gebiet
2684 tätigen anerkannten Naturschutzvereinigungen, der Verbände der Landnutzer und der
2685 kommunalen Gebietskörperschaft zu bilden. Die guten Erfahrungen mit den paritätisch
2686 getragenen Stationen wird die Akzeptanz der Biologischen Stationen sowie des Natur-
2687 und Artenschutzes vor Ort stärken.

2688 ▶▶ Das Kleingartenwesen genießt in Nordrhein-Westfalen Verfassungsrang. Kleingärten
2689 sind ein Beitrag für den Naturschutz mitten in unseren Städten und ein Stück nordrhein-
2690 westfälischer Kultur. Hier gilt es sicherzustellen, dass dieses in Zukunft auch so bleibt.
2691 Zu diesem Zweck ist die Mittelvergabe für die ehrenamtlichen Kleingartenvereine zu
2692 entbürokratisieren und zu beschleunigen.

2693 ▶▶ Bewahrung der Schöpfung bedeutet auch, den Verlust der heimischen biologischen Viel-
2694 falt zu stoppen. Dazu werden wir ein aktives Management zu Gunsten von besonders
2695 bedrohten Arten (z. B. bei Feldvögeln und Fischen) und deren Schutz vor Prädatoren
2696 etablieren. Den Rückgang der Insekten werden wir mit der Wissenschaft weiter erfor-
2697 schen, um geeignete Schutzkonzepte zu entwickeln.

2698

2699 **Wir wollen einen wirkungsvollen Umweltschutz.**

2700 Umwelt- und insbesondere Klimaschutz gehen jeden etwas an. Sie müssen daher breite Auf-
2701 merksamkeit finden und sich im Verhalten jedes einzelnen Menschen widerspiegeln. Der
2702 Klimawandel hat eine globale Dimension. Deshalb setzt die CDU Nordrhein-Westfalen nicht
2703 nur auf eine europäische, sondern auch auf eine weltweit abgestimmte Klimapolitik. Eine
2704 isolierte Klimaschutzpolitik auf Landesebene ist dagegen mit Blick auf den europäischen
2705 Emissionshandel und die EU-Klimaschutzziele völlig unwirksam, ja zum Teil regelrecht kont-
2706 rärproduktiv und führt in erster Linie nur zu unverhältnismäßigen finanziellen wie bürokrati-
2707 schen Mehrbelastungen für heimische Haushalte und Unternehmen.

2708 ▶▶ Um unser Land auf die bereits heute wahrnehmbaren bzw. zukünftig wahrscheinlichen
2709 Folgen des Klimawandels vorzubereiten, werden wir unter anderem den Hochwasser-
2710 schutz, insbesondere den Deichbau verstärken. Der Schutz des Menschen vor Umwelt-
2711 gefahren hat für uns auch weiterhin oberste Priorität. Daher wollen wir uns für einen
2712 vorbeugenden Hochwasserschutz einsetzen. Insbesondere beim technischen Hochwas-
2713 serschutz müssen wir den Rückstand der letzten Jahre zügig auflösen. Dazu müssen die
2714 Genehmigungsverfahren für Infrastrukturmaßnahmen für den Hochwasserschutz mo-
2715 dernisiert und deutlich beschleunigt werden. Maßnahmen des Hochwasserschutzes dür-
2716 fen keine gesonderten Ausgleichverpflichtungen auslösen.

2717 ▶▶ Neben einer nachhaltigen Verbesserung der Luftqualität, vor allem in den Ballungsräu-
2718 men, streben wir eine weitere Minimierung des Schadstoffausstoßes an. Dies kann so-
2719 wohl durch die Optimierung bereits vorhandener Technologien wie auch durch die Ent-
2720 wicklung neuer technischer Lösungen vor allem im Verkehrsbereich gelingen.

2721 ▶▶ Bisher getroffene Maßnahmen wie z. B. die Umweltplaketten gilt es zu evaluieren und
2722 an die festgestellten Bedürfnisse anzupassen. Insgesamt setzen wir bei neuen, umwelt-
2723 freundlichen Technologien von Seiten des Staates nicht auf Ge- und Verbote, sondern
2724 nach dem Vorbild der Einführung des Drei-Wege-Katalysators und der Verdrängung des
2725 bleihaltigen Benzins auf Aufklärung, steuerliche Anreizsysteme und einen nachfrageori-
2726 entierten Markt.

2727 ▶▶ Wir werden zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger für eine Ausweitung des Lärm-
2728 schutzes eintreten, beispielsweise durch lärm mindernde Übergangsschwellen an Brü-
2729 ckenbauwerken, Erneuerung des Straßenbelags oder Lärmschutzwände. Neue und inno-
2730 vative Maßnahmen wollen wir fördern. Zugleich werden wir jedoch verhindern, dass
2731 restriktiver Lärmschutz Brauchtumsveranstaltungen wie Karneval und Schützenfeste
2732 gefährdet. Auch treten wir für eine Gesellschaft ein, in der Kinderlärm endlich wieder
2733 als gutes Zeichen für eine lebendige Nachbarschaft wahrgenommen wird. Dem steigen-
2734 den Güterverkehr auf der Rheinbahntrasse und dem damit verbundenen Bedarf an
2735 Lärmschutz- und Übergangsbeseitigungsmaßnahmen muss mit einem Gesamtkonzept
2736 der betroffenen Länder und der Deutschen Bahn Rechnung getragen werden. Bei der

2737 Finanzierung der Maßnahmen muss der Einsatz europäischer Mittel geprüft und sicher-
2738 gestellt werden, dass auf Anliegerkommunen keine finanziellen Mehrbelastungen zu-
2739 kommen.

2740 **Wir wollen einen verlässlichen Verbraucherschutz**
2741 **für gut informierte Verbraucher.**

2742 Der CDU Nordrhein-Westfalen ist der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher ein
2743 besonderes Anliegen und zugleich Verpflichtung. Wir sehen in ihm eine Querschnittsauf-
2744 gabe für viele Teilbereiche. Für uns zählen nicht nur Lebensmittel, sondern auch weitere
2745 Güter des täglichen Bedarfs, Gesundheit, Finanzdienstleistungen, Energie, digitale Informa-
2746 tions- und Kommunikationstechnologien, der öffentliche Nah- und Fernverkehr sowie an-
2747 dere Dienstleistungen, die für den Endverbraucher bestimmt sind, zum Aufgabenfeld des
2748 Verbraucherschutzes. Unsere Verbraucherschutzpolitik folgt dem Leitbild des verantwort-
2749 lich handelnden Verbrauchers.

2750 ► Im Fokus soll zukünftig die Stärkung des mündigen und selbstbestimmten Bürgers ste-
2751 hen, der bei konkreten verbraucherschutzrechtlichen Fragen in den Verbraucherschutz-
2752 zentralen einen sicheren und kompetenten Ansprechpartner vor Ort findet.

2753 ► Wir wollen eine klare Kennzeichnung von Lebensmitteln. Was drin ist, muss auch drauf
2754 stehen. Bei der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung setzen wir weiter auf die zent-
2755 rale Rolle der Kreise und kreisfreien Städte.

2756 ► Wir wollen die Wertschätzung für Lebensmittel wieder erhöhen und ein neues Bewusst-
2757 sein für den Wert unserer Nahrung schaffen. Wir erkennen die Notwendigkeit einer auf-
2758 gewerteten Ernährungsbildung und setzen uns für entsprechende einheitliche Bildungs-
2759 standards an unseren Schulen ein. Es gilt, die Kontakte zu Landwirten und Erzeugern, zu
2760 Köchen, Bäckern oder Fleischern auszuweiten, damit Schülerinnen und Schüler unmit-
2761 telbar Erfahrungen mit der Erzeugung und der Weiterverarbeitung von Lebensmitteln
2762 sammeln können.

2763 **Wir werden unser Trinkwasser schützen.**

2764 Der Schutz unseres wertvollsten Lebensmittels, dem Trinkwasser gilt unser besonderes Au-
2765 genmerk. Deshalb haben wir die Verpflichtung, Fließgewässer, stehende Gewässer und das
2766 Grundwasser vor Gefährdungen zu schützen. Dies soll ohne Überregulierung und mit mehr
2767 Miteinander erreicht werden. Auch beim Wasserschutz verfolgen wir einen kooperativen
2768 Ansatz. Dazu werden wir die Wasserkooperationen zwischen Landwirtschaft und Wasser-
2769 werken stärken und schrittweise auf das gesamte Land ausdehnen.

2770 Die CDU Nordrhein-Westfalen spricht sich klar und eindeutig dafür aus, Fracking unter Ein-
2771 satz von umwelttoxischen Stoffen weiterhin auszuschließen. Die Sicherstellung von saube-
2772 rem Trinkwasser und die Gesundheit der Menschen hat für uns hierbei absoluten Vorrang.

2773 Die hoheitliche Aufgabe der Errichtung der Infrastruktur zur Abwasserbeseitigung, der Was-
2774 serversorgung, der Gewässerbewirtschaftung und des Ausgleichs der Wasserführung soll
2775 nachhaltig unterstützt und die Handlungsoptionen im Sinne ganzheitlicher wasserwirt-
2776 schaftlicher Konzepte und Organisationsoptionen erweitert werden.

2777 **V. Zusammenhalt der Gesellschaft**

2778 **1. Kommunen**

2779 Wir vertrauen in die Leistungskraft und die Leistungsbereitschaft des Einzelnen. Wir setzen
2780 auf Familien und Strukturen, in denen Menschen langfristig Verantwortung für sich und an-
2781 dere übernehmen. Für unsere Kommunen und die Menschen, die sich in der kommunalen
2782 Selbstverwaltung engagieren, wollen wir die Rahmenbedingungen so gestalten, dass sich
2783 ihr Engagement lohnt und Wertschätzung erfährt sowie weitreichende Freiräume für die je-
2784 weils passenden Lösungen entstehen. Es ist unsere feste Überzeugung, dass die Menschen
2785 die Angelegenheiten ihrer örtlichen Gemeinschaft am besten selbst regeln und verwalten
2786 können, dafür bedarf es nicht der Überregulierung des Landes. Aus diesen Gründen wollen
2787 wir Christdemokraten starke Kommunen durch eine starke und gelebte kommunale Selbst-
2788 verwaltung, in der Menschen ihre Lebensbedingungen wirklich selbst beeinflussen und ge-
2789 stalten können. Durch intensive Mitwirkung der Menschen an den Entscheidungen vor Ort
2790 wollen wir die Akzeptanz von Politik und das Vertrauen in demokratische Prozesse stärken.

2791 Nordrhein-Westfalen ist ein Land der großen Städte und der ländlichen Räume. Beide, länd-
2792 liche Regionen und Ballungszentren, gehören untrennbar zur Identität unseres Landes. Die
2793 rot-grüne Landesregierung hat durch ihre Politik bewiesen, dass sie die Stärken und Heraus-
2794 forderungen der Regionen, vor allem im ländlichen Raum, nicht erkennt und deshalb keine
2795 gezielte Strategie für die anstehenden Aufgaben entwickelt hat.

2796 Wir als CDU Nordrhein-Westfalen setzen in unserer Politik darauf, Stadt und Land nicht ge-
2797 gegeneinander auszuspielen, sondern die jeweiligen Stärken weiterzuentwickeln.

2798 Unser Ziel ist das harmonische Zusammenspiel von Stadt und Land unter Bewahrung der
2799 regionalen Identitäten. Nur dadurch ist ein starkes Nordrhein-Westfalen zu erreichen.

2800 **Wir fördern kommunale Selbstverwaltung und geben finanzielle Sicherheit.**

2801 Die kommunale Selbstverwaltung ist für die CDU Nordrhein-Westfalen unverzichtbar. Wir
2802 wollen diese sichern, stärken und weiterentwickeln. Dazu müssen unsere Städte, Gemein-
2803 den und Kreise auch finanziell leistungsfähig sein. Sie benötigen eine auskömmliche, lang-
2804 fristige und verlässliche Finanzausstattung. Als Grundvoraussetzung dafür setzen wir uns
2805 für die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips ein: Das Land muss Aufgaben, die es den
2806 Kommunen zuweist, vollständig, konsequent und zeitnah finanzieren.

- 2807 ▶▶ Wir werden den kommunalen Finanzausgleich so regeln, dass unsere Kommunen finan-
2808 zielle Spielräume erhalten, die sie eigenverantwortlich nutzen können. Um die notwen-
2809 dige Transparenz unserer Maßnahmen zu gewährleisten, werden wir den umfassenden
2810 Gemeindefinanzbericht wieder auflegen.
- 2811 ▶▶ Wir werden das Gemeindefinanzierungsgesetz gerecht, transparent und verlässlich aus-
2812 gestalten. Dazu werden wir jährlich überprüfen, ob die Verteilung der Gesamtfinanz-
2813 masse zwischen Land und Kommunen unter Berücksichtigung aller Finanzmittel und der
2814 Aufgabenwahrnehmung dem Kriterium der Ausgewogenheit entspricht.
- 2815 ▶▶ Wir stärken die Investitionskraft und Selbstverwaltung der Kommunen durch eine Dy-
2816 namisierung und Pauschalierung der bestehenden Investitionspauschalen und werden
2817 diese zu einer nicht zweckgebundenen verstärkten allgemeinen Investitionspauschale
2818 weiterentwickeln.
- 2819 ▶▶ Wir werden den sogenannten „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ einer grundlegenden Re-
2820 form unterziehen. Die von der rot-grünen Landesregierung attestierte Konsolidierung
2821 der Kommunalhaushalte ist in der Hauptsache das Ergebnis drastischer kommunaler
2822 Steuererhöhungen. Als Folge dieser kurzfristigen Strategie wurde die lokale Wirtschaft
2823 geschwächt, Bürgerinnen und Bürger übergebührlich belastet und kommunale Investi-
2824 tionen, insbesondere bei Schulgebäuden und Straßenbau verhindert.
- 2825 Im Gegensatz dazu werden wir vor dem Hintergrund des Zinsänderungsrisikos den Ab-
2826 bau der Liquiditätssicherungskredite (Kassenkredite) in besonderer Weise in den Blick
2827 nehmen und über wirtschaftliche Entwicklungsimpulse zur Stärkung der kommunalen
2828 Steuerkraft beitragen.
- 2829 ▶▶ Wir werden die Aufsicht über die Kommunen von einem reaktiven System zu einem
2830 Frühwarnsystem weiterentwickeln. Dieses Frühwarnsystem soll die Rechtsaufsicht und
2831 die kommunalen Akteure dabei unterstützen, Risiken der kommunalen Haushaltsent-
2832 wicklung frühzeitig und vor allem rechtzeitig zu erkennen um die entsprechenden Ge-
2833 genmaßnahmen einleiten zu können.
- 2834 ▶▶ Wir werden die sogenannte „Einwohnerveredelung“ im Gemeindefinanzierungsge-
2835 setz unter Berücksichtigung der besonderen Aufgaben zentraler Orte prüfen.
- 2836 ▶▶ Wir werden die Steuererhöhungsspirale bei der Grund- und Gewerbesteuer durch die
2837 notwendigen Anreize im kommunalen Finanzausgleich stoppen, damit unsere Städte
2838 und Gemeinden im Standortwettbewerb konkurrenzfähig bleiben.
- 2839 ▶▶ Wir werden Bundesmittel, die dezidiert zur Erledigung kommunaler Aufgaben bestimmt
2840 sind, ohne jede Kürzung oder Einbehalt durch das Land an Kreise, Städte und Gemeinden
2841 weitergeben.
- 2842 ▶▶ Wir wollen als Land Nordrhein-Westfalen die Kosten des Unterhaltsvorschusses gerecht
2843 zwischen Land und Kommunen aufteilen. Die rot-grüne Landesregierung hat die gel-
2844 tende Vereinbarung zwischen Bund und Ländern auf Kosten unserer Kommunen ge-
2845 schlossen. Die Mehrkosten tragen hier nämlich hauptsächlich die Kommunen, die im

2846 Vergleich mit allen anderen Bundesländern am höchsten (80 Prozent) an den Kosten des
2847 Unterhaltsvorschusses beteiligt sind.

2848 ▶▶ Nordrhein-Westfalen gehört zu den Ländern, die den bundesweit höchsten Kommunalisi-
2849 sierungsgrad der Sozialausgaben haben. Die Ausgaben für soziale Leistungen in Nord-
2850 rhein-Westfalen sind im Vergleich der Länder überdurchschnittlich hoch. Wir werden
2851 dem Risiko, dem die nordrhein-westfälischen Kommunen durch steigende Sozialausga-
2852 ben ausgesetzt sind, durch die Einrichtung einer „Task-Force Soziallasten“ entgegenren-
2853 ten.

2854 **Wir begegnen Verunsicherung mit starken Kommunen.**

2855 In einer Welt, die enger zusammenrückt, sind Veränderungen sichtbarer und haben direkte
2856 Auswirkungen auf die Menschen auch bei uns. Die Verunsicherung und die Ängste vieler
2857 Menschen nehmen wir ernst und wollen mehr Orientierung und Halt geben.

2858 Unsere Antwort auf diese Entwicklung sind auch starke Kommunen. Unsere Antwort auf
2859 diese Entwicklung ist Heimat. Sie macht die Menschen stark. Heimat schafft Sicherheit, Ge-
2860 borgenheit, Zusammenhalt und Perspektive.

2861 Dabei umfasst „Sicherheit“ in diesem Zusammenhang alle Lebensbereiche. Ob sich Men-
2862 schen vor Ort wohlfühlen und in einer globalisierten Welt in den Gemeinden und Nachbar-
2863 schaften Heimat finden, hat viel mit Wohlstand, sozialer Absicherung und dem Zusammen-
2864 halt der Menschen zu tun. Bildungs- und Betreuungsangebote, Kultur- und Sozialeinrichtun-
2865 gen, Vereine und Nachbarschaftsnetzwerke aber auch arbeitnehmer- und familienfreundli-
2866 che Unternehmen machen vor Ort die Lebensbedingungen aus.

2867 ▶▶ Der Katastrophenschutz, die Unfallversorgung und die Notdienste funktionieren im Zu-
2868 sammenwirken von Staat, Kommunen und tausenden ehrenamtlichen Helfern vor Ort.
2869 Feuerwehren, Technisches Hilfswerk, Rettungsdienste und freie Träger sind auf das
2870 langfristige und stetige Engagement der Menschen vor Ort angewiesen. Wir werden das
2871 breit vorhandene ehrenamtliche Engagement aufgreifen und uns für eine bessere Koor-
2872 dination und Unterstützung einsetzen. Über Ehrenamtsbörsen und Freiwilligenagentu-
2873 ren wollen wir Angebot und Nachfrage besser zusammenzubringen.

2874 ▶▶ Wir wollen die Vermüllung, mangelhafte Beleuchtung, verschmutzte und zerstörte
2875 Grünanlagen und Gehwege, Sachbeschädigungen, Fassadenschmierereien und den Ver-
2876 fall von Immobilien nicht weiter hinnehmen. Die Menschen wollen in einer sauberen Ge-
2877 meinde, einem sauberen Stadtteil sicher leben. Wir werden die bestehenden Möglich-
2878 keiten des allgemeinen Ordnungsrechts überprüfen und dort, wo es nur ungenügend
2879 Verwahrlosung und „Angst-Räumen“ entgegengewirkt, verbessern.

2880 ▶▶ Wir wollen in Zusammenarbeit mit den Kommunen und den Polizeibehörden mehr qua-
2881 lifiziertes Personal für kommunale Ordnungsdienste verfügbar machen, die den Bürge-
2882 rinnen und Bürgern als sichtbare und kompetente Ansprechpartner zur Verfügung ste-

2883 hen. Über die notwendige finanzielle Ausstattung, eine angemessene Ausrüstung, Uni-
2884 formen, den Einsatz moderner Kommunikationsinstrumente und den notwendigen
2885 rechtlichen Rahmen werden wir das sichere Zusammenleben in den Kommunen verbes-
2886 sern.

2887 ▶▶ Wir setzen uns für mehr Sicherheitspersonal und Videobeobachtung im Öffentlichen
2888 Personennahverkehr ein. Um größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten, werden wir
2889 eine Klärung der Zuständigkeiten zwischen Bundespolizei, Landespolizei, Ordnungsäm-
2890 tern und privaten Sicherheitsunternehmen herbeiführen. Darüber hinaus halten wir es
2891 für notwendig, dass Bürgermeister und Landräte rechtsverbindliche Aussagen zu Sicher-
2892 heitskonzepten im Nahverkehrsplan fixieren.

2893 **Wir unterstützen unsere Kommunen bei der Integration**
2894 **und bei der Rückführung von Flüchtlingen.**

2895 Die Integration von Flüchtlingen, die dauerhaft in Deutschland bleiben können, bedeutet
2896 für die Kommunen eine besondere Herausforderung. Bei ihrer Bewältigung sind sie auf die
2897 Unterstützung und Solidarität des Landes zwingend angewiesen. Das gleiche gilt für die
2898 Rückführung abgelehnter Asylbewerber, die nicht den Kommunen aufgebürdet werden
2899 darf.

2900 ▶▶ Wir werden den Kommunen alle notwendigen kommunalen Flüchtlingskosten erstatten.
2901 Dabei stellen wir sicher, dass eine stärkere Berücksichtigung von Ausreisepflichtigen
2902 und Geduldeten erfolgt. Dies stellt auch für das Land einen finanziellen Anreiz dar, seine
2903 Anstrengungen bei der Rückführung, sei es als freiwillige Ausreise oder als Abschiebung,
2904 zu verstärken und zu intensivieren;

2905 ▶▶ Wir stellen sicher, dass den Kommunen nur noch Asylbewerber zugewiesen werden, die
2906 auch eine tatsächliche Bleibeperspektive haben und einen Schutzanspruch geltend ma-
2907 chen können. Menschen ohne Bleibeperspektive oder aus sicheren Herkunftsländern
2908 sollen künftig nicht mehr auf die Kommunen verteilt werden, damit sich die Städte und
2909 Gemeinden auf die Integration derjenigen konzentrieren können, die mittelfristig in
2910 Deutschland bleiben

2911 ▶▶ Es ist notwendig, dass all diejenigen, die kein Bleiberecht in Deutschland haben, in ihre
2912 Heimat zurückkehren. Dafür muss das geltende Recht konsequent angewandt werden.
2913 Um die Kommunen zu unterstützen, werden wir die Aufgabe der Rückführungen künftig
2914 zentral vom Land gesteuert, aus den Landeseinrichtungen heraus vollziehen.

2915

2916 **Wir stehen für leistungsfähige Kommunalstrukturen**
2917 **und eine gelebte Kommunalverfassung.**

2918 Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich zum Konnextitäts- wie auch zum Subsidiaritäts-
2919 prinzip gerade im Verhältnis des Landes zu seinen Kreisen, Städten und Gemeinden.

2920 ▶▶ Wir werden das Dienstrecht der Bürgermeister, Oberbürgermeister und der Landräte
2921 umfassend erneuern und auf eine neue und stabile Grundlage stellen. Wir wollen in die-
2922 sem Gesetz alle Fragen zum Dienstrecht, zur Versorgung und zur Vergütung zusammen-
2923 fassen Es muss darum gehen, das Amt des Bürgermeisters zu stärken und attraktiv aus-
2924 zugestalten.

2925 ▶▶ Wir wollen den Kommunen wieder mehr Entscheidungsfreiheit geben und dafür rot-
2926 grüne Überregulierung und Überbürokratisierung abschaffen.

2927 ▶▶ Wir werden mit einem Dialog-Verfahren zur Standardüberprüfung und einem Gesetz zur
2928 Erprobung kommunaler Standards für den Abbau überflüssiger Normen sorgen.

2929 ▶▶ Den Beispielen Hessen und Thüringen folgend, wollen wir gemeinsam mit den kommu-
2930 nalen Spitzenverbänden ein Kompetenzzentrum „Kommunale Kooperationen für Inter-
2931 kommunale Zusammenarbeit“ gründen und parallel dazu ein Förderprogramm für kom-
2932 munale Kooperationen auflegen, um Effizienz und Synergieeffekte zu steigern und Kos-
2933 ten zu minimieren.

2934 **2. Integration**

2935 Nordrhein-Westfalen hat eine besonders lange, reiche und vielfältige Einwanderungsge-
2936 schichte vorzuweisen. Unser Land hat wie kein anderes Erfahrungen mit Menschen aus an-
2937 deren Ländern und Kulturen gemacht; seine einzelnen Landesteile, insbesondere das Rhein-
2938 land und das heutige Ruhrgebiet, sind bereits seit Jahrhunderten von Zuwanderung geprägt.
2939 Heute besitzen rund 25 Prozent unserer Bevölkerung eine Zuwanderungsgeschichte, haben
2940 in unserem Bundesland ein neues Zuhause und eine neue Heimat gefunden.

2941 Zugleich bringt Vielfalt auch besondere Herausforderungen mit sich. Weil wir wollen, dass
2942 das Zusammenleben in Vielfalt gelingt, nimmt für uns als CDU Nordrhein-Westfalen eine
2943 funktionierende Integration eine zentrale Rolle ein. Sie ist eine politische Querschnittsauf-
2944 gabe, die alle Bereiche der Landespolitik betrifft. Integration muss für uns als Gesamtkon-
2945 zept von Familien-, Bildungs-, Sozial-, Gesundheits-, Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Innen-
2946 politik, aber auch der Migrations- und Flüchtlingspolitik begriffen werden. Wir sind über-
2947 zeugt, dass Integration nur bei einer ganzheitlichen Vorgehensweise wirklich gelingen kann.

2948

2949 **Wir wollen ein respektvolles und tolerantes Miteinander.**

2950 Jeder, der dauerhaft in Nordrhein-Westfalen lebt, steht unabhängig von Herkunft, Religion,
2951 Geschlecht oder Kultur, unter dem Schutz von Artikel 1 des Grundgesetzes und muss die
2952 Möglichkeit erhalten, am sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teil-
2953 nehmen zu können. Nur gleichberechtigte Teilhabe und ein wechselseitiges Verständnis
2954 führen zu einer Identifikation aller mit unserem Land und zu einem friedlichen, respektvol-
2955 len und toleranten Miteinander. Wir wenden uns gegen alle, die unser Land spalten wollen.

2956 Gerade als Land mit einer großen Zahl von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte müssen
2957 wir in Nordrhein-Westfalen eine gemeinsame Leitkultur pflegen, die für das Zusammenle-
2958 ben der Menschen eine verbindliche Grundlage bildet und unsere vielfältige Gesellschaft
2959 zusammenhält. Fundament einer solchen Leitkultur sind unsere christlich-jüdisch-abendlän-
2960 dischen Wurzeln und die Werte der Aufklärung, wie sie in unserem Grundgesetz und in der
2961 Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen ihren Niederschlag gefunden haben. Verfas-
2962 sungsstreue alleine ist jedoch nicht ausreichend. Es ist genauso wichtig, gemeinsame Wer-
2963 tegrundlagen zu definieren. Für uns ist dabei klar,

2964 ▶▶ dass das Erlernen der deutschen Sprache unverhandelbare Voraussetzung für das gelin-
2965 gende Zusammenleben in Deutschland ist,

2966 ▶▶ dass Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nicht durch die Meinungs-
2967 freiheit gedeckt sind,

2968 ▶▶ dass das Existenzrecht Israels nicht verhandelbar ist,

2969 ▶▶ dass Auseinandersetzungen in den Heimatländern vieler Migranten nicht auf unseren
2970 Straßen ausgetragen werden dürfen,

2971 ▶▶ dass die eigene Religionsfreiheit dort endet, wo der Glaube oder Rechte des Anderen
2972 betroffen ist,

2973 ▶▶ dass Verweigerungen am Schulunterricht oder schulischen Aktivitäten nicht mit kultu-
2974 rellen oder religiösen Unterschieden begründet werden dürfen,

2975 ▶▶ dass sogenannte Parallelgesellschaften oder No-Go Areas entschlossen bekämpft wer-
2976 den müssen.

2977 **Für uns ist Arbeit einer der wichtigsten Integrationsmotoren.**

2978 Im Zeitalter von Globalisierung und demografischem Wandel ist für Nordrhein-Westfalen
2979 die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte unverzichtbar. Wir stehen mit anderen Regionen
2980 in Deutschland wie auch mit den übrigen europäischen Ländern in einem Wettbewerb um
2981 die besten Köpfe.

2982 ▶▶ Wir wollen und werden weiterhin die treibende Kraft für die Gestaltung des Aufsteiger-
2983 und Integrationslandes Nordrhein-Westfalen sein.

- 2984 ▶▶ Wir werden Nordrhein-Westfalen insbesondere für hochqualifizierte Fachkräfte noch
2985 attraktiver machen. Einen speziellen Fokus wollen wir dabei darauf legen, ausländische
2986 Studierende, die ihre Ausbildung an nordrhein-westfälischen Hochschulen absolviert
2987 haben, anschließend bei uns zu halten.
- 2988 ▶▶ Wir werden auf dem Arbeitsmarkt durch geeignete Instrumente in der Bewerbungs-
2989 phase Diskriminierungen verhindern. Unter anderem bringen viele Zuwanderer Quali-
2990 fikationen aus ihren Herkunftsländern mit, von denen unser Arbeitsmarkt trotz eines An-
2991 erkennungsgesetzes nicht profitiert, u. a., weil Anerkennungsverfahren überbürokrati-
2992 siert und langwierig sind.
- 2993 ▶▶ Wir werden prüfen, wie wir das Anerkennungsgesetz verbessern und die Anerkennung
2994 von im Ausland erworbenen Abschlüssen – unter Beibehaltung der notwendigen Quali-
2995 tätsanforderungen – beschleunigen können.
- 2996 ▶▶ Für die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt werden wir enger mit den Un-
2997 ternehmern, Verbänden und Kammern kooperieren und verbindliche Angebote machen.
2998 Nach bayerischem Vorbild wollen wir in einem Pakt für Integration mit der Wirtschaft
2999 konkrete Ziele für die Schaffung von Praktikums- und Ausbildungsplätzen formulieren.
3000 Wir werden Unternehmen von unnötiger Bürokratie befreien, die der Einstellung von
3001 Flüchtlingen oft im Wege steht und nicht zwangsläufig erforderlich ist.
- 3002 ▶▶ Die durch den Bund dem Land Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellte Integrati-
3003 onspauschale werden wir künftig zwingend und ohne Umwege oder Kürzungen an die
3004 Kommunen weiterleiten. Die wachsende Gesamtaufgabe der Integration und Eingliede-
3005 rung ist jedoch noch immer nicht nachhaltig finanziert, da auch die Bundeshilfen auf drei
3006 Jahre begrenzt sind. Eine CDU-geführte Landesregierung wird deshalb zeitnah mit dem
3007 Bund in Verhandlungen treten, um wirksame Lösung für eine dauerhaft gesicherte Aus-
3008 finanzierung dieser Aufgaben zu finden.
- 3009 **Für uns ist Bildung einer der wirksamsten Integrationsmaßnahmen.**
- 3010 Neben der Arbeit gehört die Bildung zu den wirksamsten Integrationsmaßnahmen. Eine
3011 gute Schulbildung und ein erfolgreicher Abschluss prägen den weiteren Integrationspro-
3012 zess. Grund für die oftmalige Ungleichheit im Bildungsbereich ist nicht der ethnische, son-
3013 dern vor allem der soziale Hintergrund und auch oft die fehlende Unterstützung aus dem
3014 Elternhaus.
- 3015 ▶▶ Wir werden durch gezielte Förderung an Grundschulen zu mehr Chancengerechtigkeit
3016 beitragen. Hierbei ist auch die Einbindung der Eltern wichtig.
- 3017 ▶▶ Unsere vielfältige Kita-Landschaft (z. B. die Familienzentren) spielt für uns hierbei
3018 ebenso eine wichtige Rolle als Partner wie unsere Lehrkräfte an den Schulen.
- 3019 ▶▶ Wir wollen mit einer gezielten Ausbildung an den Universitäten die künftigen Lehrerinnen
3020 und Lehrer besser auf Klassen mit sprachlicher und kultureller Vielfalt vorbereiten

3021 und allen Pädagogen durch entsprechende Fortbildungsangebote fortlaufend Unter-
3022 stützung anbieten.

3023 ▶▶ Wir wollen, dass Flüchtlinge mit Bleibeperspektive künftig schon in ihrer Erstunterkunft
3024 Sprach- oder Alphabetisierungskurse angeboten bekommen. Ebenso werden wir uns
3025 beim Bund dafür einsetzen, dass die Angebote der Integrationskurse bedarfsgerecht für
3026 Menschen mit Bleibeperspektive ausgebaut werden.

3027 ▶▶ Jungen Flüchtlingen, die erst mittelbar oder unmittelbar vor ihrer Volljährigkeit unser
3028 Bundesland erreichen, wollen wir den Schulbesuch ermöglichen.

3029 **Wir verstehen Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.**

3030 Die Kommunalen Integrationszentren (KIs) leisten eine hervorragende Arbeit in unseren
3031 Kreisen und kreisfreien Städten. Die Herausforderungen, vor denen sie stehen, sind jedoch
3032 nicht überall gleich.

3033 ▶▶ Wir wollen künftig die Förderungen für die KIs am tatsächlichen Bedarf orientieren. Da-
3034 neben werden wir den nichtstaatlichen Akteuren der Integrationspolitik, u.a. den Wohl-
3035 fahrtsverbänden, Kirchen und Vereinen, wieder mehr Aufmerksamkeit schenken. Integ-
3036 rationspolitik sollte nicht als allein staatliche, sondern als gesamtgesellschaftliche Auf-
3037 gabe angesehen werden.

3038 ▶▶ Die Integrationspolitik in unserem Land leidet in besonderem Maße an einer ausufernden
3039 Projektorientierung. Ihr fehlt es dadurch an Kontinuität, Berechenbarkeit und Zu-
3040 verlässigkeit.

3041 **Wir setzen uns für eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen** 3042 **mit Bleibeperspektive.**

3043 Die Unterbringung der zu uns kommenden Flüchtlinge stellt für das Land wie auch die Kom-
3044 munen eine große Herausforderung dar.

3045 ▶▶ Wir setzen uns landesweit für eine schnelle Integration in Form einer dezentralen Un-
3046 terbringung von Asylbewerbern mit hoher Bleibeperspektive ein. Viele Kommunen in
3047 unserem Land verfolgen bereits dieses Modell der Unterbringung, konnten sich durch
3048 den schnellen und enormen Anstieg der Flüchtlingszahlen jedoch nicht mehr daran hal-
3049 ten.

3050 ▶▶ Wir wollen uns ebenso dafür einsetzen, dass Modell der privaten Unterkunft in unserem
3051 Bundesland zu forcieren. Wir wollen deshalb Kommunen dabei begleiten, diese Art der
3052 Unterkunft stärker anzubieten.

3053

3054 **Wir stärken die Anerkennungskultur bei Spätaussiedlern.**

3055 Millionen von deutschen Heimatvertriebenen, Aus- und Übersiedlern und Spätaussiedlern
3056 haben wesentlich zur Geschichte Nordrhein-Westfalens beigetragen.

3057 Mehr als ein Fünftel der heutigen Bevölkerung Nordrhein-Westfalens besitzt Wurzeln in den
3058 Gebieten des ehemaligen deutschen Ostens, in den ost-, südost- und mitteleuropäischen
3059 Staaten mit deutschen Minderheiten sowie den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Die
3060 große Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler ist ein lebendiges Vorbild
3061 für das Gelingen früherer, heutiger und zukünftiger Integrationsprozesse. Gerade viele
3062 Russlanddeutsche bedürfen jedoch angesichts ihrer starken Prägungen durch die russische
3063 Kultur und Sprache besonderer Aufmerksamkeit, Wertschätzung und Unterstützung durch
3064 die Mehrheitsgesellschaft, um der Gefahr des Entstehens von Parallelwelten mitten in Nord-
3065 rhein-Westfalen frühzeitig entgegenzuwirken. Dazu gehört die offizielle Anerkennung ihrer
3066 meist sehr guten Ausbildungen und beruflichen Qualifikationen.

3067 ▶▶ Wir werden deshalb speziell für Spätaussiedler die Anerkennung der im Ausland erwor-
3068 benen Berufsabschlüsse bzw. Qualifikationen auf Landesebene besser organisieren und
3069 zügiger durchführen. Der entstandene Bearbeitungsstau muss umgehend aufgelöst
3070 werden. Durch zusätzliche Investitionen in berufliche Qualifizierungsmaßnahmen sol-
3071 len die Betroffenen wo erforderlich schließlich in die Lage versetzt werden, Berufe ge-
3072 mäß der von ihnen zuvor erworbenen Abschlüsse tatsächlich ausüben zu können.

3073 ▶▶ Schließlich wollen wir die bestehende Diskriminierung von Spätaussiedlern bei der Ren-
3074 tenberechnung nicht länger tatenlos hinnehmen, sondern beim Bundesgesetzgeber auf
3075 eine gerechte und ausreichende Besserstellung heutiger und künftiger deutscher Ren-
3076 tenbezieher aus Osteuropa drängen.

3077 **3. Kultur, Medien, Religionsgemeinschaften, Ehrenamt und Sport**

3078 Kultur ist die Grundlage unserer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft. Unsere
3079 Werte und unser Selbstverständnis kommen in kulturellen Formen zum Ausdruck. Unser
3080 Land ist mit dem Reichtum seiner vielfältigen Regionen und seines kulturellen Erbes ein Kul-
3081 turland ersten Ranges, nicht nur in Deutschland, sondern auch im europäischen und globa-
3082 len Maßstab. Als kulturelles Alleinstellungsmerkmal sind in Nordrhein-Westfalen Kultur-
3083 und Industriegeschichte untrennbar mit- und ineinander verwoben. Sie bedingen sich ge-
3084 genseitig.

3085 Die rot-grüne Landesregierung hat die Kulturpolitik zu einer Nebensache degradiert. Mit
3086 uns wird Kultur auch politisch wieder wichtig werden. Wir wollen Rahmenbedingungen set-
3087 zen und verbessern, in denen sich kulturelles Leben entfalten kann. Dies gilt gleichermaßen
3088 für die Medienlandschaft, für das religiöse Leben und das ehrenamtliche Engagement, das
3089 unsere Gesellschaft so besonders macht. Auch der Sport spielt für den Zusammenhalt un-
3090 serer Gesellschaft eine außerordentliche Rolle und muss daher gefördert werden.

3091 **Wir wollen der Kultur wieder ihren Stellenwert in der Landespolitik geben.**

3092 Bei Kulturpolitik auf Landesebene im modernen Verständnis geht es nicht allein um die Un-
3093 terhaltung von Theatern, Orchestern, Museen und anderen Kultureinrichtungen oder -pro-
3094 grammen, sondern zuallererst um die persönliche Kultur eines jeden einzelnen von uns.

3095 Das Wissen um Geschichte, um die eigene kulturelle Identität und die anderer Kulturen, um
3096 die kulturelle Bedeutung der Religionen hier und in anderen Ländern gehört ebenso dazu
3097 wie die unmittelbare Begegnung mit der Kunst der Vergangenheit und der Gegenwart. Die
3098 Stärke eines Gemeinwesens hängt für uns ganz wesentlich auch von der Stärke der Kultur
3099 seiner Bürgerinnen und Bürger ab.

3100 ▶▶ Wir wollen an unsere erfolgreiche Kulturpolitik von 2005-2010 anknüpfen und einen
3101 neuerlichen kulturpolitischen Aufbruch wagen.

3102 ▶▶ Den skandalösen Ausstieg des Landes aus der Denkmalpflege werden wir rückgängig
3103 machen und die Mittel zum kulturellen Substanzerhalt erhöhen. Der Erhalt unseres Er-
3104 bes, Restaurierung und stille wissenschaftliche Bearbeitung ist ebenso zu fördern wie
3105 die Pflege mündlicher Überlieferungen, Mundarten, Brauchtümer und Traditionen.

3106 ▶▶ Die Kommunaltheaterzuschüsse werden wir schrittweise anheben. Wir streben in einem
3107 neuen Theaterpakt kostenlosen Eintritt für Kinder und Jugendliche an.

3108 ▶▶ Die Förderung von Maßnahmen der Kulturellen Bildung werden wir ebenfalls verstärken
3109 und dabei die Aufgaben zwischen Kultur und Schule grundlegend neu verteilen. Projekte
3110 wie den „Kulturrucksack“ oder „Jeki“ (Jedem Kind ein Instrument) werden wir evaluieren
3111 und bedarfsgerecht weiterentwickeln. Für öffentliche Museen und Erinnerungsorte stre-
3112 ben wir nach dem Beispiel von Theatern und Opern gleichfalls freien Eintritt für Kinder
3113 und Jugendliche an.

3114 ▶▶ Wir werden die Bibliotheksförderung unter Einschluss der kirchlichen und freien Büche-
3115 reien insbesondere im ländlichen Raum massiv aufstocken und den Ausbau von Büche-
3116 reien und anderen Kulturinstituten zu „dritten Orten“ fördern. In Nordrhein-Westfalen
3117 gibt es immer noch unzählige Gemeinden, die über keine bzw. allenfalls eine kirchliche
3118 Bücherei verfügen. Gerade hier, aber auch andernorts bietet sich an, neue oder beste-
3119 hende Kultureinrichtungen wie Bibliotheken nach dem Vorbild anderer europäischer
3120 Länder zu sog. „dritten Orten“ auszubauen, an denen auch andere Kulturanbieter aus
3121 der Umgebung (z. B. Volkshochschulen, Musik- und Kunstschulen, soziokulturelle Zen-
3122 tren etc.), ihre Angebote machen können, ohne eine eigene Einrichtung unterhalten zu
3123 müssen.

3124 ▶▶ Wir werden alle verstreuten landesgesetzlichen Regelungen zur Kultur endlich in einem
3125 „Kulturgesetzbuch“ zusammenfassen und hierbei u.a. auch gesetzlich regeln, dass die
3126 Finanz- und Rechtsaufsichtsbehörden des Landes über die Kommunen nicht nur deren
3127 finanzielle Handlungsfähigkeit, sondern auch deren kulturelle Substanz für die Zukunft
3128 zu sichern haben.

3129 ▶▶ Landesgeschichte und Landesidentität gehören untrennbar zusammen. Aus diesem
3130 Grund werden wir die Idee eines „Hauses der Geschichte Nordrhein-Westfalens“ in un-
3131 mittelbarer Nähe zum Landtag wieder aufgreifen und Experten aus Universitäten, Insti-
3132 tuten, Museen und Publizistik, Landtag und Landesregierung ein unabhängiges und vor
3133 allem überparteiliches Konzept entwickeln lassen, wie das jüngst eröffnete, sehr erfolg-
3134 reiche „Haus der nordrhein-westfälischen Parlamentsgeschichte“ in der Villa Horion an
3135 diesem oder einem anderen geeigneten Standort zu einem universellen „Haus der Lan-
3136 desgeschichte“ weiterentwickelt werden kann.

3137 Zu unserem Geschichtsverständnis gehört neben der Landesgeschichte jedoch auch eine
3138 den Anforderungen unserer Zeit entsprechende Erinnerungskultur. Die CDU Nordrhein-
3139 Westfalen wird die von der Landesregierung vorgelegte „Neukonzeption der Erinnerungs-
3140 kultur und strukturellen Absicherung der Gedenkstättenarbeit in Nordrhein-Westfalen“
3141 konsequent weiterentwickeln. Dazu gehört auch die institutionelle wie sachliche Stärkung
3142 der historisch-politischen Tätigkeit der Landeszentrale für politische Bildung zur Verbesse-
3143 rung der geschichtlichen und politischen Allgemeinbildung und damit zu einer wirksamen
3144 Prävention gegen politischen wie religiösen Extremismus bzw. Fundamentalismus jeder Art.
3145 Leitlinie unseres erinnerungskulturellen Verständnisses ist eine an Demokratie, Grund- und
3146 Menschenrechten entwickelte Darstellung des sogenannten „kurzen 20. Jahrhunderts“, die
3147 mit dem Ersten Weltkrieg beginnt und über den Nationalismus und Holocaust als Mittel-
3148 punkt bis hin zu Genoziden, Vertreibungen, Stalinismus und SED-Diktatur reicht.

3149 ▶▶ Wir werden gezielt Kooperationen zwischen den sehr erfolgreich arbeitenden NS-Ge-
3150 denkstätten und den im Sinne des § 96 Bundesvertriebenengesetz tätigen Einrichtungen
3151 fördern und ideell unterstützen. In der ehemaligen Landesstelle Unna-Massen, die jahr-
3152 zehntelang für Hunderttausende Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler wollen wir die
3153 erste Anlaufstelle in der neuen Heimat Nordrhein-Westfalen verkörperte, werden wir
3154 gerade in dieser Zeit der internationalen Massenfluchtbewegungen ein Zeichen setzen
3155 und eine Gedenkstätte zum Thema Flucht, Vertreibung und Zwangsmigration im 20. und
3156 21. Jahrhundert mit wissenschaftlich begleiteter Dauerausstellung eröffnen.

3157 ▶▶ Für bei uns lebende Opfer des Stalinismus, der SED-Diktatur und insbesondere der ehe-
3158 maligen Staatssicherheit beabsichtigen wir eine zentrale Anlauf- und Beratungsstelle
3159 für Fragen der individuellen Wiedergutmachung und Altersansprüche einzurichten. Ehe-
3160 malige SED-Verfolgte und Stasi-Opfer sollen darüber hinaus nach dem Beispiel der nun-
3161 mehr aussterbenden Erlebnisgeneration der NS-Zeit verstärkt auch in den Schulen als
3162 Zeitzeugen zum Einsatz kommen.

3163 ▶▶ Wir stehen zur Verantwortung des Landes Nordrhein-Westfalen gegenüber den Vertrie-
3164 benen und Spätaussiedlern bzw. deren Nachkommen. Aus diesem Grund schätzen wir
3165 die kulturhistorische Arbeit von Institutionen wie der Stiftung Gerhart-Hauptmann-
3166 Haus in Düsseldorf, dem Oberschlesischen Landesmuseum in Ratingen, dem Westpreu-
3167 Bischen Landesmuseum in Warendorf, dem Haus Schlesien in Königswinter und dem
3168 Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold außerordentlich hoch und

3169 werden deren institutionelle Förderung durch Mittel des Bundes wie des Landes nicht
3170 nur garantieren, sondern auch intensivieren.

3171 ▶▶ Darüber hinaus streben wir die Wiedereinsetzung eines Lehrstuhles zur Erforschung der
3172 Geschichte der Deutschen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa an einer nordrhein-west-
3173 fälischen Universität an.

3174 ▶▶ Wir nehmen die Oberschlesier bzw. Siebenbürger Sachsen als traditionelle Patenlands-
3175 mannschaften des Landes Nordrhein-Westfalen ernst. Ihre verdienstvolle Arbeit werden
3176 wir durch eine angemessene und verlässliche Förderung seitens des Landes unterstüt-
3177 zen und auf Dauer sichern.

3178 **Wir wollen eine starke Medienlandschaft für ein**
3179 **gut informiertes Nordrhein-Westfalen.**

3180 Kritische Medien sind für eine lebendige, wehrhafte Demokratie und einen funktionieren-
3181 den Rechtsstaat unverzichtbar. Deshalb muss der Mediensektor in Nordrhein-Westfalen
3182 grundsätzlich von allen ideologischen und bürokratischen Hemmnissen befreit werden. Bei
3183 Qualitätsmedien kennt jeder den Absender des Inhaltes. Das ist der entscheidende Unter-
3184 schied zu verschiedenen Kanälen und Social Media-Angeboten im Netz. Soziale Medien
3185 müssen Regeln unterworfen werden, die im Sinne von Jugendschutz und Menschenwürde,
3186 gegen Diskriminierung und Hass zum gesellschaftlichen Fortschritt und zur demokratischen
3187 Meinungsbildung beitragen.

3188 ▶▶ Wir stehen für einen fairen Interessenausgleich zwischen den Qualitätsmedien. Nord-
3189 rhein-Westfalen braucht für den öffentlichen Diskurs auflagenstarke Tageszeitungen,
3190 einen reichweitenstarken, solide finanzierten, aber mittelfristig weitgehend werbe-
3191 freien WDR sowie einen wirtschaftlich tragfähigen Lokalfunk. Regeln und Grenzen, die
3192 das Miteinander etwa von Presse und öffentlich-rechtlichem Rundfunk im Online-Ber-
3193 eich bestimmen, werden wir sorgsam beobachten. Technische Entwicklungen, die das
3194 einmalige Modell des Lokalfunks in seinem Gesamtbestand gefährden, lehnen wir ab.
3195 Darüber hinaus wollen wir Initiativen einbringen, die die finanziellen Rahmenbedingun-
3196 gen für die freie Presse – und damit für die lokale Vielfalt – verbessern.

3197 ▶▶ Die politisch motivierten Novellen des Landesmediengesetzes und des WDR-Gesetzes
3198 werden wir korrigieren und auf ihre jeweiligen wesentlichen Kernbestandteile reduzie-
3199 ren.

3200 ▶▶ Wir werden alles daran setzen, dass Nordrhein-Westfalen wieder führend im Bereich der
3201 Filmförderung wird.

3202 ▶▶ Staatliche Journalismusförderung lehnen wir ab. Die Stärkung von Informationskompe-
3203 tenz und der politischen Bildung ist allerdings eine wichtige öffentliche Aufgabe. Die
3204 bisherige unkoordinierte Förderung der Medienkompetenz durch das Land werden wir

3205 neu bewerten und dabei für eine konsequente Verzahnung mit der staatlichen Erzie-
3206 hungs- und Bildungspolitik – vom Kindergarten über die Schule bis hin zur Erwachse-
3207 nenbildung – Sorge tragen.

3208 **Wir werden uns für die besondere Rolle von Kirchen und**
3209 **Religionsgemeinschaften in Staat und Gesellschaft einsetzen.**

3210 Glaubens- und Religionsfreiheit sind unveräußerliche Grundrechte und stehen daher unter
3211 dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Wir Christdemokraten in Nordrhein-Westfalen
3212 treten dafür ein, dass der Glaube auch und gerade in der Öffentlichkeit gelebt werden kann.
3213 Wir wenden uns mit Entschiedenheit gegen alle Bestrebungen, Religion aus dem Alltag von
3214 Staat und Gesellschaft vollständig oder auch nur weitestgehend hinauszudrängen. Starke
3215 christliche Kirchen sind fester Bestandteil unseres Landes und wichtiger Partner für Politik
3216 und Gesellschaft. Sie leisten in der Seelsorge und im sozialen Bereich, vor allem in der Kin-
3217 derbetreuung, in Schulen, dem Gesundheitswesen, der Altenpflege sowie der Integration
3218 wertvolle Arbeit, die den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärkt.

3219 ▶▶ Die wichtige Arbeit der Kirchen und der Wohlfahrtsverbände werden wir im Rahmen der
3220 finanziellen Möglichkeiten und auf Grundlage der bestehenden gesetzlichen Regelun-
3221 gen weiterhin unterstützen. Die Besonderheiten des kirchlichen Arbeitsrechts sind als
3222 ein verfassungsrechtlich verbürgter und angemessener Ausgleich zwischen kirchlicher
3223 Selbstbestimmung und notwendigem Arbeitnehmerschutz anzuerkennen.

3224 ▶▶ Wir werden die Kirchen dabei unterstützen, kulturelle Zeugnisse zu bewahren sowie
3225 christliche Feste und Traditionen aufrechtzuerhalten und sichtbar zu machen. Bestre-
3226 bungen, christliche Traditionen wie beispielsweise das Sankt-Martins-Fest zu säkulari-
3227 sieren oder christliche Symbole aus dem öffentlichen Raum zu entfernen, weisen wir
3228 entschieden zurück.

3229 ▶▶ Unsere europäische Kultur ist auch jüdisch geprägt. Deswegen und aufgrund der histo-
3230 rischen Verantwortung Deutschlands für den Holocaust sind wir in besonderer Weise
3231 mit den Menschen jüdischen Glaubens verbunden und sehen uns ihnen gegenüber in
3232 einer besonderen Verantwortung. Das Leben unserer jüdischen Mitbürger ebenso wie
3233 Synagogen, Gemeindehäuser und Schulen bedürfen unseres besonderen Schutzes. Den
3234 Staatsvertrag des Landes mit den jüdischen Gemeinden werden wir entsprechend der
3235 positiven Entwicklung der Mitgliederzahlen und der Neugründungen jüdischer Einrich-
3236 tungen wie Schulen ebenso weiter entwickeln wie dem leider zunehmenden Bedarf an
3237 Sicherheitstechnik und Sicherheitspersonal jüdischer Einrichtungen Rechnung tragen.

3238 ▶▶ Die von den gut eineinhalb Millionen Menschen muslimischen Glaubens in Nordrhein-
3239 Westfalen, darunter vielen deutschen Staatsbürgern, in den vergangenen Jahrzehnten
3240 für eine positive Entwicklung unseres Landes erbrachten Leistungen erkennen wir aus-
3241 drücklich an. Sie bestärken uns in der Zielsetzung, muslimische Kultur und Lebensweise

3242 noch stärker als bisher in unsere Gesellschaft einzubinden. Vielmehr müssen wir ge-
3243 meinsam mit ihnen jede Form von islamistischem Fundamentalismus bzw. Terrorismus
3244 bekämpfen und der Entstehung von Parallelgesellschaften in unseren Städten bereits im
3245 Ansatz wirkungsvoll begegnen.

3246 ►► Wir stehen für den grundgesetzlich garantierten bekenntnisorientierten Religionsunter-
3247 richt ein. Das damit verbundene Engagement der Kirchen und Religionsgemeinschaften
3248 schätzen wir als starken Beitrag zu einer freien und offenen Gesellschaft. Wir wollen
3249 solide Grundlagen legen für einen islamischen Religionsunterricht. Für die Anerkennung
3250 der muslimischen Verbände als Religionsgemeinschaft ist es für uns unerlässlich, dass
3251 die Ausübung der Religion in Deutschland frei vom Einfluss fremder Staaten ist. Die in
3252 Nordrhein-Westfalen lebenden Muslime wollen wir dazu ermuntern und sie im Rahmen
3253 unserer politischen Handlungsmöglichkeiten dabei unterstützen, sich stärker zu organi-
3254 sieren.

3255 **Wir werden das Ehrenamt als Säule unserer Gesellschaft festigen.**

3256 Die Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements in Nordrhein-Westfalen trägt entschei-
3257 dend zur Attraktivität und Lebensqualität in unserem Land bei. Sie stärkt Bürgersinn, schafft
3258 Entfaltungsmöglichkeiten, fördert gesellschaftlichen Zusammenhalt und wirkt identitäts-
3259 stiftend. Ohne das freiwillige Engagement so vieler Bürgerinnen und Bürger würde vieles in
3260 unserem Land nicht oder nur eingeschränkt funktionieren. Es ist nicht nur eine tragende
3261 Säule unserer Gesellschaft, sondern bewahrt den Staat auch vor systematischer Überforde-
3262 rung.

3263 ►► Daher werden wir das ehrenamtliche Engagement stärken und uns dafür einsetzen, dass
3264 freiwillige und ehrenamtliche Dienste die entsprechende Anerkennung und Würdigung
3265 erfahren. Vor allem Kinder und Jugendliche wollen wir verstärkt motivieren, sich ehren-
3266 amtlich zu engagieren. An den Schulen werden wir dafür sorgen, dass die dafür nötigen
3267 zeitlichen Freiräume erhalten bleiben.

3268 ►► Die von der CDU-geführten Landesregierung eingeführte Ehrenamtskarte werden wir
3269 ausbauen und vor Ort weiter verankern.

3270 ►► Im Hinblick auf die Aufnahme eines Studiums treten wir dafür ein, dass ehrenamtliches
3271 Engagement auf die Wartezeit für einen Studienplatz angerechnet wird.

3272 ►► Wir begrüßen, wenn Unternehmen es honorieren und unterstützen, dass ihre Mitarbei-
3273 terinnen und Mitarbeiter sich für die Gesellschaft einsetzen.

3274 ►► Die in den vergangenen Jahren stetig angewachsene Bürokratie, die es Ehrenamtlichen
3275 und vielen Vereinen zunehmend schwer macht, große Veranstaltungen wie beispiels-
3276 weise Karnevals- oder Schützenumzüge zu organisieren, werden wir so weit wie möglich
3277 reduzieren.

3278 ▶▶ Mit großem Einsatz werden wir uns dafür einsetzen, vor allem junge Menschen für Poli-
3279 tik zu begeistern und für ein kommunalpolitisches Engagement zu gewinnen. Auch dazu
3280 kann die Landeszentrale für politische Bildung einen wertvollen Beitrag leisten. Zudem
3281 wollen wir das kommunalpolitische Ehrenamt attraktiver gestalten.

3282 ▶▶ Die steigende Zahl von Übergriffen auf ehrenamtlich engagierte Kommunalpolitiker ist
3283 nicht akzeptabel und gefährdet das kommunale Ehrenamt. Das Land muss mit einheitli-
3284 chen Empfehlungen und Hilfestellungen die Ehrenamtler vor Ort unterstützen und tat-
3285 kräftig für die Akzeptanz politischen Ehrenamtes werben.

3286 **Wir werden Nordrhein-Westfalen als führendes Sportland** 3287 **erhalten und ausbauen.**

3288 Nordrhein-Westfalen soll auch weiterhin das Sportland Nr. 1 in Deutschland bleiben. Sport
3289 leistet einen besonderen gesamtgesellschaftlichen Beitrag: Nicht nur in Hinblick auf Ge-
3290 sundheit, Gemeinschaft und Integration, sondern auch bezüglich Verständigung und Per-
3291 sönlichkeitsentwicklung. Sport ist generationenübergreifend und verbindet Menschen mit
3292 und ohne Behinderung, unterschiedlicher sozialer Herkunft und aller Nationalitäten.

3293 ▶▶ Der Landessportbund, als Dachorganisation des organisierten Sports in Nordrhein-
3294 Westfalen, soll sich dabei als zentraler Partner des Landes weiterhin auf den „Pakt für
3295 den Sport“ mit einer mehrjährig festgeschriebenen Förderung verlassen können. Wir
3296 wollen dem Landessportbund finanzielle Planungssicherheit geben.

3297 ▶▶ Beim Kinder- und Jugendsport werden wir eine enge Verzahnung mit dem Vereinssport
3298 und den Bewegungs-, Spiel- und Sportangeboten in Kindergärten und Schulen fördern.
3299 Weitere Intensivierung und Verzahnung der Zusammenarbeit zwischen Sportvereinen
3300 und offenem Ganzttag ist unverzichtbar, um mehr Kindern und Jugendlichen sportliche
3301 Aktivitäten im Verein zu ermöglichen.

3302 ▶▶ Wir werden die flächendeckend „sportmotorischen Tests“ an Grundschulen einführen,
3303 als Basis für die frühe Förderung von Kindern nach ihren individuellen Fähigkeiten und
3304 als gute Chance zur Förderung der Gesundheit und zum Abbau motorischer Schwächen.

3305 ▶▶ Wir wollen darüber hinaus, dass jedes Kind am Ende der Grundschulzeit sicher schwim-
3306 men kann.

3307 ▶▶ Um jedem Kind die Möglichkeit zu geben, jedes Jahr an einem schulsportlichen Wett-
3308 kampf teilnehmen zu können, sprechen wir uns ausdrücklich für die Beibehaltung von
3309 Bundesjugendspielen und für das Landessportfest „Jugend trainiert für Olympia“ bzw.
3310 „Jugend trainiert für Paralympics“ aus.

3311 ▶▶ Für nordrhein-westfälische Talente wollen wir optimale Voraussetzungen bieten, um
3312 Spitzenleistungen im Sport erbringen zu können. Den qualitativen Ausbau der Sport-
3313 schulen werden wir daher fortsetzen.

- 3314 ▶ Um auch zukünftig herausragende Resultate bei internationalen Wettkämpfen zu erzie-
3315 len, setzen wir uns neben dem Breitensport auch intensiv für den Leistungssport ein.
3316 Der Spitzensport leistet einen wichtigen Beitrag, um Kinder und Jugendliche zu einem
3317 bewegungsbegeisterten Lebensstil zu motivieren. Wichtig ist uns die Verbesserung der
3318 Fördermaßnahmen zur fachlichen und pädagogischen Qualifizierung von Trainern und
3319 Betreuern, um die Qualität des Leistungs- und Breitensports zu sichern. Der Grundstock
3320 für Erfolge im Sport sind gut ausgebildete und hochmotivierte Trainer und Betreuer.
- 3321 ▶ Eine wesentliche Grundvoraussetzung für die Zukunft Nordrhein-Westfalens als Sport-
3322 land ist eine vielfältige Sportinfrastruktur durch gute und intakte Sportstätten. Klassi-
3323 sche Sportstätten wollen wir weiterentwickeln, um zum Beispiel vermehrt regeloffene,
3324 multifunktional nutzbare und kleinräumige Anlagen und Hallen für den gesundheits-
3325 und fitnessorientierten Sport und den Sport der Älteren zur Verfügung stellen zu kön-
3326 nen.
- 3327 ▶ Wir unterstützen die Bewerbung von Fußballstadien aus Nordrhein-Westfalen als Aus-
3328 tragungsorte für die Fußball-Europameisterschaft 2024.
- 3329 ▶ Olympische und Paralympische Spiele 2028 in Nordrhein-Westfalen wären ein Auf-
3330 bruchsignal für unser Bundesland – mit vielen langfristigen Potenzialen für unsere Ge-
3331 sellschaft, Wirtschaft und Infrastruktur. Die Menschen an Rhein und Ruhr wünschen sich
3332 Visionen für unser Land. Wichtig ist uns, vorhandene Sportstätten intelligent zu nutzen
3333 und nachhaltige Spiele zu schaffen.

3334 **VI. Nordrhein-Westfalen in Europa und der Welt**

3335 Die Europäische Integration ist und bleibt die größte politische Erfolgsgeschichte des 20.
3336 Jahrhunderts und der Schlüssel dazu, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erfolg-
3337 reich zu meistern. Dies gilt angesichts eines Wiederauflebens nationalistischen und protek-
3338 tionistischen Gedankenguts in Europa und weltweit umso mehr.

3339 Eine Wiege des gemeinsamen Europas steht in Gestalt der Montanunion in Nordrhein-West-
3340 falen. Die christliche Demokratie war von Beginn an die treibende Kraft der europäischen
3341 Integration und ist es noch immer. Wir werden gerade in Nordrhein-Westfalen und aus die-
3342 sem Land heraus für Europa arbeiten und kämpfen. Der Europagedanke ist Teil der politi-
3343 schen Identität der nordrhein-westfälischen CDU.

3344 Die CDU Nordrhein-Westfalen ist deshalb traditionell *die* Europapartei im Land. Wir halten
3345 am Ziel der Vollendung der Europäischen Union fest. Europa muss zusammenwachsen, weil
3346 es zusammen gehört. Die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union teilen nicht nur
3347 eine gemeinsame Geschichte, sie teilen auch eine gemeinsame Werteordnung, gemeinsame
3348 Traditionen und eine gemeinsame kulturelle Identität.

3349 Wir Christdemokraten sind uns bewusst, dass wir unseren gemeinsamen europäischen Wer-
3350 ten wie Demokratie, Menschen- und Bürgerrechte, Religionsfreiheit, Gleichberechtigung

3351 von Mann und Frau, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, in einer zunehmend globalisierten
3352 Welt nur zusammen Gewicht und Geltung verschaffen können.

3353 **Wir stehen für ein starkes Europa der Regionen.**

3354 Die Stärke Europas liegt in der Vielfalt der Menschen, Kommunen, Regionen und Nationen.
3355 Wir wollen unser vielfältiges sprachliches und kulturelles Erbe für nachfolgende Generatio-
3356 nen sichern und erlebbar machen. Aus diesem Grund treten wir auch im vereinten Europa
3357 entschieden für das Subsidiaritätsprinzip ein. Was vor Ort, in der Region, im Land oder im
3358 Mitgliedsstaat besser und sinnvoller geregelt werden kann, soll auch dort und nicht in Brüs-
3359 sel geregelt werden.

3360 ▶▶ Wir setzen uns für eine 1:1-Umsetzung europäischen Rechts ein. In der Vergangenheit
3361 ist ein großer Teil an überflüssiger Bürokratie und störender Überregulierung vor Ort
3362 entstanden, indem auch und gerade in Nordrhein-Westfalen mehr reguliert wurde, als
3363 von den europäischen Vorgaben verlangt. Wir werden deshalb streng darauf achten,
3364 dass unsere heimischen Unternehmen nicht durch eine die europäischen Regelungen
3365 noch verschärfende Landesgesetzgebung völlig unnötige Wettbewerbsnachteile erlei-
3366 den.

3367 ▶▶ Auf europäischer Ebene brauchen wir überschaubare und vor allem nachvollziehbare Re-
3368 gelungen bzw. transparente Abläufe in den einzelnen Verfahren, möglichst wenig Büro-
3369 kratie und nicht zuletzt eine zukunftsweisende regionale Förderpolitik. Die Festlegung
3370 des Vertrags von Lissabon, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken, muss in der
3371 Praxis endlich zur stärkeren Anwendung gelangen.

3372 **Wir wollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ausbauen.**

3373 In den Grenzregionen kommt die europäische Integration in besonderer Weise zum Aus-
3374 druck. In ihnen ist Austausch und Kooperation in Europa erlebbar. Wir setzen auf die weitere
3375 Verzahnung mit unseren Nachbarn, um die Zusammenarbeit und Durchlässigkeit auf allen
3376 Gebieten zu stärken, so etwa bei Polizei, Feuerwehr und Rettungswesen. Regional- und
3377 Städtepartnerschaften sind eine besonders geeignete Plattform der Zusammenarbeit und
3378 des Austausches, von denen aus ein starkes Signal für ein geeintes Europa ausgeht.

3379 Aus dem Wissen um die enge Verflechtung mit den Niederlanden, Belgien und Luxemburg
3380 heraus ist Nordrhein-Westfalen unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers
3381 eine privilegierte Partnerschaft mit seinen Nachbarn im Rahmen der Benelux-Union einge-
3382 gangen. Wir wollen diese enge Zusammenarbeit intensivieren. Die Grenzregionen Nord-
3383 rhein-Westfalens zu den Niederlanden und Belgien haben sich mit den Regionen jenseits
3384 der Grenze zu Euregios zusammengeschlossen. Diese Verbünde dienen dem kulturellen und
3385 gesellschaftlichen Austausch sowie der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

3386 Zugleich wollen wir die Kooperation mit unseren Partnerregionen in Frankreich und Polen
3387 intensivieren.

3388 ▶▶ Wir unterstützen die wertvolle Arbeit der Euregios.

3389 ▶▶ Wir wollen diese enge Zusammenarbeit mit unseren unmittelbaren Nachbarn sowie un-
3390 serer französischen Partnerregion Nord-Pas-de-Calais weiter intensivieren.

3391 ▶▶ Wir werden die Zusammenarbeit mit der Woiwodschaft Schlesien in Polen weiter pfle-
3392 gen und intensivieren.

3393 **Wir setzen uns für geregelte Migration und sichere Außengrenzen ein.**

3394 Die Flüchtlingssituation stellt Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen auf allen Ebe-
3395 nen vor große Herausforderungen. Aus diesem Grund müssen die Staaten Europas die damit
3396 einhergehenden Probleme gemeinsam lösen. Dies ist Voraussetzung dafür, dass wir die EU-
3397 Freizügigkeit und den grenzenlosen Binnenmarkt dauerhaft erhalten können.

3398 ▶▶ Wir fordern eine gemeinsame Lösung der großen Herausforderungen, die die EU-Frei-
3399 zügigkeit und den grenzenlosen Binnenmarkt gefährden. Wenn in Zukunft ein Land bei
3400 der Registrierung von Flüchtlingen Probleme bekommen sollte, muss die Europäische
3401 Union unterstützend einschreiten.

3402 ▶▶ Wir begrüßen die Gründung einer effizienten europäischen Grenz- und Küstenwache,
3403 deren Aufgabe darin besteht, gemeinsam mit den nationalen Grenzschutzbehörden die
3404 EU-Außengrenzen zu sichern – auch bei der Bewältigung besonderer Herausforderun-
3405 gen an den Außengrenzen wie illegaler Einwanderung und grenzüberschreitender Kri-
3406 minalität.

3407 ▶▶ Wir fordern, dass die EU-Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen zum Aufbau der Grenz-
3408 und Küstenwache nun zügig nachkommen, damit diese ihre Tätigkeit möglichst bald auf-
3409 nehmen kann.

3410 ▶▶ Wir werden dafür Sorge tragen, dass Nordrhein-Westfalen seine Verpflichtungen bei der
3411 Steuerung bzw. Organisation der Migration ernst nimmt und gewissenhaft erfüllt.

3412 **Unser Einsatz gilt der gesamteuropäischen Sicherheit.**

3413 Europa steht längst im Fadenkreuz der IS-Terroristen, wie wir in der Vergangenheit allzu
3414 schmerzlich erfahren mussten. London, Madrid, Istanbul, Paris, Brüssel, Nizza und auch Ber-
3415 lin stehen für hunderte von unschuldigen Opfern allein in Europa. Aber gerade in Zeiten
3416 eines international agierenden Terrorismus zeigt sich ein geeintes Europa als unverzichtbar
3417 für die Lösung unserer Probleme.

- 3418 ▶▶ Wir wollen, dass die Sicherheitsbehörden der europäischen Mitgliedsstaaten sofort da-
3419 mit beginnen, ihre Daten über potentielle Gefahren und Gefährder automatisiert unter-
3420 einander auszutauschen. Der Handlungsbedarf ist so groß, dass für diesen Zweck gege-
3421 benenfalls auf die Idee eines Kerneuropas zurückgegriffen werden sollte, falls eine Eini-
3422 gung unter allen EU-Mitgliedsländern nicht zeitnah zu erreichen ist. Eine Gruppe von
3423 Staaten innerhalb der Europäischen Union müsste dabei vorangehen, andere können
3424 dann folgen. Die bisher getrennten Datentöpfe EURODAC, Visa-Informationssystem,
3425 Schengen-Informationssystem und INPOL müssen so verknüpft werden, dass die Poli-
3426 zei- und Sicherheitsbehörden durch eine Nachfrage alle zur Verfügung stehenden Infor-
3427 mationen abfragen können.
- 3428 ▶▶ Wir brauchen so schnell wie möglich ein europäisches Ein- und Ausreiseregister (ETIAS).
3429 Mittelfristig wollen wir für Europa ein gemeinsames Terrorabwehrzentrum. Langfristig
3430 befürworten wir den Aufbau eines gemeinsamen europäischen Geheim- und Nachrich-
3431 tendiensts.

3432 **Wir wollen den europäischen Binnenmarkt vollenden.**

- 3433 Als attraktiver Standort im Zentrum Europas profitiert Nordrhein-Westfalen in besonderer
3434 Weise vom gemeinsamen Binnenmarkt. Dazu ist es wichtig, dass die grenzüberschreitende
3435 Infrastruktur weiter ausgebaut und verbessert wird.
- 3436 ▶▶ Wir möchten den europäischen Binnenmarkt vollenden. Das Ziel muss die Wettbewerbs-
3437 fähigkeit Europas und die unbürokratische Öffnung des Binnenmarktes z. B. beim Da-
3438 tenschutz, dem digitalen Sektor, gemeinsamen Unternehmensrechtsformen und der
3439 Schaffung eines Energiebinnenmarktes für Strom und Gas sein. Vor allem auch kleinen
3440 und mittleren Unternehmen muss es möglich sein, jenseits der Landesgrenzen aktiv zu
3441 werden.
- 3442 ▶▶ Wir unterstützen alle Bestrebungen, die schleichende Deindustrialisierung Europas um-
3443 zukehren.
- 3444 ▶▶ Wir stehen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit, verlangen jedoch, dass ein Missbrauch zur
3445 Einwanderung in unsere Sozialsysteme konsequent verhindert wird. Diese ist mit euro-
3446 päischem Recht nicht vereinbar. Auch müssen wir den Meisterbrief als qualifikationsge-
3447 bundenen Gewerbezugang auf europäischer Ebene stützen und schützen. Der Meisterb-
3448 rief ist ein Gütesiegel und schützt auch den Verbraucher. Die gegenseitige Anerkennung
3449 der Berufsabschlüsse darf weder auf Kosten der dualen Ausbildung noch der Verbrau-
3450 cher geschehen.
- 3451

3452 **Wir setzen uns für die Verwirklichung des europäischen Energiemarktes ein.**

3453 Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten kennzeichnen leider auch heute noch den europäi-
3454 schen Energiemarkt. Während weltweite und europäische Klimaschutzziele ausgeben wer-
3455 den, verfolgen die europäischen Staaten nationale und regionale Klimaschutzziele, die nur
3456 selten aufeinander abgestimmt sind. Setzen manche Staaten auf eine völlige Umstellung
3457 des Energiesystems auf Erneuerbare Energien, verfolgen andere auch langfristig die Idee
3458 eines Energiemixes oder halten gänzlich an atomaren oder fossilen Energieträgern fest. Nur
3459 eine vertiefte europäische Integration in der Energiepolitik kann hier Abhilfe schaffen.

3460 ▶▶ Wir schlagen für die Schaffung eines europäischen Binnenmarkts für Energie eine euro-
3461 päische Koordination der nationalen Beiträge zum Klimaschutz, eine Verständigung auf
3462 einen miteinander abgestimmten Energiemix sowie die Angleichung von technischen
3463 und kommerziellen Handelsregeln vor.

3464 **Wir fordern die Sicherheit kerntechnischer Anlagen**
3465 **in unseren Grenzregionen.**

3466 Die Risiken unsicherer kerntechnischer Anlagen machen an Landesgrenzen nicht halt, wie
3467 in letzter Zeit die belgischen Kernkraftwerke Tihange und Doel nachdrücklich unter Beweis
3468 gestellt haben. Bis weit nach Nordrhein-Westfalen hinein ist die Verunsicherung vor diesem
3469 Hintergrund groß. Erschwerend kommt hinzu, dass die Bürgerinnen und Bürger sich nicht
3470 transparent informiert fühlen, wer bei einem Störfall die Koordinierung übernimmt und wie
3471 die Katastrophenpläne für den Ernstfall aussehen.

3472 ▶▶ Wir werden mit der belgischen Regierung Gespräche mit dem Ziel der vollständigen Ab-
3473 schaltung maroder Kernkraftwerke aufnehmen, damit eine Gefährdung der Bevölkerung
3474 auszuschließen ist.

3475 ▶▶ Wir streben mit der belgischen Regierung ein Abkommen an, das für den nuklearen
3476 Ernstfall ein länderübergreifendes Katastrophenschutzkonzept festlegt.

3477 **Wir werden den Charakter Nordrhein-Westfalen als Nord-Süd-Land ausbauen.**

3478 Über Europa hinaus pflegt Nordrhein-Westfalen enge politische, kulturelle und ökonomi-
3479 sche Kontakte zu vielen Ländern in der Welt.

3480 ▶▶ Diese Kontakte, die internationale Zusammenarbeit und den Austausch wollen wir wei-
3481 ter verstärken.

3482 Mit der Bundesstadt Bonn liegt der einzige UN-Standort Deutschlands in Nordrhein-West-
3483 falen.

3484 ▶▶ Wir wollen Bonn als Sitz von Institutionen der Vereinten Nationen und internationaler
3485 Nichtregierungsorganisationen sowie als Austragungsort internationaler Konferenzen

3486 und Kongresse weiter stärken. Die CDU Nordrhein-Westfalen ist sich sicher, dass dies
3487 nur gelingen kann, wenn die Bundestadt Bonn das zweite bundespolitische Zentrum
3488 bleibt. Deshalb treten wir allen Bestrebungen, von den Vereinbarungen des Bonn/Ber-
3489 lin-Gesetzes abzuweichen, entschieden entgegen.

3490 In Nordrhein-Westfalen haben aber auch international tätige Organisationen, Behörden
3491 und große Hilfswerke ihren Sitz.

3492 ▶▶ Nordrhein-Westfalen ist das Nord-Süd-Land Deutschlands, diese Position wollen wir
3493 ausbauen und stärken.

3494 Ein sichtbares internationales Engagement – auch im Bereich der Entwicklungszusammen-
3495 arbeit – gehört nach unserem Verständnis zur Regierungsführung in einem starken Export-
3496 land wie Nord-rhein-Westfalen dazu.

3497 ▶▶ Wir wollen die in christdemokratischer Regierungszeit begründete Partnerschaft mit
3498 Ghana mit neuem Leben füllen. Die über 3.000 örtlichen Initiativen der Ein-Welt-Arbeit
3499 sind wichtige Akteure des Nord-Süd-Landes Nordrhein-Westfalen.

3500

CDU Nordrhein-Westfalen

Wasserstr. 6

40213 Düsseldorf


Telefon 02 11 / 1 36 00-0


Telefax 02 11 / 1 36 00-59

<http://cdu.nrw>

info@cdu.nrw

 [facebook.com/CDUnrw](https://www.facebook.com/CDUnrw)

 twitter.com/CDUNRW_de

 [instagram.com/cdunrw](https://www.instagram.com/cdunrw)